

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**Die
Neue Weltordnung
der USA
von 2017-2018**

NWO-Sonderheft Nr. 31



Die Neue Weltordnung der USA von 2017-2018

NWO-Sonderheft Nr. 31

NWO-Moloch USA vom 01.01.2017-31.12.2018

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von 2017-2018	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Neue Weltordnung der USA von 2017-2018

Die Weißen bemächtigen sich unseres Landes, sie verderben unsere Frauen, sie beschmutzen die Asche unserer Toten. Laßt sie uns dorthin zurücktreiben, woher sie gekommen sind!
Auf einen blutigen Pfad!
Tecumseh (1768-1813, Häuptling der Shawnee)

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. Januar 2017: >>>Strategie der Globalisierung: Thomas Barnett - jetzt in deutscher Übersetzung

Vielen gilt das Werk von Prof. Thomas Barnett als Drehbuch für den US-Imperialismus des 21. Jahrhunderts. Der Globalisierungsexperte hatte zudem nicht bloß als Forscher, sondern auch als Mitarbeiter des US-Verteidigungsministeriums direkten Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik nach dem 11. September 2001. Bislang aber waren seine Hauptwerke nur für Leser zugänglich, die der englischen Sprache mächtig sind.

Daß sich dies jetzt geändert hat, ist dem Trio Professor Dr. Michael Vogt, Dr. Baal Müller und Monika Donner zu verdanken. Die Drei haben ihre Übersetzung jetzt im Querdenken.TV vorgestellt sowie Hintergründe und Entstehungsgeschichte dargelegt.

Demnach hatte Thomas Barnett um 1989 ein Problem: Durch den Zusammenbruch der UdSSR war der Feind Rußland verschwunden. Aber wie sollte der gigantische US-Militärapparat jetzt seinen Fortbestand legitimieren? Ganz einfach, indem man sich einen neuen Feind schuf. Zunächst dachte man an China, aber dann kam der "rettende" 11. September. Endlich hatte man wieder einen Gegner. Zwar keinen auf Weltmachtniveau, dafür aber in Form vieler kleiner "Schurkenstaaten".

Dabei hatte Barnett niemals Furcht vor einem "Kampf der Kulturen" à la Samuel Huntington. Nein, ihn interessiert die globale Wirtschaft, deren Ausbreitung und Förderung. Hatte in den Jahrzehnten zuvor der Kommunismus die Globalisierung im Zaum gehalten, ging jetzt die Antiglobalisierungs-Power vom radikalen Islam aus.

Der neue Gegensatz war für Barnett anstelle von arm und reich jetzt vernetzt gegen unvernetzt. Zwar glaubt der Professor unerschütterlich an das Never Ending des American Way of Life, ist aber überzeugt, daß Globalisierung kein Kulturimperialismus, sondern kulturell "wertneutral" sei! Er bedient die klassische neoliberale Perspektive, nach der Religion und Tradition reine Privatsache seien, während der Staat nur die Interessen eines "alternativlosen"

Kapitalismus garantieren solle. Im Grunde, so erläutert Baal Müller, sei für Barnett die Kultur eine kommerzielle Angelegenheit. Etwas, das sich kaufen läßt: Waren, Essen sowie Dienstleistungen aus aller Welt. Eine große Vermischung, die der Wirtschaft dient und dienen soll.

Vor allem müsse alles in ständiger Bewegung bleiben, historisch Gewachsenes abgebaut und gegen Neues ersetzt werden. Der Mensch als flexibler Arbeitsnomade solle stets arbeiten und konsumieren. Das würde zunächst viel Widerstand, viele Kriege provozieren - aber am Ende stünde die große kommerzielle Befriedung. Wer sich dauerhaft gegen die Interessen des globalen Kapitalismus wehre, könne nur ein "Schurkenstaat" sein. Für die hat Barnett nur ein Gegenmittel: "Kill them!" Dann ist der Liberalismus am Ende. Dann zeigt sich das "Psychopathische" (Monika Donner) der Global-Imperialisten.

Wo aber, so fragt Michael Vogt, ist heutzutage die Linke, die sich gegen diesen Wirtschafts-imperialismus stellt? Darauf gab Monika Donner, Ministerialrätin im österreichischen Verteidigungsministerium, die Antwort: Diese Linke ist Pegida! Diese neue Linke ist teilweise auch die FPÖ. Die wirklichen Neo-Imperialisten hingegen haben wir großteils unter den Grünen. Hier hat ein kompletter Rollentausch stattgefunden.

- Vielleicht, so könnte man hinzufügen, ist auch Donald Trump ein solcher Linker. Er wäre derzeit der einzige, der die Macht besitzt, Barnetts Drehbuch zu stoppen.

Deutschsprachige Titel:

- Thomas Barnett: Der Weg in die Weltdiktatur: Krieg und Frieden im 21. Jahrhundert. Die Strategie des Pentagon. Übersetzung von Dr. Baal Müller. Vorwort von Prof. Michael Vogt, Nachwort von Monika Donner. J. K. Fischer Verlag

- Thomas Barnett: Drehbuch für den 3. Weltkrieg: Die zukünftige neue Weltordnung. Übersetzung von Dr. Baal Müller. Vorwort von Prof. Michael Vogt, Nachwort von Monika Donner. J. K. Fischer Verlag<<

Die Tageszeitung "Augsburger Allgemeine" berichtete am 25. Januar 2017: >>**Korruption ist überall zu Hause - auch in Deutschland**

Wie korrupt ist Deutschland? Laut Transparency International halten auch deutsche Behörden zunehmend gerne mal die Hand auf - vor allem in den Kommunen.

Im internationalen Vergleich gelten deutsche Unternehmen, Politiker und Behörden als vergleichsweise sauber. Doch die Organisation Transparency International, die weltweit gegen Bestechlichkeit kämpft, ist alarmiert: Führungskräfte deutscher Unternehmen nehmen es laut einer Studie als zunehmend normal wahr, daß "irreguläre Zahlungen" an Verwaltungen fließen, damit bestimmte Vorgänge beschleunigt oder erst möglich gemacht werden.

Aktuelle Fälle scheinen diese Einschätzung zu bestätigen: Mehrere hunderttausend Euro soll etwa der Oberbürgermeister von Regensburg von einem Bauunternehmer kassiert haben ... Wie geschmiert lief dann offenbar im Gegenzug die Vergabe eines 35 Hektar großen Baugebiets an die spendable Firma. Seit einer Woche sitzt Rathauschef Joachim Wolbergs (SPD) wegen Korruptionsverdachts in Untersuchungshaft. Auch gegen dessen Amtsvorgänger Hans Schaidinger (CSU), den früheren Vorsitzenden des bayerischen Städtetags, wird ermittelt. Und in Ingolstadt stehen 13 Personen in einer Korruptionsaffäre um die örtliche Klinik im Visier der Staatsanwaltschaft.

Transparency: Kommunen ein wichtiger Schauplatz von Korruption

Für Edda Müller, Vorsitzende von Transparency Deutschland, passen die Fälle ins Bild: "Die Kommunen sind ein wichtiger Schauplatz von Korruption, denn da fließt viel Geld." Daß etwa im Fall Regensburg der Eindruck entstehe, "daß Bürgermeister sich bedienen, das bleibt im Gedächtnis".

Deutschland hat im aktuellen "Korruptionswahrnehmungsindex", den Transparency gestern präsentierte, seinen zehnten Rang aus dem Vorjahr verteidigt. Das bedeutet, daß nur neun Länder auf der Welt als weniger korrupt gelten: Die vier skandinavischen Länder sowie Neu-

seeland, die Schweiz, die Niederlande, Singapur und Kanada. Dennoch gebe es in Deutschland besorgniserregende Entwicklungen, sagt Edda Müller. Während die Wirtschaft Politik und Behörden als immer korrupter wahrnehme, schwinde auf der anderen Seite auch das Vertrauen in die deutschen Firmenbosse.

Transparency zitiert eine Untersuchung, in der ein Drittel der Befragten annahm, daß alle oder die meisten Unternehmensleitungen in korrupte Machenschaften verwickelt seien. Dazu habe auch die VW-Affäre beigetragen. In den Korruptionswahrnehmungsindex fließt eine Reihe von Studien ein, die sich mit der Wahrnehmung von Korruption in den einzelnen Ländern befassen. Transparency hält dies für aussagekräftiger, als etwa die Zahl der Fälle zu vergleichen, die vor Gericht landen oder zu Verurteilungen führen. Denn gerade in den korruptesten Ländern bleibe Bestechung ja meist ohne Folgen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. Februar 2017: >>**Eklat im Klassenzimmer - Die Sache mit der Rothschildbank**

Das gab richtig Ärger! Weil ein renommierter Verlag antisemitischen Verschwörungstheorien Auftrieb gibt, hat sich jetzt sogar der Grüne Volker Beck eingeschaltet - und COMPACT bekommt ganz nebenbei auch noch was ab. Irre!

Der Stuttgarter Klett-Verlag wird so manchem Leser ein Begriff sein. Was in seinen Lehrbüchern so alles drinsteht, bringt linken Mainstream, Studentenverbände und Grünen-Politiker derzeit ziemlich auf die Palme. Seit ziemlich genau vier Jahren wird das Schulbuch mit dem Titel "Anstöße 2 - Politik Wirtschaft Gesellschaft" bundesweit im Unterricht der Klassen 7 bis 9 genutzt - nun sorgt es für große Empörung. Schlägt man es auf und blättert zum Kapitel über die Finanzkrise, erblickt man dort unter der Überschrift "Europas Zahntag" eine farbenfrohe Illustration, die eine gelbe Kreatur zeigt, welche die Staaten Europas zu verschlingen scheint.

Das scharfzahnige Symbolbild erinnert an die Videospieldfigur Pacman aus den 1980er Jahren, die durch das Verschlingen ihrer Gegner Punkte sammelt. Sieht man etwas genauer hin, dann kann man deutlich erkennen, welche Beschriftung diese symbolische Darstellung der Raffgier internationaler Banken trägt. Dort steht in Großbuchstaben: ROTHSCHILDBANK. Gemeint ist die seit dem 18. Jahrhundert im Bankgeschäft tätige Familie der Rothschilds aus Frankfurt. Selbst manch unverdächtiger Finanzexperte schätzt, daß sie zu den reichsten und mächtigsten Dynastien des Planeten gehört, doch allein die Erwähnung ihres Namens - besonders in diesem Zusammenhang - sorgt für Aufregung.

Daß dieses Detail seit der Drucklegung 2012 anscheinend niemandem aufgefallen ist (außer dem Journalisten einer Studentenzeitung, wie der *Tagesspiegel* schreibt), der Grüne Volker Beck jetzt der erste war, der sich öffentlichkeitswirksam beschwerte und eine sofortige Zensur forderte, ist ebenfalls interessant. Doch wie kam es eigentlich dazu?

Der Illustrator des Schulbuchs ist ein Amerikaner namens David Dees. *Die Welt* will herausgefunden haben, daß der Mann sich als "politischer Künstler" versteht, der die "Neue Weltordnung durch zionistische Banken" bekämpft. Den Leser klärt die Zeitung an dieser Stelle verantwortungsbewußt auf:

"Als Neue Weltordnung wird in Verschwörungstheorien das angebliche Ziel von Eliten und Geheimgesellschaften bezeichnet, eine autoritäre Weltregierung zu errichten." Ist David Dees also eine Art Troll, der seine politische Anti-NWO-Agenda in Schulbücher geschmuggelt hat? Auf seiner Homepage gibt es allerhand markige Verschwörungs-Illustrationen zu bestaunen, die für den Mainstream klarerweise pure Hetze sind.

Wie die uralte Bankier-Dynastie Rothschild praktisch als Urheber oder Profiteur der Finanzkrise 2008 ff. dargestellt werden konnte, ohne daß dies dem Lektorat im Klett-Verlag aufgefallen wäre, das ja wohl bei Büchern für Schüler ganz besonders wachsam sein sollte, ist eine interessante Frage. Im Hause Klett hat man mittlerweile eine ausführliche Stellungnahme

zu dem Thema abgegeben. Dort heißt es zur Erklärung: "Eine aufmerksame letzte Sicherung der für den Druck fertig geschriebenen Daten ist bei dieser Grafik leider nicht mehr in ausreichender Qualität erfolgt."

Fragen wir uns der Vollständigkeit halber noch kurz, wie die deutschen Systemmedien und -Politiker mit der Geschichte umgegangen sind. *Taz*, *Frankfurter Rundschau*, *Vice News*, *Huffington Post* und andere Postillen nahmen sich des Falles an und berichten ziemlich gleichlautend von einem antisemitischen Affront eines geistig verwirrten Künstlers. *Die Welt* titelte etwa: "Wenn im Schulbuch jüdische Banker die EU auffressen." Weiter berichtet das Blatt, daß selbst der Klett-Verlag sich nun eingesteht: "Diese Grafik hätte nie in seinem Schulbuch auftauchen dürfen." Die Auslieferung wurde sofort gestoppt. Vorhandene Exemplare werden aus dem Verkehr gezogen, die anstößige Seite durch eine Austauschseite ersetzt.

Volker Beck reicht das allerdings nicht. "Aus der Grafik sollte eine Unterrichtseinheit gemacht werden", fordert er, damit die wilden Verschwörungstheorien um die "Rothschildbank" im Keim erstickt werden können. "Die Illustration schockiert mich zutiefst", so Beck nach ihrer Entdeckung. "Das Klischee, Judengeld regiert die Welt" steckt noch so sehr in unserem kulturellen Gepäck, daß es immer wieder abrufbar ist", wird er weiter von der *Welt* zitiert.

Besonders empörend ist jedoch, daß bei einigen Berichten auch das *COMPACT-Magazin* als Medium der Querfront von Links und Rechts in diesem Zusammenhang Erwähnung findet. Die *Taz* etwa erdreistete sich folgender Formulierung:

"Diese Rothschild-Verschwörungstheorie ist ein antisemitischer Evergreen: Nicht nur Akteure der neurechten Querfront-Bewegung wie der Compact-Chefredakteur Jürgen Elsässer behaupten, die "Strippenzieher" der Welt explizit benennen zu können, auch während des Nationalsozialismus wurde schon gegen jüdische Bankiersfamilien wie die Rothschilds als "Verschwörer" agitiert."

Liebe Kollegen von der *Taz*: Was Ihr hier versucht, ist offensichtlich und keineswegs verwunderlich. Wir werden diese üble Nachrede mit unseren Anwälten prüfen und sehen, ob Euch das nicht noch richtig teuer zu stehen kommt. Dem *COMPACT-Magazin* in irgendeiner Weise antisemitische Tendenzen zu unterstellen, ist absurd und durch nichts zu belegen! Nicht umsonst wurde die aggressive Linke Nazi-Jägerin Jutta Ditfurth zwei Mal verurteilt, weil sie den *COMPACT*-Chefredakteur als "Antisemiten" bezeichnet hatte.

Jürgen Elsässer hat übrigens - was viele gar nicht wissen - geraume Zeit für linke Presseorgane und sogar für die *Jüdische Allgemeine Zeitung* geschrieben. Euer Versuch - liebe Tazis - durch Assoziation eine "Kontaktschuld" aufzubauen - als hätten wir die antisemitische Karikatur in jenem Schulbuch in Auftrag gegeben -, ist daher lächerlich und fällt auf Euch selbst zurück.

Fast noch dreister ist, was die *Studentenzeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet* zu der Thematik Ende Januar auf ihre Webseite schmierte:

"Der moderne Antisemitismus drückt sich vor allem durch Codierungen aus. Was im Dunstkreis von verschwörungstheoretischen Medien wie Compact und KenFM zur Konzeption des Weltbildes gehört, fand mit einer Karikatur im Schulbuchverlag Klett auch eine breitere Plattform."

Eine echte Frechheit! Für wie dumm haltet Ihr Eure Leser eigentlich, Ihr Erstsemester? Vermeintlich belegt wird dieser Humbug durch den Sozialwissenschaftler und Journalisten Kevin Culina. Seine Argumentation ist allerdings ebenso lächerlich und infantil wie die der von und zu Ditfurth. Das Thema Antisemitismus scheint für die Massenmedien immer eine gute Gelegenheit zu bieten, um mit der entsprechenden Keule gegen publizistische Konkurrenz vorzugehen.

Auflagenabsturz und Leserflucht haben die Flaggschiffe der Lügenpresse hypernervös gemacht. Auch deshalb soll das rasante Wachstum und der große Erfolg von *COMPACT*

gestoppt werden. Die Massenmedien arbeiten dabei offenbar nach folgendem Prinzip: "Gab's heute wieder was Antisemitisches in den Nachrichten? Ja? Können wir COMPACT oder Ken Jebsen da irgendwie mit verwursten? Ja? Gut! An die Arbeit." Prädikat: Ekelhaft!<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. März 2017:

>>"**Deutschland ist ein failed state**"

Bassam Tibi äußert sich im Interview mit der PAZ zur deutschen Asylpolitik

Der aus Syrien stammende Nahostspezialist Bassam Tibi (72) lebt seit 1962 vorwiegend in Deutschland und den USA und war als Professor für internationale Beziehungen und Berater mehrerer Regierungen tätig. Von 2005 bis 2016 war er, wie er selbst sagt, in Deutschland wegen seiner "unbequemen Gedanken" einer "Tyrannei der herrschenden Meinung und Gesinnung" zum Opfer gefallen.

Erst zum Höhepunkt der Asylkrise ist es dem Autor des Buches "Europa ohne Identität", der in den 1990er Jahren die Begriffe des "Euroislam" und der "Leitkultur" geprägt hatte, gelungen, als Mahner auf die öffentliche Bühne zurückzukehren. ...

PAZ: Was bedeutet "Euroislam"?

Bassam Tibi: Der Begriff Euroislam ist ein politisches Konzept, nachdem die Kinder von in Europa geborenen und sozialisierten muslimischen Migranten mit Hilfe des Bildungssystems und der Medien europäische Wertevorstellungen in ihr Verständnis vom Islam übernehmen sollen. In einigen Ländern, wie Schweden und Holland, fand dieses Islamverständnis viel Interesse, leider nicht in Deutschland.

In Deutschland gilt nach dem Gebot der verfassungsmäßigen Religionsfreiheit der Kopftuchislam nach den Vorgaben der Scharia. Nur ein einziger Islamlehrstuhl in Deutschland, nämlich der von Münster mit Professor Khorchide, ist mit einem islamischen Reformtheologen besetzt, und auch seine Absetzung wird von den konservativen Islamverbänden vehement gefordert.

Dieser organisierte deutsche Islam wird von den Wahhabiten und der Muslimbruderschaft aus Saudi-Arabien und der türkischen DITIB, dem verlängerten Arm von Erdogans AKP, beherrscht. Wenn muslimische Migranten nicht integriert werden, bilden sich Parallelgesellschaften wie in den Banlieux in Frankreich, und diese sind die erste Vorstufe zu einem Bürgerkrieg.

PAZ: Kann man Zuwanderung begrenzen oder eindämmen?

Tibi: Zunächst einmal: Zuwanderung ist keine Naturkatastrophe. Ich mache einen Unterschied zwischen Einwanderung, die aus demographischen Gründen gebraucht wird, und der unkontrollierten Zuwanderung, mit der wir es jetzt in Europa zu tun haben. Wenn ein Staat darauf verzichtet, seine Grenzen zu kontrollieren, ist er wissenschaftlich gesehen ein "failed state", ein gescheiterter Staat, wie Deutschland.

Wenn zwischen September und Dezember 2015 Hunderttausende bis zu einer Million Zuwanderer nach Deutschland eingereist sind, ohne daß man weiß, woher diese Menschen kommen, und die Regierung das auch noch zugibt, dann muß man von einem gescheiterten Staat sprechen.

Was stattfindet, ist keine Migration, sondern eine Völkerwanderung. Leider wird eine sachliche Debatte hierüber durch Gesinnungsterror verhindert. Merkels Deutschland hat im Zeitraum 2015/2016 Millionen Menschen im Rahmen einer Willkommenskultur ohne eine klare Bestimmung in sein Territorium unkontrolliert hineingelassen.

Die Regierung hat kein Konzept für den Umgang mit diesen Menschen beziehungsweise wie sie in das bestehende Gemeinwesen eingegliedert werden können. Die USA, Kanada und Australien sind klassische Einwanderungsländer, wo es solche Konzepte gibt, Deutschland ist dagegen das größte Zuwanderungsland der Welt geworden, weil es statistisch gesehen mehr Migranten als selbst die USA aufnimmt.

Alleine die Stadt Hamburg nimmt pro Jahr die Hälfte der Zahl an Zuwanderern (35.000) auf, wie die USA in einem Jahr als gewollte Einwanderer (70.000) aufnimmt, aber die USA sind mehr als viermal so groß wie Deutschland. Allerdings ist in den USA die illegale Zuwanderung über Mexiko, die statistisch nicht erfaßt werden kann, sehr viel größer.

PAZ: Haben wir als reiche Europäer nicht auch eine moralische Pflicht, Menschen aus ärmeren Ländern zu helfen?

Tibi: Gesellschaftlich ist es neben der Differenzierung zwischen Ein- und Zuwanderung erforderlich, auch zwischen humanitärer Politik und Einwanderungspolitik zu unterscheiden. Es ist unbestreitbar, daß politisch Verfolgte ein Recht auf Asyl haben - dieses Recht ist aber ein individuelles und kein Gruppenrecht. Eine politische Verfolgung verleiht dem Antragsteller zudem keinen Dauerstatus, ist also keine Einwanderung. Denn das Asylrecht berechtigt nur zu einem zeitlich begrenzten Aufenthalt. Zuwanderung ist chaotisch.

Einwanderung erfolgt dagegen erstens nach Bedarf der Aufnahmegesellschaft und zweitens mit dem Ziel, die eingewanderte Person auf Dauer zum individuellen Mitglied des Gemeinwesens zu machen. Ein Bürger-Status als Citoyen muß durch Arbeit erworben werden und kann nicht geschenkt werden, so wie Gesinnungsethiker dies tun, wenn sie Flüchtlinge, die nicht einmal die Landessprache sprechen, zu "neuen Bürgern" hochstufen.

PAZ: Zurzeit versucht die EU nach dem Muster des Türkei-Flüchtlingsdeals einen solchen auch mit Libyen zu machen. Was halten Sie davon?

Tibi: Neben der inzwischen einigermaßen geregelten Balkanroute ist die Mittelmeerroute von Libyen aus heute der zentralste Weg für Millionen Armutsflüchtlinge aus Afrika nach Europa. Diese Mittelmeerroute kann man nur in den Griff bekommen, wenn die staatliche Ordnung in Libyen wiederhergestellt ist. Aber kein EU-Politiker hat darauf eine Antwort. Libyen ist nur noch ein nomineller Staat und es gibt dort keine staatlich funktionierende Ordnung mehr. Es gibt nicht einmal ein libysches Volk, wie es etwa ein syrisches oder ägyptisches gibt.

Zirka 125 schwer bewaffnete islamistische oder afrikanische Milizen kontrollieren das Land und die Fluchtrouten. Die Milizen lassen sich von außen nicht entwaffnen, das heißt USA oder EU können den intern bedingten Staatszerfall nicht beseitigen. Statt ihre Grenzen zu schützen, betreibt die EU mit Frontex-Schiffen nicht nur Seerettung im Mittelmeer, sondern dient dem Transport der Geretteten nach Europa.

Die EU-Frontex-Schiffe sind so zu einem "kostenlosen Taxi-Unternehmen" geworden, das den Schleusern Beihilfe zu ihrer Arbeit leistet. Europa hat nicht nur kein Konzept zum Umgang mit dieser illegalen Migration von Armutsflüchtlingen, die EU bietet auch der organisierten Kriminalität von Islamisten und afrikanischen Kriminellen, in deren Rahmen das Schmuggelgeschäft mit den Flüchtlingen lukrativ betrieben wird, ihre Beihilfe an.

PAZ: Halten Sie eine Obergrenze für Zuwanderer für sinnvoll?

Tibi: Innerhalb der Union gibt es den Konflikt um die Zahl der Zuwanderung zwischen Bundeskanzlerin Merkel und CSU-Chef Seehofer. Seehofer möchte eine Begrenzung der Zuwanderung auf 200.000 und Angela Merkel behauptet, daß im Grundgesetz keine Zahlen stehen. Dieser Konflikt ist lächerlich, in keiner Verfassung stehen Zahlen oder Prozente, aber kein Staat auf der Erde kann unbegrenzt Fremde aufnehmen.

Die Grenze ist die Integrierbarkeit der Zuwanderer, niemand wird behaupten, auch von Merkel hört man "Wir schaffen das" nicht mehr, daß Deutschland diese Massen, die es aufgenommen hat und verwaltet, sinnvoll integrieren kann. Das Schlimme ist nicht, Millionen Menschen unvorbereitet aufzunehmen, sondern ihnen außer Unterbringung, Alimentierung und Sprachkursen nichts anzubieten. Eine Integration in eine Bürgeridentität findet nicht statt.

PAZ: Wie ist die Lage in Ihrer Heimat Syrien?

Tibi: Als ich Syrien 1962 verlassen habe, hatte das Land dreieinhalb Millionen Einwohner, heute sind es über 30 Millionen, zwölf Million davon sind auf der Flucht, die meisten im ei-

genen Lande. Ich bin selbst Syrer und Humanist. Weltweit gab es im letzten Jahr 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Verpflichtung, Menschen zu helfen, hat Grenzen. Politik und Moral sind auseinanderzuhalten. Ich war im letzten Jahr in Ägypten und habe dort mit Bettlern gesprochen. Diese wußten von der Einladungskultur Deutschlands. Diese Menschen sind nicht verfolgt und sie verhungern nicht, aber dennoch will die Hälfte von ihnen weg, am liebsten nach Deutschland.

Auch im Senegal habe ich gearbeitet, dort will auch die Hälfte der Menschen nach Europa gehen. Diese Armutsflüchtlinge aufzunehmen hat mit Humanität nichts zu tun. Islamisten, die in ihren eigenen islamischen Ländern verfolgt werden, sollte kein Asylrecht in Deutschland gewährt werden.

Sie sind ein Risiko nicht nur für ihre Herkunftsländer, sondern auch für uns. Man muß klar sagen, daß Sicherheitspolitik der humanitären Politik gleichrangig sein muß, wenn der Rechtsstaat keine Selbstverleugnung betreiben will. Europa würde bei der Aufnahme von 65 Million Flüchtlingen aus Nahost und Afrika nicht mehr als zivilisatorische Entität existieren. Diese Tatsache muß man frei aussprechen dürfen.

PAZ: Sie gelten auch als der Schöpfer des Begriffes der "Leitkultur", was verstehen Sie darunter?

Tibi: Als ein Mensch nichteuropäischer Herkunft sehe ich europäische Identität deshalb positiv, weil sie einen inklusiven Rahmen bietet, der eine Verbindung zwischen den ethnischen Einheimischen und den Neuankömmlingen in einer Wertegemeinschaft ermöglicht. Ich nenne diesen Rahmen Europäische Leitkultur; eine Option, die nicht nur Islamisten, sondern auch Linksrüne vehement ablehnen.

Nicht nur Flüchtlinge und Islamismus bedeuten eine Gefahr. Eine große Gefahr für Europa stammt aus dem Inneren dieses Kontinents selbst, nämlich aus dem postmodernen, kulturrelativistischen Nihilismus, der jeden Wertebezug als Rahmen für Identität verleugnet. Dieser Verlust an Identität betrifft vor allem Laizität und säkulare Demokratie.

Viele Zuwanderer bringen eine Weltanschauung mit, die beides verleugnet. Wenn Deutschland seine eigene Identität und ein vorhandenes Gemeinwesen verleugnet, dann ist die Folge zwangsläufig eine Unfähigkeit zur Integration. Zuwanderer, die sich ausgegrenzt fühlen, werden eine Identitätsalternative suchen und diese wird oft der Scharia-Kopftuch-Islam sein.

PAZ: Wieso kommt es zu dieser seltsamen Allianz von Linksrünen und Islamisten?

Tibi: Die nihilistischen Linksrünen sind ein Bündnis mit den Diaspora-Islamisten eingegangen, die zwar Zuflucht in Europa suchen und finden, zugleich aber den Kontinent islamisieren wollen. Es mag seltsam erscheinen, wie linksgrüne Kulturnihilisten mit Islamisten, die ja eigentlich religiöse Absolutisten sind, ein Bündnis eingehen können. Zum Bestand der europäischen Identität und seiner kulturübergreifenden Leitkultur gehören säkulare Demokratie, Laizität und Bürgerschaft als wesentliche Säulen des Gemeinwesens. Wenn man diese Idee von Europa abweist, bleibt nichts übrig.

Die Linksrünen mißbrauchen die Flüchtlinge als Ersatzproletariat, um mit ihnen Politik zu machen. Die heutige linksgrüne Ablehnung Europas ist nicht neu; die Abweisung der westlichen Zivilisation als ein Herrschaftszentrum mit all den Übeln von Kolonialismus und Faschismus reicht weit zurück, das weiß ich als ein alter Linker der 1960er Jahre. Max Horkheimer, mein Lehrer in Frankfurt, der als Jude die NS-Zeit in den USA überlebt hatte, hat uns trotz aller Übel, die von Europa ausgingen, klar die positiven Seiten der europäisch-westlichen Werte aufgezeigt, die universell galten und von den alten Linken vertreten wurden, zu denen auch ich gehörte.

Heutige Linksrüne sind hingegen auch wertemäßig antieuropäisch und antiwestlich eingestellt. Westliche Werte werden synonym mit weißer Hautfarbe gleichgesetzt, so daß deren Verteidigung als "Rassismus" gilt. Die aus der islamischen Zuwanderung notwendig entste-

henden "unversöhnlichen Parallelgesellschaften" sind für die Linken ein Segen, den sie als Multikulturalismus bezeichnen. Der linksgrüne Diskurs dominiert die öffentliche Meinung in Europa. Wer nicht mitmacht, wird in die rechtspopulistische Schmutzedecke gestellt.

Als muslimischer Migrant fällt es mir schwer, diesen europäischen Selbsthaß nachzuvollziehen. Max Horkheimer forderte uns damals auf, die westlich-europäische freie Welt als "Insel der Freiheit in einem Ozean der Gewaltherrschaft" zu verteidigen, und zwar nicht nur gegen den Faschismus Hitler'scher Prägung, sondern auch gegen den linken Totalitarismus Stalin'scher und Lenin'scher Provenienz.

Ich bin dem Vermächtnis Max Horkheimers treu geblieben. Zu diesen bekannten Feinden Europas kommt heute aber noch ein dritter Feind hinzu: der Islamismus. Wer, wie ich, vor dem totalitären Islamismus warnt, wird von Linksgrünen mit den Vorwürfen "Rassismus" und "Islamophobie" eingedeckt. Ich weiß nicht, ob Europa die linksgrüne Selbstverleugnung überleben wird, ich hoffe aber, daß ich die Islamisierung Europas nicht mehr erlebe.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/10352" berichtete am 21. April 2017 (x1.165/...): >>>Nordkorea - was es heißt, die USA vor der "Haustür" zu haben

Klare Tatsache: Das "Säbelrasseln" zwischen Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un und der US-Administration verschärft sich. Doch woher kommt die ständig propagierte "Aggressivität" Nordkoreas? ...

Seit Tagen verschärft sich das "Säbelrasseln" zwischen Nordkoreas Machthaber Kim Jong-Un und der US-Administration. Nordkorea hatte in den vergangenen Wochen wiederholt Testraketen in Richtung offenes Meer feuern lassen. Als Reaktion auf die Raketentests und den "vermutlich" bevorstehenden Atombombentest, ließ US-Präsident Donald Trump am 8. April 2017 den Flugzeugträger "USS Carl Vinson" sowie dessen Begleitschiffe in Richtung koreanischer Halbinsel auslaufen.

Daraufhin ließ das Außenministerium in Pjöngjang, der Hauptstadt Nordkoreas, am 10. April verlauten, daß sie die "härtesten Gegenmaßnahmen gegen die Provokateure treffen" werden. Sollten sich die USA außerdem für "eine militärische Aktion entscheiden", sei die Volksrepublik bereit, auf jede von den USA gewünschte Art von Krieg zu reagieren. Die von den westlichen Medien ständig heraufbeschworene "Aggressivität" Nordkoreas wird vom US-amerikanischen Journalisten Jack A. Smith als Teil ihrer Erfahrung erklärt.

Smith besuchte Nordkorea für die Zeitung "The Guardian" in den 1970er Jahren dreimal. In einem Artikel vom 4. April 2013 schrieb Smith wörtlich: "Pjöngjangs ‚Aggressivität‘ ist fast zur Gänze verbal - vielleicht ein paar Dezibel zu laut für viele Ohren - aber Nordkorea ist ein kleines Land in schwierigen Verhältnissen, das sich sehr gut an die außerordentliche Brutalität erinnert, mit der Washington in den 1950ern über sein Territorium herfiel. Millionen Koreaner wurden getötet.

Die Flächenbombardements der Vereinigten Staaten von Amerika waren verbrecherisch. Nordkorea ist entschlossen, in den Kampf zu ziehen, wenn das wieder geschieht. ... (Des nordkoreanischen Staatsoberhauptes) Kim Jong-Un's mittelfristige Absicht ist es, eine ausreichend besorgniserregende Krise zu schaffen, damit die US-Regierung endlich bilateralen Gesprächen zustimmt, die zu einem Friedensvertrag führen, einem Ende der von Washington verhängten Sanktionen und dem Abzug fremder Soldaten aus dem Süden."

Nun ist seit dem 25. Februar 2013 eine US-amerikanische Filmproduktion mit dem Titel "KOREA - Verbrechen im vergessenen Krieg" auf dem Videoportal YouTube zu sehen. Diese zeigt Kriegsverbrechen der USA im Koreakrieg von 1950 bis 1953 auf. Der Film präsentiert Interviews mit US-Kriegsveteranen aus dem Koreakrieg und historische Aufnahmen, von Kameramännern der US-Streitkräfte, aus den Nationalen Archiven der USA. Das südkoreanische Verteidigungsministerium hat insgesamt 61 Übergriffe der US-Truppen auf Zivilisten registriert.

Erst im Jahr 1999 hat die US-Regierung einen davon bestätigt, nachdem sie wegen erdrückender Beweise kaum eine andere Wahl hatte. Bis dahin hatte das Pentagon die Vorwürfe stets zurückgewiesen. Jedoch vermied sie auf die Frage der Verantwortung einzugehen. Die Todesfälle seien eine traurige Tragödie, wie sie im Krieg nun mal vorkommen.

Es habe weder Befehle von Vorgesetzten noch vorsätzlichen Beschuß von Zivilisten gegeben, behauptete das US-Verteidigungsministerium. Jedoch weist der Film "KOREA - Verbrechen im vergessenen Krieg" das Gegenteil nach. Auch will die US-Regierung keine der weiteren 60 bekannten Übergriffe amerikanischer Truppen auf Zivilisten untersuchen lassen.

Weiter ist auch folgendes bekannt: Die US-Armee setzte im Koreakrieg erstmals Napalm als flächendeckende Brandmunition gegen weite Landstriche feindlichen Gebiets ein. Napalm ist eine Brandwaffe mit dem Hauptbestandteil Benzin.

Mit Hilfe von Zusatzstoffen wird erreicht, daß Napalm als zähflüssige, klebrige Masse am Ziel haftet und eine starke Brandwirkung entwickelt. 70.000 Tonnen Napalmbomben wurden von den amerikanischen Luftstreitkräften über Korea abgeworfen. Die Bevölkerung erlitt ungeheure Verluste, schätzungsweise drei Millionen Zivilisten starben während den Kampfhandlungen.

Durch den Koreakrieg haben die USA ihre Vormachtstellung in der Region gesichert: Bis heute haben die USA ihre Militärstützpunkte inklusive Atombombern und Flotten in Südkorea, sowie das Oberkommando über die südkoreanischen Streitkräfte! Rund 30.000 Soldaten hat das US-Verteidigungsministerium in Südkorea stationiert. Zudem werden jährlich Militärübungen mit koreanischen Streitkräften abgehalten, mit Flugzeugträgern, Jagdbombern, U-Booten, die Atomwaffen tragen können usw.

Und dies alles vor der "Haustür" Nordkoreas. In vielen Ländern werden "gemeingefährliche" Straftäter, also solche, die eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellen, zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, wenn nicht sogar hingerichtet. In zahlreichen Staaten der USA ist die Regel "Three strikes and you are out" verbreitet, was soviel heißt wie: "Drei Verstöße und man ist raus". Nach diesem "Drei-Verstöße-Gesetz" ist die dritte Verurteilung mit einer lebenslangen Haft verbunden.

Jedem, der sich mit der geschichtlichen Vergangenheit und den Kriegsverbrechen des "Imperiums USA" auseinandersetzt, dürfte klar sein, unter welche Kategorie von Straftäter das "Imperium USA" und seine Strippenzieher fallen. Jedem dürfte dann auch klar sein, wie man reagiert, wenn solch ein gemeingefährlicher und uneinsichtiger Wiederholungstäter frei und unbehelligt vor der eigenen Haustür herumläuft. US-Regierungen lehnten es immer wieder formell ab, sich für ihre Kriegsverbrechen zu entschuldigen oder eine Wiedergutmachung für die Überlebenden zu leisten.

Einzelheiten finden Sie in eingeblendeten Sendungen: Vor diesem Hintergrund erscheint die von den westlichen Medien ständig propagierte "Aggressivität" in einem völlig anderen Licht. Sie wird weiterhin als ein verzweifelter Akt der Selbstverteidigung gegenüber einem mörderisch gefährlichen Schurken erkennbar. Dabei ist es völlig unerheblich, ob man nun das politische System Nordkoreas als gut oder schlecht bewertet.

Zum Schluß eine geschichtliche Ergänzung zum Film "KOREA - Verbrechen im vergessenen Krieg", der im Anschluß gezeigt wird. Laut US-amerikanisch geprägter "offizieller" Geschichtsschreibung begann der Koreakrieg am 25.6.1950 durch den "überraschenden" Überfall des "kommunistischen" Nordkorea auf das "demokratische" Südkorea. Diese Behauptung könne jedoch keiner gründlichen historischen Untersuchung standhalten, so der US-amerikanische Historiker William Blum.

Blum war früher beim US-Außenministerium tätig, welches er 1967 wegen seiner Opposition zum Vietnamkrieg verließ. Die südkoreanische Regierung sei vielmehr fest entschlossen gewesen, den ersehnten Bürgerkrieg herbeizuführen, da sie die US-Armee in ihrem Rücken

wußte. Jedoch mußte, um die amerikanische Öffentlichkeit für den Krieg in Korea zu gewinnen, Nordkorea zwingend als Aggressor dargestellt werden.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. April 2017 (x887/...):
>>"**Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein**"

von *Eva Herman*

Ein erstaunliches Interview wurde vor wenigen Tagen von dem Internet-Sender Querdenken.TV veröffentlicht. Michael Friedrich Vogt, Publizist und ehemaliger Honorarprofessor für Journalistik an der Universität Leipzig, hatte Mitte April 2017 in Moskau den stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Duma, Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, getroffen. Der Rechtsanwalt und studierte Türkeiwissenschaftler ist Chef der liberaldemokratischen Partei und sitzt im russischen Parlament. Die Sichtweise der Russen, die Schirinowski hier vertritt, steht im konträren Widerspruch zu den Aussagen der deutschen Politiker und Medien. Um so interessanter ist es, diesen selten zu findenden Aussagen zuzuhören.

Gleich vorweg: Am Ende des Interviews stellte Schirinowski fest, daß man von russischer Seite aus bereit sei, die berühmte Frage der "deutschen Ostgebiete" zusammen mit Deutschland zu lösen. Vogt dazu: "Damit stellt sich Wladimir Schirinowski in eine über 70-jährige Tradition sowjetisch/russischer Politik. Schon Stalin hatte 1952 mit seiner berühmten Stalinnote die Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete im Tausch gegen eine deutsche Neutralität und Nichteintritt in die NATO angeboten.

Nikita Chruschtschow wiederholte ein solches Angebot 1955, Andropow in den 80er Jahren und bei der deutschen Wiedervereinigung kam im Sommer 1990 ein neues Angebot über die Rückgabe des sowjetischen Teils Ostpreußens mit Königsberg von Gorbatschow."

Vogt fügt in der Ankündigung des Interviews eine Aussage des offiziellen Russischdolmetschers Ernst Nagorny aus dessen Nachlaß an: "Als Michail Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort:

"Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2-plus-4-Verhandlungen mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten.

Die Polen wären bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau beknetet, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. 'Die Deutschen akzeptieren diese Grenze', waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden."

Zu den derzeit aktuellen Themen traf Schirinowski ebenfalls klare Aussagen, wie man sie in westlichen Medien nur zu selten hört. Zum Thema einer angeblichen Annexion der Krim von seiten Rußlands stellte der russische Politiker wörtlich klar:

"Die Krim ist russische Erde, sie gehörte immer zum russischen Reich oder der Sowjetunion. Und die absolute Mehrheit der Krimbewohner kehrte mit Vergnügen in die Struktur Rußlands zurück. Es gibt keine Annexion. Wir haben kein fremdes Land erobert. Ab dem Moment der illegitimen Teilung der UdSSR haben sie immer ihre Unabhängigkeit für sich reklamiert und haben stets die Rückkehr nach Rußland gefordert. Das ging über 26 Jahre. Es gab keine bewaffneten Auseinandersetzungen während des Anschlusses der Krim. Und jetzt überhaupt: Es herrscht eine vollkommene Feststimmung. Alle sind zufrieden, und das alles sind die Wünsche der Krimbewohner und der Bewohner unseres Landes."

Michael Vogt sprach die aktuelle Lage in der Ukraine an. Die Antworten Schirinowskis klingen ähnlich gegensätzlich zum deutschen Massenmedien-Einheitsbrei, wie es schon zur Krim-

Thematik und zu den deutschen Ostgebieten der Fall ist. Es sind Antworten, die wir dort niemals zu lesen bekommen würden: "Meine persönliche Meinung: Die ganze Ukraine sollte zurückkehren und Teil Rußlands werden. Ein Gouvernement, wie es zu Zeiten des Zaren war. Wenn die Ukrainer das nicht wollen, dann wird das Land, wie in Afrika, zu einer Art Somalia: Krieg, innere Fehden, Provokation, nichts Gutes, weder für Rußland, noch für Europa." Unheilvolle Worte Schirinowskis folgten zur derzeitigen Lage Europas:

"Zwischen den bekannten deutschen Repräsentanten wird darüber gesprochen, daß es ein Szenario gibt, nach dem ein Krieg zwischen Rußland und Deutschland auf dem Territorium der Ukraine - und zwar wegen der Ukraine - stattfinden soll. Es gibt einen solchen Plan. Der Krieg sollte schon im Sommer 2016 anfangen, er hat nicht angefangen. Jetzt planen sie ihn für den Sommer 2017."

Schirinowski verurteilte die NATO-Osterweiterung, vor allem in den baltischen Ländern. Sie stelle eine immense Gefahr für den Frieden in Europa, ganz speziell für Deutschland, dar: "Wir haben Deutschland gebeten, aus der NATO auszutreten. Und es würde ein großes Deutschland sein, ohne Besatzungstruppen, das demokratischste in Europa. Aber, nein! Und die DDR wurde hineingezogen, und sie alle zusammen sind jetzt in der NATO. Die deutschen Soldaten sind schon im Baltikum! Doch warum machen sie das?"

Dieser Krieg wird der letzte sein. Alles wird vernichtet. Ganz Europa wird vernichtet. Man sollte darüber nachdenken. Amerika ist weit weg. Und wir haben noch hinter dem Ural genug Territorium. Und was bleibt von Europa nach dem Krieg?"

Schirinowski erläuterte die seit nahezu 200 Jahren verursachten Störungen der russisch-deutschen Beziehungen durch Großbritannien, die USA und Frankreich. Ihnen sei die russisch-deutsche Allianz ein Dorn im Auge, die zu friedvoller Macht führen und ihnen deshalb gefährlich werden könnte. Und so würden seit 200 Jahren Konflikte und Störungen produziert:

"Man soll damit Schluß machen. Deutschland ist doch eine kluge Nation. Es ist an der Zeit, sich endlich aus der Falle zu befreien, in die Deutschland seit fast 200 Jahren getrieben wurde und endlich mit Rußland zusammenzuarbeiten. Wir mischen uns nicht ein in die inneren Angelegenheiten Deutschlands. In erster Linie sollte es aufhören, ein besetztes Land zu sein und immer nach Washington zu fahren und um Erlaubnis nachzufragen. Es soll vollständig selbstständig sein, und ich bin sicher, daß die meisten Deutschen für ein Bündnis mit Rußland sein werden anstatt für das Bündnis mit Amerika."

Falls es dazu käme, daß das deutsche Volk Rußland um Hilfe bäte, wie würde Rußland entscheiden, fragte der Journalist schließlich. Die Antwort Schirinowskis dürfte so manchem Hoffnung und Trost geben: "Hilfe für Deutschland? Und Europa? Wir leisten jede Hilfe. ... Es ist die Bestimmung Rußlands, in kritischen Momenten Hilfe zu leisten bei der militärischen Lösung jedes Problems, jeder Frage."

Schirinowski beendete das Interview mit der bereits zu Anfang erwähnten Thematik der deutschen Ostgebiete: "Wir haben den Deutschen die östlichen Gebiete weggenommen und den Polen gegeben. Aus welchem Grunde befinden sich heute die Polen auf dem deutschen Territorium? Man kann alles Deutschland wiedergeben. Dabei können wir helfen. Beim deutschen Hafen Memel, Klaipeda, wir können dabei helfen, für Deutschland das ganze Preußen wieder herzustellen. Keiner hilft, nur wir!"<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 1. Juni 2017 (x1.000/...):

>>**Wie die 68er-Bewegung die Schlüsselpositionen im Staat besetzte**

... Nach der russischen Oktoberrevolution 1917 versuchten die Kräfte hinter ihrem Anführer Lenin, den Kommunismus weltweit zu verbreiten. In Deutschland scheiterten Versuche, eine offene Revolution loszutreten am mangelnden Interesse der Bevölkerung. Weil in Deutschland eine Machtergreifung der Kommunisten mittels Revolution - wie 1917 in Rußland - nicht

möglich war, mußte eine andere Strategie zum Zuge kommen. In seinem Buch "Rot-Grüne Lebenslügen" beschrieb Torsten Mann, wie die Kommunisten in Deutschland den Weg der Langzeit-Unterwanderung gingen.

Umgesetzt wurde diese durch die 68er-Bewegung, die Schlüsselpositionen im Staat besetzte. Man prägte seit den 50er Jahren gezielt Studenten mit den Lehren der marxistischen "Frankfurter Schule". Die "Frankfurter Schule" wurde 1923 als "Institut für Marxismus" gegründet und später umbenannt in "Institut für Sozialforschung". Das Leitmotiv hieß: "Kritisieren bis zur Zersetzung". Das meint, die Ablehnung und Zersetzung jeder bestehenden Ordnung. Ziel war die traditionelle Familie aufzulösen und zu ersetzen durch: andere Lebensgemeinschaften, Feminismus, schrankenlosen Sex und antiautoritäre Erziehung.

Der Kampf galt der bürgerlichen Moral, den christlichen Werten und jeglicher Autorität. Durch die Propaganda der "Frankfurter Schule" entstand eine rebellierende Studentenbewegung - die 68er-Bewegung, - die sich auf die etablierten Parteien verteilte, ohne ihre marxistische Gesinnung offen zur Schau zu tragen.

Die 68er vollzogen demnach den von Wortführer Rudi Dutschke geforderten "Langen Marsch durch die Institutionen" - das heißt, anstelle einer schnellen Revolution besetzten sie in vielen Schritten über lange Zeit hinweg die Schlüsselpositionen im Staat: vor allem im Bildungswesen, in der Justiz und in den Medien. So begann man von innen her schrittweise das umzusetzen, was auf revolutionärem Wege nicht gelang.<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 5. Juni 2017 (x1.064): >>**Deutschland - ein besetztes Land**

Merkels Deutschland, Merkels Europa - ein lauer deutscher Sommerabend und eine spontane Diskussion an einem Stammtisch in Köln-Ehrenfeld.

von *Werner Rügemer*

Ich ging an diesem lauen Abend durch die Straßen meines Stadtteils, in dem ich schon lange wohne. Als ich an einer der zahlreichen Szenekneipen vorbeikam, die hier seit einigen Jahren sich immer zahlreicher ausbreiten und viel jugendliches Publikum anziehen, viele Studenten, junge Medienleute, auch ein hier geachteter Witzemacher wie Jan Böhmermann wohnt um die Ecke - als ich also an einer dieser Kneipen vorbeikam, sah ich unsere Bundeskanzlerin auf dem üblichen großen TV-Bildschirm. Sie hielt tapfer einen gläsernen, dicken, halbleeren Ein-Liter-Bierkrug in die Höhe und lächelte.

Sie guckte in einer Mischung zwischen frech und unsicher und schien Zustimmung zu erwarten. Sie saß in einem Bierzelt im Münchner Vorort Trudering, in einer Veranstaltung ihrer bayerischen Schwesterpartei CSU, so wurde erklärt. Da ich mich unter anderem für die heute wichtigen Formen des Populismus interessiere, besonders der Variante der angeblich christlichen deutschen Regierungschefin, blieb ich stehen und beugte mich durchs offene Fenster, um die Merkel besser mitzukriegen. Sie hatte jetzt den Bierkrug nicht mehr in der Hand und deklamierte an einem Pult ins Mikrofon: "Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen."

Eine Gruppe junger Frauen und Männer saß in der Nähe des Fensters um einen runden Tisch. Einer erkannte mich und rief - wir hatten schon ein paarmal kurz diskutiert, in meiner Stammkneipe in der Nachbarstraße: "He, komm doch rein! Du kennst dich doch aus! Die Merkel erzählt doch Unsinn! Das ist doch die mächtigste Arschkriecherin Europas, stimmt's oder hab ich recht?"

Ich setzte mich zu den jungen Leuten, die mir freundlich einen Stuhl beizogen. "Mächtigste Arschkriecherin Europas? Wie kommt Ihr darauf?" fragte ich. Eine junge Frau warf sofort ein: "Das hat der Jörg gesagt. Ich finde aber, daß die Merkel recht hat. Wir Europäer müssen uns endlich von den Amis selbständig machen, jedenfalls wenn sie von diesem Trump regiert werden."

Ich ergriff gern die Gelegenheit und begann der aufmerksamen Runde meine angesammelten Kenntnisse in meiner rein sachlichen Weise auszubreiten. Ich begann damit etwas zwinkernd oberlehrerhaft, was aber scheinbar nicht schlecht ankam: "Ihr wißt ja, daß Deutschland Mitglied der NATO und der wichtigste Freund der USA in Europa ist, oder?" Alle nickten ungeduldig. "Ok", fuhr ich fort, "dann wißt Ihr auch, daß die USA in Deutschland mehr militärische Stützpunkte betreiben als in jedem anderen Staat der Welt."

Da blickten sie ungläubig. "Also dann ratet mal, wieviel und was für Militärstützpunkte die USA in Deutschland betreiben", gab ich in die Runde. Sie blickten sich fragend an. "Ja, in Ramstein", antwortete einer, der türkisch aussah, "da haben die einen Flugplatz und ein großes Krankenhaus. Ich glaube, das liegt in der Eifel. Truppen- und Materialtransporte nach Afghanistan, in den Irak und so weiter."

"Und Drohnen-Station", rief ein anderer. Ich fragte nach: "Und was haben wir da noch?" Da gebe es vielleicht noch ein paar Standorte, die nach dem letzten Krieg hier eingerichtet wurden und noch nicht abgezogen sind, wurde vermutet.

"Um es kurz zu machen", erklärte ich, "die USA haben in Deutschland ungefähr zwei Dutzend Militärstandorte. Da hat die Bundesregierung nichts zu sagen. Die werden laufend modernisiert. Dazu gehört die Lagerung von Atomsprengköpfen. Dazu gehören auch ganz neue Standorte wie AFRICOM bei Stuttgart, von wo aus Afrika überwacht wird und Drohnen gelenkt werden. Dazu gehören europäische Kommandozentralen für das US-Militär und auch für die NATO. Dazu gehört der Rüstungskonzern General Dynamics, der in Kaiserslautern produziert und dessen Produkte nicht der deutschen Exportkontrolle unterliegen, und so weiter."

Ich brach die Aufzählung ab. Eine junge Frau fragte zögernd: "Dann sind wir ja ein besetztes Land, wenn das stimmt? Wieso sagt die Merkel nichts dazu?" Da fühlte sich der junge Mann bestätigt, der mich gerufen hatte: "Genau, sag ich's doch: Die Merkel ist die mächtigste Arschkriecherin Europas, die Amis haben kein Land so im Griff wie Deutschland. Ich sage nur: Edward Snowden! NSA! Merkel-Handy!"

Der laue Sommerabend in der offenen Kneipe wurde noch lang, da wurde noch einiges an Fritz Kola, Wasser, Rosé und auch ein bißchen Kölsch getrunken. Eine freundliche junge Frau mit dunklen lockigen Haaren bediente uns. Wie sich rausstellte, hatten doch alle irgendwas gehört, jeder und jede erzählte was: Die schon von Obama angeordnete Aufrüstung der europäischen NATO-Staaten und der Aufmarsch an der russischen Grenze. Die CIA-Folterungen in osteuropäischen Gefängnissen, jedenfalls vor ein paar Jahren.

Die US-Militärstadt Bondsteel im Kosovo. Die vielen neuen NATO-Mitglieder in Osteuropa und auf dem Balkan. Aus einem jungen Mann mit kleinen Eisenringen an beiden Ohrläppchen, der bisher nichts gesagt hatte, brach es plötzlich heraus: Die USA hätten den von Merkel geförderten Anwärter auf das Präsidentenamt in der Ukraine, den Boxer Klitschko - den hätten die USA einfach beiseitegeschoben und ihren eigenen Favoriten durchgeboxt! Und diese Frau, diese Abteilungsleiterin aus dem amerikanischen Außenministerium hätte doch "Fuck Europe!" gerufen!

Eine junge Frau, die an der Kölner Uni Politik studiert - mit kurzem Blick auf mich fügte sie das hinzu -, warf die Frage auf: Bricht denn unsere Bundeskanzlerin nicht das Grundgesetz und ihren Amtseid? Sie läßt doch zu, daß die von US-Präsidenten ohne Gerichtsverfahren angeordneten Drohnen-Tötungen über eine deutsche Relaisstation geleitet werden! Ein junger Mann, eifriger Verfasser von Wikipedia-Einträgen, behauptete:

Deutschlands und Europas Bürger und Regierungen und Unternehmen und öffentliche Einrichtungen werden nicht nur von US-Geheimdiensten ausgespäht, sondern auch von den US-Internetgiganten Google, Facebook, Microsoft, Uber und so weiter. Ein stiller Teilnehmer der Runde, der als einziger Kölsch trank, fügte plötzlich hinzu: "Und die müssen ihre Daten auch dem US-Heimatschutz-Ministerium zur Verfügung stellen, das habe ich irgendwo gelesen."

Die Runde redete sich immer tiefer hinein. Es drohte chaotisch zu werden. Der Abend war leicht und lau, die Fenster standen offen. Von den Tischen auf der Straße schwirrten gedämpfte Gesprächsfetzen herein. Einzelgänger, Gruppen und Paare schlenderten vorbei. Es war friedlich. Unvermeidlich wurde der Kampf gegen den Terrorismus gestreift und daß die USA seit Jahrzehnten islamistische Terrorgruppen ausbilden. Der Zwischenruf "Aber Putin ist doch auch böse" blieb freundlich ohne Resonanz, ich wunderte mich.

Nach Mitternacht waren noch ganz neue Stichworte aufgetaucht. Einer meinte: McKinsey sitzt im Verteidigungsministerium, in den Jobcentern, und McKinsey berät das Migrationsamt, wie Flüchtlinge möglichst schnell und kostengünstig abgeschoben werden. Eine andere Teilnehmerin unseres Stammtisches glaubte sich zu erinnern, irgendwo im Internet aufgeschnappt zu haben: In der Commerzbank, bei Daimler und jetzt auch in VW sitzen Beamte des FBI mitten in den Vorstandsbüros und müssen an das US-Justizministerium melden, was ihnen auffällt. Ich konnte mir gar nicht alles merken, was da noch alles durcheinander erzählt wurde.

Der Stammtisch, der durch Merkels Bierzelt-Auftritt zustande gekommen war, kam zu dem Beschluß: Da ist noch einiges zu klären! Der Agitator, der mich gerufen hatte, trank im Aufstehen sein Glas aus und wiederholte: "Die Merkel ist die mächtigste Arschkriecherin Europas, das ist doch wohl klar, oder?" Ich machte der Runde den Vorschlag, über eine mehr sachliche Kennzeichnung der deutschen Bundeskanzlerin nachzudenken, zum Beispiel "populistisches Vasallentum". Das schien nicht so gut anzukommen. Aber man war sowieso schon im Aufbruch.

Wir waren schon alle aufgestanden, wir waren fast die letzten Gäste. Der Pächter hatte draußen die Stühle und Tische verkettet, damit sie nicht geklaut werden - da kam die junge Griechin zu unserem Tisch, die uns den Abend über bedient hatte. Sie hatte ihre Schicht beendet und ihre Schürze abgelegt. Sie sprudelte los, als würde sie eine vorbereitete Wahlkampfreden halten. "Ich habe ja mitgekriegt, was Ihr da die ganze Zeit diskutiert habt.

Merkel will Europa stärken. Scheiße dieses starke Europa! Ich bin ausgewandert, weil ich in Griechenland nach dem Studium keine Arbeit gefunden habe. Bei uns regieren die Oligarchen, der Internationale Währungsfonds und die Deutsche Bank! In Slowenien, in Kroatien, im Kosovo sieht es noch schlimmer aus. Reiche Oligarchen und Investoren, Auswanderung, Verarmung. Das ist euer Merkel-Europa. Das solltet Ihr auch mal bedenken!"

Die Runde blickte sich etwas müde, aber interessiert an. "Wann treffen wir uns das nächste Mal?" fragte einer. "Wann sind denn deine Schichten?" fragte die Politikstudentin die griechische Bedienung.

Josef Foscepoth: Überwachtes Deutschland. Göttingen 2012 Christoph Franceschini u.a.: Spionage unter Freunden, Berlin 2017 Werner Rügemer: Der Blackrock-Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2016 Werner Rügemer: Ratingagenturen. Einblicke in die Kapitalmacht der Gegenwart, Bielefeld 2012 Werner Rügemer: Bis diese Freiheit die Welt erleuchtet. Transatlantische Sittenbilder, Köln 2017

Werner Rügemer

Werner Rügemer, interventionistischer Philosoph, ist Mitbegründer von "aktion gegen arbeitsunrecht" und "Gemeingut in Bürgerinnenhand". Zuletzt erschien von ihm "Bis diese Freiheit die Welt erleuchtet. Transatlantische Sittenbilder aus Politik und Wirtschaft, Geschichte und Kultur". ...<<

Die Zeitschrift "Stern" berichtete am 30. August 2017: >>**Bundesanwaltschaft weist 1.000 Strafanzeigen gegen Merkel wegen "Hochverrats" ab**

Seit dem Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 sind bei der Bundesanwaltschaft mehr als 1.000 Strafanzeigen wegen "Hochverrats" gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel eingegangen. Daran sollen AfD-Anhänger maßgeblich beteiligt sein.

Bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sind nach einem Zeitungsbericht seit Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 mehr als 1.000 Strafanzeigen gegen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wegen Hochverrats eingegangen. "Die Strafanzeigen gegen die Bundeskanzlerin haben sich alle als haltlos erwiesen", sagte die Sprecherin der Behörde, Frauke Köhler, dem "Mannheimer Morgen".

Angela Merkel offenbar von vielen AfD-Anhängern angezeigt

Ein größerer Teil der Anzeigen stammt dem Bericht zufolge aus dem Kreis von AfD-Anhängern. Die Bundesanwaltschaft ist für Staatsschutzstrafsachen zuständig, die die innere und äußere Sicherheit Deutschlands berühren. Die Behörde muß alle Strafanzeigen prüfen.

Erst am vergangenen Dienstag hatten AfD-Anhänger gegen die Bundeskanzlerin mobilisiert. Bei einem Wahlkampfauftritt in Bitterfeld-Wolfen (Sachsen-Anhalt), wo die AfD mit 22 von 87 Sitzen im Landesparlament vertreten ist, wurde Angela Merkel mit Buhrufen und Pfiffen empfangen. Der Lärm riß auch während ihrer Rede nicht ab.

Als Merkel versprach, die Steuern nach einer Wiederwahl nicht erhöhen zu wollen, ertönte ein Sprechchor, der ihr "Lügner, Lügner" und bis zum Ende ihrer Rede "Hau(t) ab" entgegen rief. Beim Thema Flüchtlinge und Fluchtursachen waren Beifall und Buhrufe zu hören.<<

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 1. September 2017: >>**Hochverrat im Kanzleramt? Weidel: "Merkel müßte vor Gericht"**

Scharfe Töne im Wahlkampf: AfD-Spitzenkandidatin Weidel geht Merkel persönlich an. Sie ruft dazu auf, sich mit "Rechtsbrüchen der Kanzlerin" auseinanderzusetzen. Nach ihrer Amtszeit, fordert Weidel, gehöre Merkel "vor ein ordentliches Gericht".

Wenige Wochen vor der Bundestagswahl verschärft die rechtspopulistische AfD erneut ihren Tonfall: AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel erhob schwere Vorwürfe gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel.

"Wir müssen uns mit den Rechtsbrüchen der Kanzlerin auseinandersetzen. Angela Merkel müßte nach ihrer Amtszeit vor ein ordentliches Gericht gestellt werden", forderte sie in einem Interview der "Passauer Neuen Presse".

Illegales Handeln erkennt die AfD-Politikerin dabei vor allem in Politikfeldern, die zu den Kernthemen ihrer eigenen Partei gehören: "In der Euro-Rettungspolitik und in der Flüchtlingskrise hat sie gegen geltendes deutsches und europäisches Recht verstoßen. Dafür sollte sie sich vor einem Richter verantworten müssen."

Die Partei hatte zuvor bereits erklärt, sie wolle sich nach ihrem erwarteten Einzug in den Bundestag für einen "Untersuchungsausschuß Merkel" stark machen. Die Idee, juristisch gegen politische Entscheidungen der Kanzlerin vorzugehen, ist in der AfD nicht neu. Der Bundesvorstand der Partei hatte bereits im Oktober 2015 wegen "Einschleusung von Ausländern" erfolglos Strafanzeige gegen Merkel gestellt.

Tausende Strafanzeigen gegen Merkel

Mit ihren Ansichten stehen Weidel und die Parteiführung der AfD offenbar nicht alleine da: Bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sind seit Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 einem Zeitungsbericht zufolge tatsächlich bereits mehr als 1.000 Strafanzeigen eingegangen, in denen der CDU-Politikerin Hochverrat vorgeworfen wird.

"Die Strafanzeigen gegen die Bundeskanzlerin haben sich alle als haltlos erwiesen", erklärte die Sprecherin der Behörde, Frauke Köhler, dem "Mannheimer Morgen". Ein größerer Teil der Anzeigen stammt dem Bericht zufolge aus dem Kreis von AfD-Anhängern.

Die Bundesanwaltschaft ist für Staatsschutzstrafsachen zuständig, die die innere und äußere Sicherheit Deutschlands berühren. "Hochverrat" begeht laut Paragraph 81 im Strafgesetzbuch jemand, "der es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern". Nach den Grundsät-

zen des Rechtsstaats ist die Karlsruher Behörde verpflichtet, alle eingehenden Strafanzeigen zu prüfen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 9/2017 berichtete im September 2017:

>>**Die Kalte Kanzlerin - Der Staat bin ich, das Volk ist nichts**

_ von Daniell Pföhringer

Um es gleich vorwegzunehmen: Der sogenannte "Hooton-Plan", von dem in halbseidenen Internetforen oft als Blaupause zur Auslöschung des deutschen Volkes geraunt wird, ist nicht für die aktuellen Vorgänge verantwortlich. Dieses Papier war - im Gegensatz zum Morgenthau-Plan zur Deindustrialisierung der Besatzungszonen, dessen wesentliche Elemente tatsächlich bis Juli 1947 Grundlage der alliierten Direktive JCS 1067 waren - nur die akademisch verbrämte Fieberfantasie eines Fanatikers:

Im Jahr 1943 - etwa zwei Jahre nach dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg - plazierte der amerikanische Anthropologe Earnest Albert Hooton, der nicht nur ein leidenschaftlicher Deutschenhasser war, sondern auch ein Rassist und Eugeniker (wortwörtlich plädierte er für das "Eliminieren der Unbrauchbaren, Wertlosen, Degenerierten und Antisozialen jeder Rasse und jedes ethnischen Stammes"), einen Artikel mit dem Titel "Breed war strain out of Germans" ("Die Kriegsveranlagung aus den Deutschen züchten") im New York Daily.

Darin warb er dafür, die "aggressive Ideologie" des "deutschen Nationalismus" durch die Ansiedlung ausländischer Bevölkerungsgruppen auszumerzen. Den Deutschen unterstellte Hooton "biologisch begründete und angeborene räuberische Neigungen", die nur durch "Kreuzung" mit Menschen fremder Herkunft gebändigt werden könnten.

Stichwort "Austauschmigration"

Wenig spricht dafür, daß Hootons wahnwitzigen Ideen den New York Daily, der nur wenige Jahre später eingestellt wurde, überlebt hätten - vielmehr weisen die aktuellen Vorkommnisse in Deutschland frappierende Ähnlichkeiten mit einem anderen Konzept auf, das weitaus ernster zu nehmen ist als das wirre Geschreibsel des fanatischen Eugenikers.

Der "Große Austausch", wie der französische Schriftsteller Renaud Camus die heute nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Westeuropa zu beobachtende Ethnomorphose nennt, folgt nicht biologistischen Motiven wie bei Hooton; es geht nicht darum, angeblich angeborene schlechte Eigenschaften "wegzuzüchten". Statt dessen wird demographisch und ökonomisch argumentiert.

Grundlage ist weniger ein Plan im eigentlichen Sinne, sondern sind Empfehlungen von höchster Stelle - genauer: ein Bericht der Abteilung Bevölkerungsfragen der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000, der empfiehlt, daß in Europa, wie es explizit heißt, "jeglichen vernünftigen Erwartungen widersprechende Einwanderungszahlen erreicht werden" müßten, um den derzeitigen Anteil von Menschen im erwerbsfähigen Alter konstant halten zu können.

In der englischsprachigen Ausgabe ist von "Replacement Migration" - also "Austauschmigration" - die Rede, in der deutschen Übersetzung heißt es hingegen verharmlosend "Bestandserhaltungsmigration".

Die Fachabteilung der UNO unter der Leitung von Joseph Chamie, damals wissenschaftlicher Direktor des Zentrums für Migrationsstudien in New York, stellte bei der Untersuchung der "Fruchtbarkeits-, Sterblichkeits- und Migrationstrends für alle Länder der Welt" zwei "kritische Trends" fest, nämlich "den Rückgang und die Alterung der Bevölkerung" in einigen Staaten.

Unter die Lupe genommen wurde dabei vor allem Europa, unter anderem auch die Bundesrepublik. Als "Lösung für schrumpfende und alternde Bevölkerungen" kam man schließlich auf die Strategie der Austauschmigration. Eines der im Jahr 2000 skizzierten Szenarien besagt, daß Deutschland jährlich eine Nettozuwanderung von 324.000 Menschen benötige, um seinen derzeitigen Bevölkerungsstand bis 2050 aufrechterhalten zu können. "Im Ergebnis wären

2050 bei einer Bevölkerung von 82 Millionen 23 Millionen (28 Prozent) Post-1995-Migranten oder deren Nachkommen", heißt es dazu in dem UN-Bericht. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Oktober 2017:

>>**Ausverkauf der deutschen Wirtschaft**

Wie die Globalisierer die Spitzentechnologie aus Deutschland abziehen

Die scheidende Bundesregierung verlangt von der EU, Vorschriften zu erlassen, mit denen Firmenübernahmen durch chinesische Investoren erschwert werden. ... Dafür ist es aus deutscher Sicht höchste Zeit, denn der Ausverkauf ist längst in vollem Gange, vor allem im Spitzentechnologiesektor Deutschlands.

Die großen Kapitalgesellschaften sind längst international. Sie produzieren nicht nur weltweit, haben weltweite Zulieferer, sondern haben auch weltweit Anteilseigentümer. Mehr als 70 Prozent unserer DAX-Konzerne befinden sich mehrheitlich in ausländischer Hand, meist in US-amerikanischer. Ein vom Ausland beherrschter Konzern hat keine nationale Bindung mehr, hat keine Heimat, verlangt Globalisierung und Freihandel und vor allem Kapitalfreizügigkeit einschließlich der Steuerersparnis durch Steueroasen.

Dem internationalen Handel dieser globalen Konzerne verdankt Deutschland seine Exportüberschüsse. Diese Überschüsse wiederum sind nur dadurch erzielbar, daß Deutschland - meist öffentlich stark subventioniert - in Wachstumsbranchen wichtige technische Vorteile hatte oder noch hat. Verliert Deutschland solchen technischen Vorsprung, verliert es nicht nur seine Exportfähigkeit, sondern auch einen Teil des Wohlstandes des Landes.

In diesem Sinne sind die technologischen Wachstumstreiber der internationalen Konzerne nicht nur von der Eigentumsstruktur einer Kapitalgesellschaft her, sondern auch wegen ihrer Abhängigkeit von ausländischen Großmächten wie den USA oder China für Deutschland höchst gefährlich.

In Deutschland ist es weniger als in anderen Ländern möglich, technischen Vorsprung geheim- und zurückzuhalten, weil die US-Amerikaner nach dem Besatzungsstatut das Recht haben, sämtliche deutschen digitalen und Informatiksysteme einschließlich aller Telefonleitungen und Mobiltelefonsysteme in Deutschland flächendeckend und total zu kontrollieren. Sie können also jede in Deutschland entstehende neue Technologie sofort durch ihre Spionagesysteme abgreifen und ihrer einheimischen Industrie weiterübermitteln. Oft weiß also die US-amerikanische Konkurrenzindustrie über neue Patententwicklungen eher Bescheid, als daß ein Patent in Deutschland erteilt ist.

Wo die Totalspionage nicht ausreicht, werden sich technische Neuerungen durch Finanz- und Bestechungstricks angeeignet. Beispiel: Die ortungssichere U-Boot-Technologie der Kieler Howaldt-Werft, wo ein ungetreuer Vorstand mit Billigung der Bundesregierung angebliche US-amerikanische Übernahmewünsche durch Aushändigung aller Pläne und technischer Interna solange mitmachte, bis die Amerikaner alles hatten und an der Werft selbst nicht mehr interessiert waren.

Wie gefährlich eine Verlagerung der deutschen Produktion ins Ausland ist, hat vor Jahrzehnten die Fotobranche erfahren. Deutschland war in den 50er und 60er Jahren Weltführer bei Fotoapparaten. Dann wurde "wegen der billigeren Arbeitskräfte" die Produktion nach Asien verlegt und nur noch in Deutschland verkauft, bis die japanische Konkurrenz die deutschen Modelle besser auf dem Weltmarkt anbot als die Deutschen selbst und die Marktführung an sich gerissen hat. Heute kaufen die Deutschen asiatische Fotoapparate statt deutscher.

Nach den USA und Japan ist nun China der große Technologieabsauger. Die Chinesen haben mehr als drei Billionen US-Dollar Guthaben, für die sie wahrscheinlich nichts mehr bekommen, wenn sie nicht rechtzeitig auf Sachwerte umsteigen. Sie kaufen deshalb in der ganzen Welt alles, was sie noch bekommen können, vor allem Technologie zu jedem Preis. In den USA können sie nicht einkaufen, weil die US-Regierung ein Sicherheits-Veto-Recht hat und

dieses ständig ausübt. In Deutschland gibt es einen solchen nationalen Sicherheitsvorbehalt zwar auch, er wird aber nie genutzt, weil die globalisierungsfreundliche Bundesregierung darin eine "internationale Handelsbeschränkung" sieht. So können die Chinesen in Deutschland ungehindert Hochtechnologie aufkaufen.

Ein Beispiel des Ausverkaufs deutscher Technologie ist der Erwerb der Aktienmehrheit an der international führenden Roboterfirma Kuka in Augsburg. Sie hat ihre Weltspitze mit vielen deutschen Subventionen erreicht. Nun, wo sie in chinesischem Eigentum steht, ist auch die Produktionstechnologie von Kuka für Deutschland verloren, sie wird systematisch nach China verlegt. In wenigen Jahren schon werden die Deutschen Roboter aus China kaufen, die Deutschland keinen Exportüberschuß mehr, sondern Exportdefizite bringen.

Auch die deutschen Automobilfirmen haben erst nach China exportiert, wurden dann gezwungen, eigene Fertigungsstätten in China aufzubauen, haben damit die deutsche Technologie in mehrheitlich Chinesen gehörende Firmen eingebracht und werden in den nächsten Jahren gegen diese Firmen ihre heimischen Produkte immer weniger exportieren können, also den Exportmarkt verlieren.

Auch Siemens sieht die digitale Zukunft vor allem in China und verlegt sein globales Forschungszentrum für autonome Roboter in die Volksrepublik. Eigentlich ist folgerichtig nach dem Abzug der Kuka-Roboterführung, daß auch Siemens seine weltführende Roboterforschung nicht ohne heimische Produktionsanwendung halten kann, sondern seine Zukunftsforschung in das Land verlegt, welches auch die Robotertechnik erworben hat.

Am schlimmsten für Deutschland ist das Beispiel Airbus. Dieser vom Staat stark subventionierte Flugzeugkonzern hat - angeblich, um auf dem chinesischen Markt Fuß zu fassen - den Chinesen Produktionsanlagen für Airbus-Maschinen geliefert und aufgebaut, so daß die Chinesen heute schon eigene Konkurrenzmaschinen zu Airbus in eigenen Firmen mit der Airbus-Technologie bauen können. Es gehört keine Phantasie dazu vorauszusagen, daß in zehn Jahren Airbus nicht mehr nach China liefern kann, weil dort chinesische Airbus-Firmen den Markt beherrschen.

In allen Fällen hat der deutsche Steuerzahler die Zukunftstechnologien massiv aus den Steuern des Mittelstandes subventioniert und haben dann die internationalen Konzerne das Ergebnis dieser Subventionen und deutscher Technologie ins Ausland verlagert, verkauft oder dem Ausland sogar kostenlos überlassen. Die Bundesregierung sieht dies als normalen "Internationalisierungsprozeß" an und greift nicht ein.<<

Herbert Ludwig berichtete am 24. Oktober 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die katholische Kirche und die Europäische Union (x977/...): >>>**Der Heilige Stuhl und der "Kreißaal der EU"**

Eine wesentliche Entwicklungslinie, die zum Beginn und zur weiteren Förderung der europäischen Einheitsstaats-Bewegung geführt hat, zieht sich von Richard Graf Coudenhove-Kalergi, Winston Churchill und dem US-Geheimdienst über das "American Committee for a United Europe" (ACUE), zur "Europäischen Bewegung", der "Union Europäischer Föderalisten" (UEF) und den "Europarat".

Diese weitgehend vom CIA mitfinanzierten hauptsächlichsten Organisationen bilden den Humus, welche die heute bis zur EU entwickelte Brüsseler Organisation in Gang gebracht haben, weiter begleiten, fördern, unterstützen und vorantreiben.

Zentrales Motiv der angloamerikanischen Förderung eines europäischen Staates ist es, eine Entwicklung Deutschlands als unabhängige, selbständige Nation für die Zukunft auszuschließen. Dies ergibt sich schon aus einem Papier des amerikanischen Außenministeriums vom Februar 1949, in dem es hieß, daß die Besatzungsherrschaft nur aufgelöst werden sollte, wenn "*ein angemessener Rahmen einer allgemeinen europäischen Union, in die Deutschland absorbiert werden kann*", existiere.

Die Initiative für einen solchen Rahmen sollte man aber den Europäern selbst überlassen und sie nur von außen unterstützen. Die Initiative ist ja insbesondere von Coudenhove-Kalergi und Jean Monnet ergriffen worden. Aus den *Erinnerungen* von Hans-Dietrich Genscher geht hervor, daß die Fortführung der europäischen Integration zu einem Bundesstaat zu den Bedingungen der USA für eine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung 1989 gehörte.

Der Einfluß der römisch-katholischen Kirche

Eine zweite Linie geht vom "Heiligen Stuhl" in Rom aus. Die Päpste und die ihr unterstehenden Kirchenoberen haben die von den weltlichen "Eliten" betriebene Entwicklung zu einem europäischen Bundesstaat von Anfang an unterstützt. Eine der treibendsten katholischen Kräfte war Papst Pius XII.

Nach der Gründung der EWG und der EURATOM am 25. März 1957 in Rom, die der 1951 in Paris gegründeten Montanunion zur Seite traten, kritisierte er auf dem Europa-Kongreß, daß insbesondere die EWG noch keine eigentliche Gemeinschaft sei, weil ihr eine eigene Autorität fehle, die "wirkliche Gewalt" besitze und Verantwortung trage.

Er gab den politischen Akteuren die Aufgabe mit auf den Weg, *"für eine Stärkung der Exekutive in den bestehenden Gemeinschaften zu sorgen und damit die Konstituierung eines einheitlichen politischen Organismus ins Auge zu fassen."* Eine europäische Außenpolitik schien ihm schon damals möglich und nötig.

Otto von Habsburg

Zu den intensiv in diesem Sinne für die Interessen der katholischen Kirche Wirkenden gehörte Otto von Habsburg, der 1912 geborene älteste Sohn von Karl I., des letzten, 1922 mit 35 Jahren im Exil in Portugal gestorbenen Kaisers von Österreich-Ungarn.

Kaiser Karl wurde *"von seinen Biografen einhellig eine tiefe Religiosität und bedingungslose Treue zur katholischen Kirche bescheinigt. Kritiker sehen in Karl einen "Befehlsempfänger der Kirche" (Brigitte Hamann), der als "politischer Diener der Kirche" sich sklavisch an die Vorgaben der Kirche gehalten und dadurch die Trennung von Staat und Kirche ignoriert hätte."*

Aus Dankbarkeit wurde er am 3. Oktober 2004 *"von Papst Johannes Paul II. in die Reihen der Seligen der römisch-katholischen Kirche aufgenommen. ... Die Kirche würdigte durch ihre Entscheidung Karls Sicht des Herrscheramtes als "Heiligen Dienst" und erklärte ihn zum Vorbild für politische Verantwortungsträger."*

Entsprechend tief war auch sein Sohn Otto mit der Katholischen Kirche verbunden. *"Seine Mutter erzog ihren Sohn auch nach dem Untergang der Doppelmonarchie und der 1921 in Ungarn beschlossenen Entthronung (Dethronisation) der Habsburger zu einem römisch-katholischen Monarchen."* (Wikipedia)

Er war ... ein herausragender Ritter des "Souveränen Malteserordens", einer katholischen Ordensgemeinschaft, die ein vorbildliches Leben nach den Lehren und Vorschriften der Kirche vorschreibt. Ebenso gehörte er dem "Orden vom Goldenen Vlies" an, dessen Ziel die Erhaltung des katholischen Glaubens, der Schutz der Kirche und die Wahrung der unbefleckten Ehre des Rittertums ist.

Ab Mitte der 1930er Jahre setzte sich Otto von Habsburg innerhalb der "Paneuropa-Union" an der Seite des Gründers Richard Graf von Coudenhove-Kalergi für die europäische Einigung, also einen europäischen Bundesstaat ein. Der römisch-katholische Laienorden "Opus Dei" favorisierte ihn als künftigen Monarchen über ein vereintes katholisches Europa.

Von 1957 bis 1973 war er Vizepräsident der Paneuropa-Union, von 1973 bis 2004 als Nachfolger Kalergis Präsident und von 2004 bis 2011 Ehrenpräsident. (Wikipedia) Nachdem er 1978 neben der österreichischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hatte, war er von 1979 bis 1999 für die CSU Abgeordneter im Europäischen Parlament.

Als Gegner des Nationalsozialismus floh er 1940 in die USA. Er pflegte intensive persönliche

Kontakte zu Präsident Franklin Roosevelt und insbesondere Winston Churchill, den er für das Nachkriegskonzept einer Donauföderation interessierte. Nach seinen Vorstellungen sollte auf dem Gebiet des früheren Österreich-Ungarns ein neuer monarchischer Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn nach dem Vorbild Belgiens entstehen, der zwei große Bevölkerungsgruppen vereinigte.

Auch die Länder Bayern, Baden, Württemberg und Hohenzollern-Sigmaringen sollten als Monarchien wiederhergestellt und in einem sogenannten "Süddeutschen Bund" vereinigt werden. (Wikipedia)

Jozsef Retinger

Einen noch tiefer gehenden Einfluß übte der undurchsichtige Pole Dr. Jozsef Retinger (1888-1960) aus. Er absolvierte ... das Noviziat des Jesuiten-Ordens in Rom ab, hängte allerdings wegen der "zu großen Hürde des Zölibats" den Priesterberuf wieder an den Nagel.

Den Besuch einer katholischen Schule zu erwähnen, ist in unserem Zusammenhang nicht unwichtig, soll diese ihre Schüler doch im Geiste "*katholischer Lehre und Praxis*" erziehen. Und die von den Jesuiten gegründeten Schulen und Universitäten sollen "*Gewähr dafür bieten, daß kommende Generationen fest verwurzelt im katholischen Glauben heranwachsen - modern ausgedrückt, sicherten sie sich damit langfristig die kulturelle Hegemonie.*" (Wikipedia)

Offensichtlich blieb Retinger auch Kirche und Orden weiterhin treu verbunden.

Während und nach seinem Studium ... kam er dank seines Förderers Graf Zamoyski mit zahlreichen führenden Leuten aus Kultur und Politik in Berührung. "*Etwa zur selben Zeit beginnt er seine politische Karriere ...*

Im Ersten Weltkrieg gelang es Retinger, "*Polen zu verlassen. Er trägt eine Reihe sehr wichtiger Dokumente und Briefe bei sich, unter anderen einen von Erzbischof Bilczewski an seinen Kollegen in Westminster (Kardinal Bourne). Des weiteren bekommt er Instruktionen von Bilczewski, und die Dokumente, die an Retinger übergeben wurden, tragen die Unterschriften von einigen 20 führenden polnischen Persönlichkeiten. Dank dieser Papiere ist Retinger in der Lage zu beweisen, daß er derjenige ist, der das Sagen hat, mit der vollen Handlungsvollmacht überall als ein Art polnischer Botschafter zu agieren.*"

Seine Beziehungen zu führenden Persönlichkeiten der Westmächte führen ... dazu, daß er zur Verhandlungsdelegation des belgischen Prinzen Sixtus von Bourbon-Parma gehört, die Anfang 1917 geheim einen Separatfrieden mit Kaiser Karl I. von Österreich-Ungarn sondieren soll.

"Dies ist ein komplexes Thema, weil der sogenannte Habsburg- oder Ledóchowski-Plan damit zu tun hat. Dieser Plan wollte für das Haus von Habsburg einen Staatenbund aus römisch-katholischen Ländern in Zentral- und Osteuropa arrangieren. Obwohl dieser Plan vom General der Jesuiten stammte, Graf Wladimir Ledóchowski - selbst ein Pole -, so erwies er sich ebenso, der Traum des späteren Papst Pius XII. zu sein. Um dieses hochgesteckte Ziel zu erreichen, wurde Retinger zu einem der Verhandlungsführer, zusammen mit Prinz Sixtus von Bourbon-Parma und dem General der Jesuiten. ...

Während des Zweiten Weltkrieges wurde er einer der engsten Berater von General Sikorski, dem Ministerpräsidenten der polnischen Exilregierung in England, der ihn den "Cousin des Teufels" nannte.

Nach dem Krieg setzte er sich intensiv für die europäische Integrationsbewegung ein und war 1947 maßgeblich an der Gründung der (vom "American Committee for a United Europe" geförderten) "Europäischen Bewegung" beteiligt, deren erster Generalsekretär er wurde und 1948 den Haager Europa-Kongreß in Den Haag organisierte, an dem unter dem Vorsitz Churchills über 700 Delegierte aus ganz Europa und Beobachter aus den USA und Kanada teilnahmen.

Damit gelang die entscheidende Weichenstellung für die Gründung der Europäischen Bewe-

gung. Auch die Gründung des bis heute außerordentlich einflußreichen "Europarates" geht auf seine Initiative zurück. Schließlich entsprang auch die Gründung der "Bilderberger-Konferenzen" seinen strategischen Planungen, für die er Prinz Bernhard der Niederlande als Vorsitzenden und Symbolfigur gewann. (Wikipedia)

Das Wirken Józef Retingers für eine staatliche Einigung Europas im Sinne des Vatikans, sozusagen für ein "Heiliges Römisches Europa", war also noch ungleich grundlegender als das Otto von Habsburgs.

Im "Kreißaal der EU" in Rom

Die feierliche Unterzeichnungszeremonie der Gründungsverträge von EWG und EURATOM, den Vorläufern der EU, fand am 25. März 1957 ... in Rom ... statt. Von den für die 6 Gründungsländer Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande unterzeichnenden Staatsmänner waren die meisten - K. Adenauer, Chr. Pineau, A. Segni, J. Luns - katholisch geprägt.

Der Saal ist mit seinen Wandmalereien der Erinnerung an die kriegerischen Ursprünge des Römischen Imperiums gewidmet. Die Statuen zweier Päpste dokumentieren in geistiger Nachfolge des Imperiums den Machtanspruch der römisch-katholischen Kirche über die Seelen der Menschen.

Nach der Erhebung des Christentums zur römischen Staatsreligion im 4. Jh. hatte die römische Kirche Struktur und juristische Denkweise des zerfallenden römischen Imperiums angenommen, der Bischof von Rom war mit Hilfe der Macht der römischen Kaiser gegen den Widerstand der meisten anderen Bischöfe zum Oberhaupt (Papst) aufgestiegen und hatte von den Kaisern das Amt des Pontifex Maximus, des obersten Priesters, übernommen. Die Auswahl des symbolträchtigen Ortes war sicher kein Zufall, sondern gezielt angeordnet.

Auch die Unterzeichnung des "Vertrages über eine Verfassung für Europa", der die EU bereits in einen Quasi-Bundesstaat erheben sollte, fand 47 Jahre später, am 29. Oktober 2004, feierlich in diesem Saal statt, den die Süddeutsche Zeitung daher in wohlwollender Flapsigkeit als "Kreißaal der EU" bezeichnete.

Dabei ist nicht unwesentlich, daß diese Verfassung maßgeblich unter der Leitung des Jesuitenzöglings und früheren französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing entworfen wurde, der wie Otto von Habsburg ein herausragender Ritter des "Souveränen Malteserordens" ist.

Die unterzeichnenden Staatsmänner saßen direkt unter der mächtigen, überlebensgroßen Statue des Papstes Innozenz X., der gleichsam seine segnende rechte Hand über sie ausstreckt. ...

Innozenz X. war Papst von 1644-1655.

Als 1648 der Dreißigjährige Krieg - für die katholische Kirche praktisch erfolglos - mit dem Westfälischen Frieden beendet wurde, der den Herrschafts- und Einflußbereich der Protestanten festschrieb, wandte sich Innozenz mit aller Schärfe dagegen und verweigerte als einziger die Unterschrift unter den Friedensvertrag. Europa sollte katholisch bleiben und nicht teilweise unter protestantische Herrschaft geraten.

Der Papst erklärte in einem Schreiben ("Zelo domus Dei") *"kraft Apostolischer Machtvollkommenheit den Artikel des Westfälischen Friedens für nichtig, ungültig, unbillig, ungerecht, verdammt, verworfen, vergeblich, der Kräfte und Erfolge entbehrend für alle Zukunft, niemand sei zu ihrer Einhaltung verpflichtet."* (Wikipedia)

Die unterzeichnenden Staatsmänner blickten genau gegenüber auf die gleichfalls übermächtige Statue von Papst Urban VIII. (1623-1644), des unmittelbaren Vorgängers von Innozenz X. Papst Urbans unerbittlicher Vernichtungswille der deutschen Protestanten kam anlässlich der Verwüstung Magdeburgs am 20. Mai 1631 durch die Truppen der katholischen Liga zum Ausdruck. Es war zu tagelangen Raubzügen, Vergewaltigungen und Gewalttaten gekommen, bei denen mehr als 20.000 Bürger getötet wurden.

"In ganz Europa war man über dieses Massaker entsetzt, und es gilt als das größte und schlimmste während des Dreißigjährigen Krieges. Es hieß, die Taten und der Schrecken seien in ihrer Entsetzlichkeit 'nicht in Worte zu fassen und nicht mit Tränen zu beweinen'. Papst Urban VIII. hingegen verfaßte am 24. Juni 1631 ein Schreiben, in dem er seine Freude über die "Vernichtung des Ketzernestes" zum Ausdruck brachte." (Wikipedia)

Was drückt sich in dieser Symbolik aus?

Aus der Ich-Kraft und dem Freiheitsimpuls Mitteleuropas erhob sich mit der Reformation die größte Rebellion gegen den religiösen Herrschaftsanspruch des Papsttums. Zwar geht von der verflachten Evangelischen Kirche von heute keine Gefahr mehr für Rom aus, aber man weiß, daß in dem Geistesstreben der Deutschen, wie es in der deutschen Klassik, Romantik und Philosophie des Idealismus besonders zum Ausdruck kam, *nach wie vor die größte Gegnerschaft schlummert. ...*

Doch dieses Streben zielt danach, die Grenzen von Religion und Wissenschaft aufzuheben, so daß der Philosoph Schelling formulierte: *"Die deutsche Nation strebt mit ihrem ganzen Wesen nach Religion, die mit Erkenntnis verbunden und auf Wissenschaft begründet ist."*

Damit wird der Priester als Vermittler zwischen irdischer und göttlicher Welt überflüssig. Das ist schon in Luthers Tat veranlagt, der die jedermann zugänglichen Evangelien über die Dekrete des Papstes stellte. Daher wird auch Rudolf Steiner, der in Anknüpfung an den deutschen Idealismus ... einen wissenschaftlichen Weg zur Erkenntnis der geistig-göttlichen Welt, eine Geistes-Wissenschaft begründete, von der katholischen Kirche auf allen Ebenen bekämpft. Im unmittelbaren Verhältnis jedes Menschen zur göttlich-geistigen Welt liegt die größte ... Bedrohung der Kirche.

Ein unabhängiges Deutschland mit einem freien Geistesleben muß daher verhindert und in einem europäischen Bundesstaat gebunden oder gar absorbiert werden.

Die 60-Jahr-Zeremonie

Die EU befindet sich gegenwärtig in einer schweren Krise, die einen besonders dramatischen Ausdruck in der Austrittserklärung Großbritanniens gefunden hat. Was lag da näher, als am 25. März 2017, dem 60. Jahrestag der Unterzeichnung der römischen Verträge, zusammenzurücken und im selben Saal in Rom die Gründungsideale erneut zu beschwören.

Die Regierungschefs der verbleibenden 27 EU-Staaten unterzeichneten feierlich eine Erklärung, die das Versprechen der EU auf Frieden, Freiheit und Wohlstand erneuern soll. *"Heute erneuern wir in Rom unser einzigartiges Bündnis freier Nationen, das vor 60 Jahren von unseren großartigen Vorgängern ins Leben gerufen wurde"*, sagte EU-Ratspräsident Donald Tusk. *"Sie hatten den Mut des Kolumbus, unbekannte Gewässer zu besegeln, eine neue Welt zu entdecken."*

Am Abend zuvor war man von Papst Franziskus in Audienz empfangen und eingestimmt worden. Er sparte nicht mit Kritik und Ermahnungen.

Sechzig Jahre später nach Rom zurückzukehren darf nicht bloß eine Reise in die Erinnerungen sein, sondern ist vielmehr das Verlangen, das lebendige Gedächtnis jenes Ereignisses wiederzuentdecken, um dessen Bedeutung in der Gegenwart zu verstehen. ...

'Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft', bekräftigte damals der luxemburgische Premierminister Bech, 'wird nur dann leben und erfolgreich sein, wenn sie in ihrem Bestehen dem Geist europäischer Solidarität, der sie geschaffen hat, treu bleibt und wenn der gemeinsame Wille des entstehenden Europas mächtiger ist als die nationalen Willensbestrebungen.'

Dieser Geist ist angesichts der zentrifugalen Kräfte wie auch der Versuchung, die Gründungsideale der Union auf produktive, wirtschaftliche und finanzielle Erfordernisse zu reduzieren, heute höchst notwendig. ...

Europa findet wieder Hoffnung in der Solidarität, die auch das wirksamste Heilmittel gegen die modernen Formen des Populismus ist. Die Solidarität bringt das Bewußtsein mit sich, Teil

eines einzigen Körpers zu sein, und schließt gleichzeitig die Fähigkeit eines jeden Gliedes mit ein, mit dem anderen und dem Ganzen zu 'sympathisieren'. ...

Die Formen von Populismus hingegen sind eben Blüten des Egoismus, der in einen engen und erdrückenden Kreis einschließt und nicht zuläßt, die Enge der eigenen Gedanken zu überwinden und darüber hinaus zu sehen. Man muß wieder beginnen, europäisch zu denken, um die gegensätzliche Gefahr einer grauen Uniformität oder des Triumphs der Vielstaaterei (Partikularismen) abzuwehren. ...

Meinerseits kann ich nur versichern, daß der Heilige Stuhl und die Kirche ganz Europa nahe ist. An seinem Aufbau hat die Kirche stets mitgewirkt und wird immer mitwirken. Dazu bittet sie für Europa um den Segen des Herrn, damit er es beschütze und ihm Frieden und Fortschritt schenke."

Mit dem positiven Begriff "Europa" ist natürlich das Konstrukt der Europäischen Union gemeint, womit suggeriert wird, beide als identisch aufzufassen. Aus den Worten des Papstes wird der Wille zu einem europäischen Gesamtstaat, einem *einzigem Körper*, deutlich, in dem sich die Einzelstaaten mit ihren *nationalen Willensbestrebungen* einfügen und unterordnen sollen. Denn diese *zentrifugalen Kräfte* seien heute verführerischer *Populismus*, der nichts anderes als beschränkter nationaler Egoismus bedeute, dem der notwendige Weitblick fehle.



Zum Bild: Der gegenüber der politischen Ebene erhöhte Heilige Stuhl, auf dem der Papst in gebührendem Abstand über den anderen thront, suggeriert, daß er einer höheren geistigen Ordnung angehöre, daß er der göttlichen Welt nahe stehe, aus der er letztlich seine Weisheit, seine Handlungsimpulse und den göttlichen Segen empfangt, den weiter zu spenden, er kraft göttlichen Auftrags ermächtigt sei.

Die hierarchische Ordnung

Die römisch-katholische Kirche hat eine streng gegliederte Priesterhierarchie, die sich über den Gläubigen aufbaut und deren Verhältnis zur göttlichen Welt regelt und bestimmt. In ihrem Anspruch auch auf weltliche Herrschaft greift sie im Grunde auf die Form altorientalischer und altägyptischer Theokratien zurück, in denen der gottgleich verehrte oberste Priester zugleich oberster weltlicher Herrscher, absoluter Monarch war. Eine Karikatur dieses Strebens

ist im Vatikanstaat erhalten geblieben, *"einer absoluten Wahlmonarchie, deren Monarch der Papst ist."* (Wikipedia)

In der geschichtlichen Folge waren aber die Theokratien in den religiösen Teil der Kirchen und den weltlichen Teil der Monarchien auseinandergelassen, wobei beide die unmittelbare Einsetzung und Legitimation durch die göttliche Welt geltend machten.

Mit der Konkurrenz der Könige und Kaiser "von Gottes Gnaden" mußte sich die römische Kirche auseinandersetzen. Das ganze Mittelalter ist von diesem Kampf gekennzeichnet, in dem das Papsttum stets die oberste göttliche Legitimation behauptete und von Karl dem Großen an auch zumeist die Einsetzung und Krönung der weltlichen Herrscher des "Heiligen Römischen Reiches" als erneuertes römisches Reich durchgeführt hat.

Schon an der Wahl waren die "Fürstbischöfe" der Kirche, die zugleich weltliche Landesherren waren, als Angehörige des Standes der Kurfürsten beteiligt. Die römische Kirche durchsetzte das weltliche Reich und übte auf Adel und Volk einen allgegenwärtigen Einfluß aus.

Reformation und Ende des "Heiligen Römischen Reiches" waren ein schwerer Schlag für die Macht der römischen Kirche. Offensichtlich sieht das reaktionäre Papsttum in einem europäischen Gesamtstaat die Möglichkeit, ein "Heiliges Römisches Reich" in neuer Form wieder aufzurichten, das natürlich unter den modernen Gegebenheiten einer demokratischen Fassade bedarf.

Dahinter handelt es sich aber um ein hierarchisches System von Institutionen, die von einem neuen "politischen Adel" beherrscht werden, der von Mitgliedern oder Sympathisanten der Kirche durchsetzt sind und die Impulse der Kirchen bewußt oder unbewußt realisieren. Den Bürgern ist eine gesellschaftlich wirksame Mit- und Selbstbestimmung in der EU genauso verwehrt wie den Gläubigen die religiöse Selbstbestimmung in der römischen Kirche.

Es handelt sich um die wütendste Reaktion gegen die vom wahren Christentum impulsive Entwicklung der Menschheit zu Freiheit und Selbstbestimmung. Die angeblich christliche römische Kirche arbeitet der zentralen Verheißung und dem damit verbundenen Auftrag Christi entgegen: *"Ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen."*

Nachbemerkung:

Es paßt in den Zusammenhang des Themas, daß der neue französische Präsident Emmanuel Macron, der zwei Tage nach der deutschen Bundestagswahl weitere Kompetenzübertragungen auf die EU durch einen eigenen Eurozonen-Haushalt mit Ministerium, einen EU-Verteidigungs-Etat und eine europäische Asylbehörde forderte, ebenfalls Jesuitenschüler ist. *"Aus einer nichtreligiösen Familie stammend, ließ sich Macron als 12-Jähriger bei Eintritt in die Jesuitenschule (La Providence, in Amiens) auf eigenen Wunsch katholisch taufen."* (Wikipedia). Er besuchte diese Schule bis zum 17. Lebensjahr. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15 (x351/59-61): >>>Die fünf größten Profiteure

_ von Andrew Follett

"Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt!" Wie bei Johann Tetzels Ablasshandel gibt es auch bei der angedrohten Klimaverdammnis immer jemanden, der die Hand aufhält. Wer den größten Reibach mit der Angst macht, lesen Sie in dieser Rangliste.

Ökoaktivisten werfen Klimaskeptikern gerne vor, ihr Geld auf dem Rücken der Umwelt zu verdienen oder von der Erdöl-Lobby geschmiert zu sein. Dabei macht Letztere jährlich nur 46 Millionen Dollar locker, wie aus einer Analyse des US-Magazins Forbes von Anfang 2014 hervorgeht. Das ist etwa sechs Mal weniger als Greenpeace mit seinem 260-Millionen-Dollar-Budget von 2011. Laut Forbes kommen die fünf größten Öko-NGOs Greenpeace, The Nature Conservancy, World Wildlife Fund (WWF), National Wildlife Federation und der Sierra Club zusammen auf mehr als 1,6 Milliarden Dollar pro Jahr.

Tatsächlich haben also die Aktivisten der globalen Erwärmung viel mehr Geld zur Verfügung

als ihre Gegner. Die fünf Spitzenverdiener im Klima-Business sind folgende:

Platz 1: Al Gore

Der ehemalige US-Vizepräsident hat es durch seinen selbstlosen Einsatz gegen die globale Erwärmung geschafft, sein Privatvermögen von 700.000 Dollar im Jahr 2000 auf 200 Millionen Dollar im Jahr 2017 zu vergrößern. Gore sowie der ehemalige Chef von Goldman Sachs Asset Management, David Blood, machten zwischen 2008 und 2011 Profite in Höhe von 218 Millionen Dollar, und zwar durch den Handel mit Emissionszertifikaten - ein Geschäftsmodell, das alleine auf Gores zuvor geschürter CO2-Panik basiert.

"Al Gore ist auf dem Weg, der erste Kohlenstoff-Milliardär der Welt zu werden."

The Telegraph

Im Jahr 2008 war er in der Lage, atemberaubende 35 Millionen Dollar seines Gewinns in Hedgefonds und andere rentable Investments zu pumpen. Darüber hinaus hat er viel Geld in Unternehmen gesteckt, die kurz darauf im Zusammenhang mit neuen Klimagesetzen große Regierungszuwendungen erhielten. Dabei sprang für den Ex-Vizepräsidenten immer eine ordentliche Rendite heraus.

2009 schrieb *The Telegraph* dazu: "Al Gore 'profitiert' von der Klimaagenda" und sei auf dem Weg, "der erste Kohlenstoff-Milliardär der Welt zu werden".

2. Platz: Elon Musk

Der Starinvestor und Großunternehmer, der bereits als Anteilseigner des Bezahlsystems PayPal ein Vermögen machte, gründete eine Reihe innovativer Firmen wie den Elektroauto-Hersteller Tesla Motors, den Marktführer in Sachen Solarkollektoren SolarCity oder die Raumfahrtfirma SpaceX, die sich in Milliarden regierungsamtlicher Subventionen wälzen.

Im Jahr 2014 erhielt Musk 1,4 Milliarden Dollar von den Steuerzahlern in Nevada, um eine "Gigafabrik" für Tesla zu errichten. SolarCity erhielt ebenfalls große Summen, um nach Nevada zu ziehen - über eine Million Dollar flossen direkt aus dem Büro des Gouverneurs.

Als der US-Bundesstaat Änderungen an den Subventionen für Solarenergie vornahm, die zur Folge hatten, daß SolarCity nicht mehr begünstigt wurde, verließ das Unternehmen Nevada prompt. Mit anderen Standorten des Unternehmens war es zuvor ganz ähnlich gelaufen.

Der Autohersteller Tesla verkauft auch Lithium-Ionen-Batterien - sogenannte Powerwalls - für 7.000 Dollar pro Stück, die Strom in Privathaushalten speichern. Die ursprüngliche Absicht war es, Solar-Panels auf Dächern für Verbraucher erschwinglich zu machen. Die Powerwalls sollen sich nach Berechnung des Institute for Energy Research aber erst nach etwa 30 Jahren amortisieren, doch Tesla gibt lediglich zehn Jahre Garantie und schätzt, daß die Batterien nur etwa 15 Jahre lang halten werden.

3. Platz: Warren Buffet

Der US-Milliardär und Spekulant hat sehr viel in Stromversorgungsunternehmen wie NV Energy Inc., einen Elektrizitäts- und Gasversorger mit Sitz in Las Vegas, investiert und ist seit einiger Zeit auch auf den lukrativen grünen Energiezug aufgesprungen:

Berkshire Hathaway Energy hat knapp 30 Milliarden Dollar in erneuerbare Energiequellen investiert, vor allem in Windkraftanlagen.

Besonders stark hat sich Buffet bei der Lobbyarbeit in Sachen "Net-Metering" engagiert - hier geht es um die Vergütung von Strom aus privaten Wind- oder Photovoltaikanalagen. Ihm gelang die Revision eines Gesetzes in Nevada zugunsten der Stromversorger, also seiner Konzerne. Allein diese Änderung der Politik führte dazu, daß der rivalisierende Milliardär Elon Musk etwa 165 Millionen Dollar an einem einzigen Tag verlor.

4. Platz: Vinod Khosla

Der aus Indien stammende US-Milliardär wird als "Vater der sauberen Energierevolution" bezeichnet und hat über eine Milliarde Dollar in die Gründung von rund 50 verschiedenen Energie-Startups investiert. Ebenso steckt er hinter einigen der spektakulärsten Pleiten der

Greentech-Industrie. Ans Aufgeben dachte er nie. Nach wie vor sieht er den Markt der erneuerbaren Energien als Profitquelle der Zukunft.

Viel Geld hat Khosla in den Treibstoffzusatz Ethanol gesteckt. Ob sich diese Investition rechnet, hängt stark von den Vorschriften der US-Regierung ab, die vorgibt, wieviel Ethanol Benzin enthalten muß. Steuernachlässe für den industriellen Alkohol haben die Regierung zwischen 1978 und 2012 bis zu 40 Milliarden Dollar gekostet, schreibt die Zeitschrift National Review.

Das Biosprit-Unternehmen KiOR wurde von Khosla maßgeblich finanziert und machte, nachdem es zuvor in den Himmel gelobt wurde, im November 2014 pleite - mit verheerenden Folgen für den US-Bundesstaat Mississippi, der KiOR einen zinslosen Kredit über 20 Jahre in Höhe von 75 Millionen Dollar gewährt hatte. Diese Gelder waren dem Unternehmen nur bewilligt worden, weil Khosla dem Staat versichert hatte, daß er Fabriken im Wert von 500 Millionen Dollar errichten und 1.000 Arbeitsplätze schaffen würde.

5. Platz: James Cameron

Der bekannte Filmregisseur und -produzent hat ebenfalls gewaltig vom Umweltaktivismus profitiert und erfreut sich eines einwandfreien, grünen Gewissens.

Anfang 2010 verstieg er sich laut BBC sogar zu der Behauptung, daß "wir in einer Weise mobil machen müssen wie während des Zweiten Weltkriegs", um die globale Erwärmung zu stoppen.

Über Wissenschaftler, die hinsichtlich des "Global Warnings" skeptisch sind, ließ Cameron in Wildwest-Manier verlauten: "Ich möchte diese Leugner auf die Straße herausschreien, wenn die Sonne am höchsten steht, und diese Holzköpfe zum Duell fordern." Weiter sagte er: "Jeder Einzelne, der in dieser Zeit noch ein Leugner der globalen Erwärmung ist, hat seinen Kopf so tief in seinem Arsch, daß ich nicht weiß, ob er mich hören kann."

"Wir müssen gegen den Klimawandel mobil machen wie während des Zweiten Weltkriegs."

US-Regisseur James Cameron

Der Science-Fiction-Film *Avatar - Aufbruch nach Pandora* (2009), der die Zerstörung einer paradisiischen Welt durch fremde Eindringlinge und Ausbeuter thematisierte - und damit enorm auf der Welle des grünen Bewußtseins unserer Zeit ritt -, brachte Cameron über 650 Millionen Dollar ein, was ihn zu einem der reichsten Regisseure aller Zeiten machte.

Kampf gegen den Klima-Hitler

"Wir, die menschliche Spezies, sind mit einem planetaren Notfall konfrontiert - einer Bedrohung für das Überleben unserer Zivilisation, die in ihrer unheilvollen und destruktiven Kraft weiter steigt, während wir uns hier versammeln. ... Dennoch, trotz einer wachsenden Zahl ehrbarer Ausnahmen, sind immer noch zu viele Führer dieser Welt am besten mit den Worten Winston Churchills beschrieben, die er an jene richtete, die die Bedrohung durch Adolf Hitler ignorierten:

"Sie handeln merkwürdig paradox, entschieden nur darin, unentschieden zu sein, entschlossen zur Unentschlossenheit, unerbittlich in ihrer Wankelmütigkeit, fest in ihrer Flüssigkeit, allmächtig darin, ohnmächtig zu sein." (Aus einer Rede, die Al Gore am 10. Dezember 2007 in Oslo hielt, als er den Friedensnobelpreis entgegennahm)

_ Andrew Follett ist ein US-amerikanischer Journalist mit den Spezialbereichen Energie und Wissenschaft. Er schreibt für eine Reihe von Publikationen, unter anderem auch für die Webseite dailycaller.com, der dieser Text entnommen ist. COMPACT hat ihn leicht redigiert. Zuerst entdeckt haben wir den Artikel auf der Seite des Europäischen Instituts für Klima und Energie (EIKE) und danken Chris Frey für die Übersetzung.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15 (x351/65-66): >>Wollt Ihr den totalen Blackout?

_ von Daniell Pföhringer

Die Energiewende soll das Klima retten - doch bisher hat sie eher die Stromversorgung gefährdet. Seit dem überhasteten Atomausstieg gibt es immer wieder Netzzusammenbrüche - erst im Januar 2017 schrammte das Land haarscharf an einem Totalausfall vorbei. Ein solcher könnte schlimme Folgen haben.

Es gibt schon seltsame Zufälle, so wie Anfang Dezember 2012: Nur einen Tag, nachdem der damalige Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) davor warnte, daß es wegen der Stilllegung zahlreicher Kraftwerke zu Engpässen bei der Elektrizitätsversorgung kommen könnte, wurde es in Bayerns Landeshauptstadt München zappenduster.

In Schwabing, Pasing, Giesing, Sendling, Riem und anderen Teilen der Millionenmetropole blieben für mehr als zwei Stunden Straßen- und U-Bahnen stehen, Ampeln fielen aus, Fahrstühle streikten, elektronische Türen bewegten sich nicht mehr, und in den Krankenhäusern sprangen die Notaggregate an. Ursache des Strom-Blackouts war eine Störung im Umspannwerk - es stand nicht genügend Grundlast zur Verfügung.

Die meisten Münchner hätten sich dieses Chaos niemals vorstellen können, doch großflächige Ausfälle könnten auch anderswo schon bald keine Seltenheit mehr sein. Daß Wind- und Sonnenstrom nicht grundlastfähig sind, haben die Konstrukteure der Energiewende offenbar vergessen.

Gefährliche "Dunkelflauten"

Warnungen gab es genug. Bereits 2011 stellte die Wirtschaftsberatungsgesellschaft A.T. Kearney fest, daß die Versorgungssicherheit im zweiten Jahr der Energiewende stark gesunken war. Die Zahl der Netzausfälle steigt seit 2009 kontinuierlich an, und weil die Grundlast nach Abschaltung mehrerer Atommeiler vor allem durch fossile Kraftwerke erzeugt wird, nahm der Primärenergieverbrauch an Kohle, Öl und Gas nicht ab, sondern stark zu. Daß dies im Sinne des Umweltschutzes und der selbstgesteckten Klimaziele ist, darf bezweifelt werden.

"Unsere Energieversorgung ist unsicherer geworden."

Klaus Schäfer

Probleme gibt es meist in den Wintermonaten. Erst im Januar dieses Jahres wäre es sogar fast zu einem Ausfall des gesamten Netzes gekommen. Der Deutsche Wetterdienst meldete Durchschnittstemperaturen von minus 2,3 Grad, die damit unter den für den Jahresanfang üblichen Werten lagen. Die Sonne brach nur selten durch, oft war es windstill.

Solche "Dunkelflauten", so der Fachterminus der Energiewirtschaft, sind für das deutsche Elektrizitätsnetz, das zunehmend auf nicht speicherbaren Strom aus Windkraft- und Solaranlagen setzt, überaus gefährlich.

Besonders dramatisch war die Lage am 24. Januar 2017: Nach Angaben des Vorsitzenden der IG Bergbau Chemie Energie, Michael Vassiliadis, konnten die Netzbetreiber die Stromversorgung an diesem Tag nur mit größter Mühe aufrechterhalten. Die deutschen Verbraucher riefen mehr als 80 Gigawatt ab, von denen die Erneuerbaren nicht einmal fünf Prozent beisteuern konnten. An einen Import von Nachbarstaaten wie Frankreich war nicht zu denken, denn die hatten wegen der Kältewelle selbst arge Schwierigkeiten, ihren Bedarf zu decken. Daß die Lichter in Deutschland nicht komplett ausgingen, lag laut Vassiliadis nur daran, daß die Energieversorger "auch noch das letzte Reservekraftwerk" ans Netz nahmen.

"Kohle, Gas und Kernkraft hielten das Land quasi im Alleingang unter Strom", so der Gewerkschaftschef. Vor größeren Blackouts warnte im Mai dieses Jahres auch Klaus Schäfer. "Unsere Energieversorgung ist unsicherer geworden. Das läßt sich auch daran ablesen, wie häufig die Netzbetreiber eingreifen müssen, um Schlimmeres zu verhindern", so der Chef des Energiekonzerns Uniper. Das Thema sollte deshalb bei der Bundesregierung "ganz oben auf der Liste der Aufgaben" stehen. Leider ist das nicht der Fall - und das kann schwerwiegende

Folgen haben.

Anarchische Zustände

Was nach einem großflächigen Stromausfall passieren kann, beschreibt der Schriftsteller Marc Elsberg in seinem 2012 erschienenen Technik-Thriller Blackout, für den er mehrere Jahre über die europäischen Energienetze recherchiert hat:

Versorgung und Infrastruktur brechen zusammen, Plünderungen und Anarchie breiten sich aus, die Städte versinken in Chaos und Gewalt. Die Zeitschrift Bild der Wissenschaft bezeichnete sein Szenario als "realitätsnah". "Strom ist wie das Blut im Körper. Beides muß fließen, sonst bricht das ganze System zusammen", so Elsberg.

Allein der Energiekreislauf Deutschlands ist insgesamt rund zwei Millionen Kilometer lang, die Leitungen würden etwa 45 Mal rund um die Erde reichen - und die Grundlast muß immer vorhanden sein. "Das Stromnetz ist das System der Systeme: Jeder Einzelne von uns hängt 24 Stunden am Tag von ihm ab", so Elsberg. "Ohne Strom stürzt eine Gesellschaft zurück ins Mittelalter."

"Strom ist wie das Blut im Körper. Beides muß fließen, sonst bricht das ganze System zusammen."

Marc Elsberg

Daß ein Blackout eine westliche Gesellschaft tatsächlich an den Rand eines Bürgerkriegs führen kann, konnte man 2005 nach dem Hurrikan Katrina in den Südstaaten der USA beobachten: Zehntausende Menschen wurden obdachlos, den Notstromaggregaten in den Krankenhäusern ging der Treibstoff aus, Unruhen griffen um sich, bewaffnete Banden raubten im Schutz der Dunkelheit Supermärkte und Privatwohnungen aus. Nach drei Tagen erhielten Polizisten das Recht, Plünderer zu erschießen. "Während Katrina waren wir nicht in der wahren Welt, wir lebten in einem Holocaust", wurde David Benelli, damals Polizeileutnant in New Orleans, von den Medien zitiert.

"Hochgradig verletzbar"

Würde der Strom in ganz Deutschland ausfallen, sähe es nicht besser aus. "Nach 24 Stunden gäbe es kein Geld, keine Nahrung und keinen Verkehr mehr. Auch die Wasserversorgung und sämtliche Kommunikationsmittel würden innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen", so Christoph Revermann, stellvertretender Leiter des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag.

Seine Forschungsstelle hat 2011 erstmals die Folgen eines Netzausfalls in mehreren Bundesländern untersucht und war zu dem Schluß gekommen: "Die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern erfolgt über ein eng verflochtenes Netzwerk an kritischen Infrastrukturen, die hochgradig verletzbar sind. Die Folgen eines Blackouts sind nicht beherrschbar, selbst unter Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen.

"Rund 430 Millionen Euro pro Stunde würde Deutschland ein solcher Stromkollaps kosten. Und dazu bräuchte es noch nicht mal eine Naturkatastrophe - die Energiewende reicht.

Elektrisierend

Der spannende Roman Blackout von Marc Elsberg zeigt, wie Europa nach einem beinahe flächendeckenden Stromausfall aussieht. In den Millionenstädten und auf dem Land wird es von einer Sekunde auf die andere dunkel, die Versorgung bricht zusammen, aus den Leitungen kommt bald kein Wasser mehr, Benzin und Lebensmittel werden knapp, die Straßen versinken im Müll, und Kriminalität breitet sich aus.

Ein italienischer Computerspezialist hat den Verdacht, daß es sich um einen terroristischen Hacker-Angriff handeln könnte und geht der Sache nach. Doch schon bald gerät er selbst ins Visier von Polizei und Geheimdiensten. Elsberg, Jahrgang 1967, stammt aus Wien und wollte mit Blackout verdeutlichen, wie verletzlich von Elektrizität abhängige westliche Gesellschaften sind, vor allem nach einem Übergang zu Hacker-anfälligen digitalen Haushaltsmeßgerä-

ten.

Der Roman wurde im deutschsprachigen Raum über eine Million Mal verkauft, blieb mehrere Jahre auf der Spiegel-Bestsellerliste (Juli 2013: Platz 2) und wurde 2012 als Wissensbuch des Jahres in der Kategorie Unterhaltung ausgezeichnet. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 9. Dezember 2017 über die geheimen transatlantische Netzwerke (x1.000/...): >>**Fassadendemokratie**

Vortrag von *Hermann Ploppa*

Vortrag: Der Politologe Hermann Ploppa, ein Kenner der westlichen Demokratie, ist Autor des Buches: "Die Macher hinter den Kulissen. Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern." In einem Vortrag beleuchtet Hermann Ploppa Schein und Sein einer westlichen Fassadendemokratie und wer die treibenden Kräfte für schleichende Veränderungen zu Gunsten multinationaler Konzerne in der Gesellschaft sind.

Ja - schönen guten Abend, vielen Dank für die einleitenden Worte von Herrn Jörg Drews und vielen Dank an die Veranstalterinnen und Veranstalter dieses netten Abends, der hoffentlich nicht nur unterhaltsam ist, sondern auch lehrreich. Ich selber komme aus dem äußersten Norden Deutschlands, aus Flensburg, das sind 2 Kilometer noch bis Skandinavien. Ich freue mich sehr, jetzt sozusagen ganz in den Osten zu kommen, ja - soweit bin ich noch nie gekommen. Das finde ich aber wunderbar, das freut mich sehr. Und das freut mich auch deswegen:

Meine Frau ist in der DDR aufgewachsen, hat in der DDR einen Teil ihres Berufslebens absolviert und wir besuchen jetzt auch hier immer gute Freunde in Thüringen und in Sachsen. Gerade gestern haben wir wieder bei einer guten Freundin übernachtet - heute Nacht in Dresden - und sind jetzt hier rübergekommen und wir beide freuen uns sehr, hier bei Ihnen sein zu dürfen unter diesen netten aufgeschlossenen Menschen.

Ja, was ist jetzt das Thema? Es wurde schon gesagt von Herrn Drews; "Die Macher hinter den Kulissen" heißt mein Buch - ich habe jetzt leider kein Exemplar dabei - mit dem Untertitel "Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern". Das ist ja in sich schon ein Widerspruch: heimlich und Demokratie. Wir alle wissen, daß Demokratie öffentlich ist, es muß alles nachvollziehbar sein.

Alles durchaus in der öffentlichen Diskussion ausgearbeitet und beschlossen und es muß auch nachvollziehbar sein für alle Bürger, wenn es einmal beschlossen ist. Heimlich, das merkt man jetzt an folgendem Tatbestand: daß nämlich immer wieder bei Umfragen herauskommt, daß ungefähr zwei Drittel der Bevölkerung sich eine Gesellschaftsordnung wünschen, die die Vorteile von Kapitalismus und Sozialismus miteinander vereinbaren und daraus das Beste im Sinne der Menschen machen.

Was passiert tatsächlich? Wir werden immer radikaler in eine immer brutalere Form von Kapitalismus hineingetrieben und irgendwann wird dann wahrscheinlich auch nochmal eine "Atemluftmaut" oder so was eingeführt. Alles wird ökonomisiert. Zum Anderen, was wir auch spüren: zwei Drittel der Bevölkerung sagen immer wieder bei Umfragen:

"Wir möchten gerne, daß Deutschland eine unabhängige Außenpolitik führt und Sicherheitspolitik in freundlicher, aber klarer Distanz zu den Mächten dieser Welt: zu China, zu Rußland, zu den USA." Was sehen wir tatsächlich besonders nach der sogenannten Ukraine Krise - die keiner billigen kann - und besonders die Auslandseinsätze in Mali oder Afghanistan?

Dort sind gerade ostdeutsche junge Männer an gefährlichen Fronteinsätzen überproportional beteiligt. Also es ist eine Diskrepanz zwischen dem, was die Menschen möchten, und dem was tatsächlich passiert. Wie kommt denn das?

Das hat vielleicht etwas zu tun mit der Heimlichkeit. Die langjährige Geschäftsführerin der Atlantikbrücke, Frau Beate Lindemann, sagte im Jahre 2003 in kindlicher Offenheit in einer Berliner Zeitung: "Man kann mehr erreichen, wenn man nicht in der Öffentlichkeit arbeitet!"

Das ist es! Dieses heimliche hinter den Kulissen arbeiten, ist eine enorme Erfolgsformel. Wir

sehen, daß sich bei uns auch der Stil der Politik ändert. Angeblich sind wir ja in einer repräsentativen Demokratie. Aber immer öfter leuchten die Augen von jungen Milchbärten von irgendwelchen transatlantischen Seilschafts-Organisationen, wenn das Wort Governance fällt. Governance, das ist die Art, wie wir jetzt regiert werden sollen.

Das heißt: An Runden Tischen sitzen die Meinungsmacher und überhaupt die einflußreichen Menschen aus Medien, Politik, Militär, Geheimdiensten und Wissenschaft zusammen und entscheiden, was für uns gut ist. Das ist Governance und das ist, was in den USA und in England schon seit 150 Jahren gang und gäbe ist. Die Bevölkerung hat das durchzuwinken und zu schlucken, was Lords und andere einflußreiche Leute von Runden Tischen entscheiden. Wir sehen eben nicht nur diese Angleichung.

Wie kommt das? Meine Damen und Herren, ich mache ein kleines Quiz mit Ihnen. Ich nenne jetzt ein paar Namen von Organisationen und sie zeigen mir durch Handzeichen, ob sie die kennen und wenn nicht, dann lassen sie die Hand unten. "Atlantikbrücke": Ja, viele Hände, ein Händewald.

Dann natürlich "Bilderberger": (Anmerkung: auch viele Hände zu sehen). Trilateral Commission: Wird schon weniger. Meine Damen und Herren: "Transatlantic Policy Network" (keiner hebt mehr die Hände, Referent lacht) - hmm, man sieht es. Und schließlich noch "European Roundtable of Industrialists" (keiner hebt die Hand - folglich unbekannt), ja. Sie sehen eine Schere: Je weniger bekannt, desto einflußreicher.

Und deswegen müssen wir uns jetzt mit diesen Gruppierungen auseinandersetzen im Laufe der nächsten Stunde. Weil das jetzt ein Import ist aus den USA muß ich kurz mal erklären, wie die USA funktioniert in der Hinsicht: Seit dem Bürgerkrieg von 1864 bis 1866 herrscht in den USA eine handverlesene Elite von wenigen tausend Männern, den "Chosen Few": den erwählten Wenigen.

Das sind eben tausend, ungefähr tausend Leute, Mächtige, Superreiche an der Nordostküste der USA, die WASPs, die White Anglo Saxon Protestants, also die weißen angelsächsischen Protestanten. Und es gab natürlich immer wieder Leute wie Henry Ford, Carnegie, die da mal durchbrechen konnten. Aber im Prinzip sind die in einem selbstreferenziellen Orbit, im eigenen Planeten sozusagen, abgelöst von der gewöhnlichen Bevölkerung und reproduzieren sich über Generationen.

Sie wissen: Henry Vanderbilt IV. Es geht schon fast zu wie bei Königen. Da gibt es Internate wie Groton, wo selbst mittelmäßig begabte Menschen, wie Georg Bush II., zu Herrenmenschen heran gedrillt werden. Es geht weiter an den ultraexklusiven Universitäten, wo ein Semester so viel kostet wie ein Mittelklassewagen. Zehn Universitäten, Harvard, Princeton, Columbia und so weiter, Yale, die sind üppig ausgestattet, Milliarden schwer an Geld und an Latifundien.

Und innerhalb dieser Universitäten wiederum, wo nur die tausend Reichsten sind, gibt es dann noch diese ultraexklusiven Männerbünde, unseren studentischen Burschenschaften nicht unähnlich. Zum Beispiel Skull and Bones in Yale ist, glaube ich, ziemlich bekannt. Wo immer ein Mitglied der Skull and Bones in der US-Regierung ist und wenn die sich reproduzieren, da gibt's den Drehtüreffekt, Revolving-Door-Effekt.

Das heißt, ein Mensch aus dieser Elite wechselt in Führungspositionen unterschiedlichster Branchen hin und her. Er ist mal Dekan einer Uni, ist dann mal im Geheimdienst, ist dann mal in der US-Regierung und dann vielleicht wieder Manager in einem Konzern oder Banker. Und damit die sich auch schön - wenige Leute - ausbreiten können, gibt es das Interlocking Directory. Das könnte man mit Ämterhäufung beschreiben. Also eine Person häuft unglaublich viele Aufsichtsratsposten um sich herum und wird natürlich im Laufe dieser Anhäufung auch immer wichtiger, immer vernetzter und immer besser bezahlt.

Das Zauberwort ist ein Fremdwort aus dem französischen "Esprit de Corps". Selbst wenn die

Leute sich gegenseitig spinnefeind sein sollten, sie werden sich ewige Treue und Loyalität schwören im Kampf um die Futtertröge. In diesem Sinne gab es die Runden Tische in den USA. Sie wissen ja auch - so manch einer hat es mitbekommen - in England gab es "The Kindergarden", das waren erlesene Lords - Lord Kitchener und Lloyd George - die dann sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Politik in England bestimmt haben. In den USA gab's das auch.

Und der entscheidende Wendepunkt: 1917 - die US-Banken haben ja bekanntlich England und Frankreich finanziell unterstützt - schon seit August 1914 im Krieg gegen Deutschland. J. P. Morgan war so der Konsortien-Chef dabei. Und die haben natürlich damit gerechnet, daß in einem kurzen Spaziergang Deutschland da niedergerungen wird. Sie wissen alle, 1917 waren dann Frankreich und Großbritannien pleite, weil diese Mega-Kredite aus den USA verbraucht waren. Und jetzt mußten die wieder rausgehauen werden.

Ab dem Zeitpunkt ist die USA selber in den Krieg eingetreten, obwohl sie sich da eigentlich raushalten wollten und erst kommen wollten, wenn es die Beute zu verteilen gab. Und ja, man wußte aber jetzt, wenn man gewinnt - und man muß viele Völkerreiche, wie Österreich-Ungarn oder das Osmanische Reich schön filetieren, in einzelne Mini-Staaten, die man dann beherrschen kann - dann braucht man dafür Experten. Das kann man nicht einfach wie früher aus dem Ärmel schütteln. Da müssen wirklich kluge Leute her.

Das war die Geburtsstunde der Inquiry, der ersten Denkfabrik der Herrschenden in den USA. Und dort waren interdisziplinäre Experten aus Geologen, Geographen, Psychologen, Politologen versammelt, um möglichst fachkompetent Europa zu filetieren. Nach dem ersten Weltkrieg, nachdem das geklappt hatte, dachte man sich: Gut, da kann man die Runden Tische und die Think Tanks zusammenbinden.

Das war die Geburtsstunde des Council on Foreign Relations in New York 1921. Und viele Leute sagen ja, der Council, also der Rat für Auswärtige Politik, sei eine Geheimloge. Das ist nicht der Fall. Sie haben abgestufte Mitteilungen an die Öffentlichkeit. Manchmal ganz geheim, manchmal verbreiten sie ihre Kenntnisse über das ganze Volk, über die ganze Welt. Sie haben zwei Zeitungen, Foreign Affairs und Foreign Politics, in denen sie ihre Meinung kundtun, die jeder lesen kann, jeder. Und, ja, sie sind kein Politbüro, kein Vatikan. An diesen Runden Tischen dürfen, muß, soll jeder seine offene Meinung sagen.

Keiner soll aus seinem Herz eine Mördergrube machen. Man diskutiert und kommt irgendwann zu einem Konsens und der wird dann angenommen. Und das wird dann runter gereicht an Wissenschaftler oder Multiplikatoren von der Presse. Auch die New York Times ist Mitglied beim Council oder Lopit, also auch Konzerne sind körperschaftliche Mitglieder.

Ein Beispiel, wie das funktioniert. (Bin ich zu schnell oder geht's? Es scheint zu gehen ...) 1954 erklärte der damalige neue Außenminister der USA, John Foster Dulles, im Gebäude des Council on Foreign Relations im Fernsehen, USA-weit übertragen, die neue Militär-Doktrin der US-Regierung der massiven Vergeltung.

Sie wissen, daß nach den Konferenzen von Jalta die Welt in Interessensphären aufgeteilt war. Und nun machte man ja den kalten Krieg auf und dann - falls jetzt die Sowjetunion in das Revier der USA oder andere Westmächte einbrechen sollte - würden die USA sofort mit einem militärischen, mit einem nuklearen Erstschlag reagieren und Moskau niederbrennen.

Sie wissen alle, das hat nicht geklappt, weil gute Doppel-Agenten wie Erich Fuchs die Formel der amerikanischen Atombomben sofort an die Sowjetunion weitergegeben haben und Wasserstoff-Bomben und so weiter, und die damit sehr schnell in einer Pattsituation waren - es funktionierte nicht.

Man machte sich jetzt lächerlich, wenn man diese Doktrin weiter aufrechterhalten wollte. Also trennt man sich im Council sehr schnell von dieser Geschichte und hat den jungen Historiker Henry Kissinger von der Harvard Universität beauftragt, eine neue Militär-Doktrin auszu-

arbeiten. Der hat eine Arbeitsgruppe gebildet. Und um Einzelfragen zu erläutern hat man angeschlossene, befreundete Think Tanks, wie Brookings Institution, Rand Corp. (Rand Corporation), beauftragt, Einzelfragen zu bearbeiten.

Diese Expertisen gingen wieder hoch an die Arbeitsgruppe von Kissinger. Wurden dann hochgereicht an den Runden Tisch der Superreichen und Turbo-Intellektuellen. Und das wurde irgendwann abgesegnet. 1957 bereits verkündete Henry Kissinger in einem Buch, daß in den USA lanciert wurde, die Strategie der flexiblen Antwort - Flexible Response.

Wenn jetzt also die Sowjetunion in das Revier der Westmächte einbrechen wollte, dann würde man sofort reagieren mit abgestuften Maßnahmen, vielleicht erst mal mit diplomatischem Austausch. Wenn das nicht fruchtet: konventioneller Schlagabtausch, aber auch nuklearer Schlagabtausch war nicht absolut ausgeschlossen.

So funktioniert das. Das ist flexibel und das ist viel schneller und deshalb hat der Council on Foreign Relations die politischen Paradigmen, also die langfristigen Perspektiven der Politik, in einer Weise beeinflußt wie niemand anderes. Weil diese Governance-Institutionen sozusagen schnelle Schnellboote sind, flexible Schnellboote zwischen den schwerfälligen Tankern Diktatur und Demokratie.

Die Diktatur: Da ist ein Diktator, der möchte gerne nur angenehme Nachrichten hören, ein Reformstau staut sich auf bis es platzt und es kommt zum blutigen Putsch. Es ist nicht sehr rationell.

Auf der anderen Seite: Demokratie. Da muß ja auch ein Reformbedarf erst einmal erkannt werden. Der muß durch Parteien hindurch mühsam durch die Gremien laufen bis es dann einen Beschluß gibt, ein Programm. Dann braucht man, wenn man regierungsfähig ist, noch einen Koalitionspartner. Das kann von der Erkennung des Problems bis zur Lösung 10 Jahre dauern.

Ich denke, diese repräsentative Demokratie kann man durchaus schnittiger machen durch direkte demokratische Maßnahmen wie in der Schweiz, wo das Volk 200 mal im Jahr abstimmen kann über ganz bestimmte Sachfragen. Da ist gar nicht erst dieses große "Herumintrigieren" und Getue mit irgendwelchen Gremien und so weiter. (Applaus)

Das wirklich Bestechende daran ist die Softpower. Die Amerikaner unterscheiden zwischen Hardpower und Softpower. Sie bevorzugen die Softpower, weil sie viel rationeller ist. Nämlich die Eliten der Vasallenstaaten, wie es Brzezinski gesagt hat, zu umschmeicheln, für sich zu gewinnen.

Und die Hardpower wird nur eingesetzt, wenn man meinetwegen Olof Palme über'n Haufen schießen muß, wenn es anders nicht geht, oder in ein Land einmarschieren, wenn sogar die Bevölkerung sich quer stellen sollte, ist unbeliebt.

Das Mittel der Wahl ist die Softpower. Schon die Römer hatten damit irrsinnigen Erfolg, mit ihrer indirekten Herrschaft. Die haben gesagt: Hier, es gibt einen Schlagabtausch! Und da zeigt sich gleich, die anderen haben keine Chance.

Dann sagen die: Keine Angst, wir kriegen das schon hin. Ihr könnt so weiter machen wie bisher - sagen sie zu den Eliten - Hauptsache ihr zahlt eure Tribute regelmäßig und haltet eure Bevölkerung für die Pax Romana fest.

Das haben die Engländer gemacht mit ihrer indirect Rule - indirekte Herrschaft. Hunderttausend Soldaten haben Hundert Millionen Inder in Schach gehalten, dadurch daß sie den Maharadscha umworben haben und gesagt haben: Kann alles so bleiben, keine Angst - Hauptsache Tribut!

Das ist unglaublich kostengünstig, das ist immer das Mittel der Wahl. Das könnte aber womöglich demnächst vorbei sein, wenn wir weiter so widerborstig werden. Aber ich denke, wir kriegen das friedlich hin.

Der Council on Foreign Relations hat mittlerweile Filialen, Filialorganisationen in 170 Län-

dern dieser Erde, wo man auf diese feinnervige Art ganz sanft ein großes Reich schafft, ohne territoriale Annexionen, Eroberungen vorgenommen zu haben. Und auf interkontinentaler Ebene gibt es eben die Bilderberger, die die Eliten der USA oder Nordamerika und Europa einmal im Jahr in einem Luxushotel zusammenbringen.

Sie werden maßlos überschätzt. Sie sitzen da, engagieren vielleicht Jürgen Trittin mal für ein Referat. Der kommt dann da an und erzählt wie die ökologische Bewegung in Deutschland tickt und fährt mit ein paar tausend Dollar wieder nach Hause. Und er ist deswegen noch lange kein Bilderberger.

Es ist wirklich das A und O bei den angloamerikanischen Eliten: dieses persönliche Kennenlernen, immer noch den Anderen einschätzen zu können über den großen Teich, um zu wissen: der Freund "Soundso" drüben in Amerika tickt so, daß ich den mit einem Telegramm eigentlich so andeuten kann, was wir haben wollen.

Dann gibt es die Trilateral Commission. Im Jahre 1973 nämlich wollten die Japaner auch gerne mitmachen bei den Bilderbergern. Das wollten die aber nicht. Da hat David Rockefeller, der vor kurzem im Alter von 106 Jahren, mit dem glaube ich vierten transplantierten Herz verstorben ist, gesagt: "Kein Problem, wir bilden jetzt einen dreiseitigen Ausschuß."

Das war die Geburtsstunde der Trilateralen Kommission und da sind jetzt die Eliten von Nordamerika, Europa und Ostasien zusammen, treffen sich dort und sind viel fleißiger als die Bilderberger, die sich nur einmal im Jahr treffen.

Die treffen sich viermal im Jahr - nicht immer alle - und besprechen ganz bestimmte Sachthemen. Es ist auch keine Geheimloge. Sie können sie googeln. Sie haben eine eigene Seite: Trilateral Commission - ganz offen.

Sie können dort lesen, wer in Deutschland dazu gehört: nämlich der Chef der DZ Bank, Herr Kirsch, oder eben traditionell ist ein Erbruf bei den Trilateral Commission der Chef der Chemiegewerkschaft von Deutschland. Der ist immer dabei. Das wird immer vererbt. Sie veröffentlichen auch ihre Arbeiten regelmäßig dort - das ist durchaus lesenswert - und auch Bücher, wo sie selber als Herausgeber zeichnen.

Der Sinn all dieser Netzwerkorganisationen von Land zu Land oder interkontinental, wurde von Brzezinski in seinem Buch "The Grand Chessboard", "Die einzige Weltmacht" recht deutlich gemacht und zwar, Zbigniew Brzezinski oder Joseph Nye, oder wie all diese klugen Köpfe heißen, sie sagen ganz offen: Die USA wird irgendwann implodieren wie alle anderen imperialen Mächte der Welt. Dann muß aber das Betriebssystem US-Finanzkapitalismus in den Köpfen der Eliten der Vasallenstaaten so drin sein, daß sie das als ihre eigene Sache betrachten und dann von sich aus weiter führen.

Wir haben jetzt konkret die Situation, wo im Weißen Haus zum ersten Mal ein Präsident sitzt, der nicht zu dieser Netzwerkorganisation gehört. Da mußte sogar neulich der German Marshall Fund of the US aus dem Busch hervorspringen und sich in der Öffentlichkeit zeigen und sagen: "Haltet durch! Unsere Projekte sind nicht aufgegeben. Wir Deutschen müssen das Projekt Amerika jetzt weiterführen, auch gegen den US-Präsidenten."

Da sind wir jetzt an dem Punkt. Das ist doch interessant, meine Damen und Herren, und das ist ja ein richtiger Schnittpunkt! - Wenn wir jetzt mal auf Deutschland kommen:

Atlantikbrücke ist Ihnen allen bekannt, ist in aller Munde, dürfte eigentlich auch schon verbrannt sein - sozusagen fast. Die Atlantikbrücke wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet von Eric Warburg, einem Hamburger Bankier, der - weil er Jude war - bei den Nazis flüchten mußte. Er hat an der Wallstreet in den USA dann viele wertvolle Kontakte geknüpft. Und als er seine Bank dann wieder übernahm nach dem Zweiten Weltkrieg, wollte er gerne diese Kontakte aufrechterhalten.

Sein Partner - John Mc Cloy - ist der Inbegriff des Drehtürmannes, meine Damen und Herren. Der hatte in den zwanziger Jahren als Wirtschaftsjurist an der Wallstreet angefangen. Er wur-

de dann von der Anwaltskanzlei Cravath and Partner 1926 an Mussolini ausgeliehen, um für ein Jahr Mussolini zu beraten, wie dieser am gewinnbringendsten mit einem Mega-Kredit der J. P. Morgan Bank von hundert Millionen Dollar wirtschaften sollte.

Dann finden wir ihn wieder auf der Ehrentribüne bei den Olympischen Sommerspielen 1936, neben Göring sitzend. Angeblich, um einen Rechtsstreit irgendwie mit Deutschland aus dem Ersten Weltkrieg zu bereinigen. Tatsächlich ist aber immer deutlicher, daß die Wallstreet Hitler gefördert hat und daß Hitler viele Vorgaben durchgesetzt hat. Dann finden wir ihn aber auf der anderen Seite - man ist immer als Kriegsgewinner auf der richtigen Seite - im Verteidigungsministerium der USA.

Dort ist er zuständig für die Luftwaffe, also auch für die Bombardierung in Deutschland. Eine kleine Begebenheit: Seine Flugzeuge flogen auf die Zwangsarbeiterplantagen von Auschwitz Monowitz von den IG Farben und haben diese bombardiert. Auf dem Überflug, da sind sie über die Brennkammern geflogen, die Gaskammern und über die Gleise, wo die armen Menschen verschleppt wurden nach Auschwitz. Die Bürgerrechtler in den USA haben gesagt: "Laßt doch da auch mal paar Bömbchen runter!" - "Kill it!"

Er hat total patzig darauf reagiert, warum, ist nicht klar, aber es wird wohl diese Begebenheit sogar auf einer Gedenktafel in Auschwitz erwähnt. Nach dem Krieg ist er dann zunächst der erste Präsident der Weltbank, dann finden wir ihn wieder als obersten Kommandanten der deutschen Besatzungsmacht. Und schließlich ist er dann noch einige Jahre Präsident des Council on Foreign Relations. Also eine richtig klassische Drehtürkarriere. Dann haben die beiden noch den American Council on Germany gegründet, den Amerikanischen Rat über Deutschland in den USA.

Die Atlantikbrücke soll die deutschen Eliten anfreunden mit den amerikanischen Eliten. Der American Council on Germany soll die amerikanischen Eliten anfreunden an die deutschen Eliten. Das alleine ist ja noch nicht die Funktion des Council on Foreign Relations. Dazu kommt ja noch sozusagen der Think-Tank - die Wissensbildung.

Da haben wir in Deutschland die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, die 1955 gegründet wurde. Diese heißt im englischsprachigen Raum ganz ungeniert German Council on Foreign Relations. Nur damit der deutsche Michel das nicht merkt, hat es eben im Deutschen diesen Namen Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik erhalten.

Dazu kommt die Stiftung Wissenschaft und Politik, die Sie sicher aus dem Deutschlandfunk aus Expertendiskussionen usw. schon gut kennen. Die kam eigentlich aus dem Geheimdienstmilieu und ist ja dann mittlerweile immer mehr zu einer eher zivilen Veranstaltung geworden. Dazu kommt nun seit 1972 der German Marshall Fund of the US. Daran ist aber nur deutsch das Geld und dann das erste Wort da drin: German. 1972 hat Willy Brandt gerade einen Umsturzversuch im Deutschen Bundestag heil überstanden und flog rüber in die USA, um der Gründungsfeier des German Marshall Fund of the US beizuwohnen.

Er hatte als Geschenk für diese Gründung 150 Millionen DM deutsche Steuergelder mitgebracht als Stiftungskapital. Dazu kamen noch einmal 100 Millionen im Laufe der Zeit, und all diese Schenkungen wurden vom Bundestag einstimmig gebilligt.

Der German Marshall Fund of the US ist wichtig. Er ist einerseits eine Denkfabrik, zum anderen aber auch eine Kaderschmiede, d.h. Kader für z.B. den Ostblock. Da hat es eine ganz entscheidende Rolle gespielt. Also, als der Warschauer Pakt zusammenbrach, hatte man bereits ausgebildete polnische, bulgarische, russische, ukrainische Kader gebildet, die dann in dieses politische Vakuum hinein gestiegen sind. Das ist so der Kern der US-amerikanischen Softpower in Deutschland.

Das gemeinsame daran ist, daß man dort nicht Mitglied werden kann, keinen Mitgliedsantrag stellen kann. Sondern Talentscouts suchen, wo sind Leute, die vielversprechend sind: Die können wir für uns gewinnen. Dann werden die angesprochen und dann werden diese Nach-

wuchskräfte sicher einsehen, daß die eigene Karriere schneller vorangeht, wenn sie sich dieser starken Gemeinschaft anschließen. Und zum anderen, sie werden alle aus deutschen Steuergeldern bezahlt, ohne daß der Steuerzahler sie kennt. Ich habe erst 2007 damit angefangen, diese Szene genauer zu beobachten.

Ich habe längst den Überblick verloren über alle diese Metastasen und Tochter-Metastasen und Tochter-Tochter-Metastasen. Nur ein paar Namen mal so schlaglichtartig: Deutsche Atlantische Gesellschaft, Körber-Stiftung, Atlantische Initiative, Aspen Institut, Stiftung Neue Verantwortung, American Academy, American Institut for Contemporary German Studies, Council on Public Policy, Goldman Sachs Foundation, Hertie School of Governance usw.

Kurzer Überblick über die Geschichte: In den 50er Jahren war das noch ein kleines Häuflein und relativ einflußarm. Man zog aber jetzt neue Kräfte heran. Willy Brandt, Helmut Schmidt, Walter Scheel um nur ein paar Namen zu nennen.

Dann gab es in Deutschland schon den ersten Machtkampf. Und zwar zwischen den Gaullisten und den Transatlantikern. Konrad Adenauer hatte vor, mit den Gaulles - also mit Frankreich zusammen - ein Gegengewicht gegen die US-amerikanische Hegemonie zu bilden. Strauß war ja sein Atom-Minister, zuerst einmal Verteidigungsminister. Man hatte also vor, so eine eigene Atom-Nuklear-Macht zu bauen. Und im Hintergrund durchaus mit der Sowjetunion, mit Chruschtschow.

Ja und dann passierte etwas, was die dann doch sehr schnell völlig lahm geschossen hat. Und zwar war das so üblich, daß der BND (Bundesnachrichtendienst), welcher ja auch eine Filial-Organisation der CIA ist und ein eigenes Büro in Hamburg hatte: Also dann haben die mit dem Verbindungsoffizier dort regelmäßig die Chefredaktion des Spiegels besucht. Man hat dann so die inhaltliche Linie des Spiegels diskutiert. Und dann hat der Verbindungsoffizier auch mal ein nicht schmeichelhaftes Protokoll über ein Manöver der Bundeswehr mitgebracht und das wurde dann im Spiegel sofort getitelt: "Bedingt einsatzbereit", "Fallex 62": Bedingt einsatzbereit". War eine große Blamage.

Und das, was man vorausberechnet hatte, passierte: Strauß sah Rot, hat alle rechtsstaatlichen Wege übersehen und hat dann den Herausgeber Rudolph Augstein und Konrad Ahlers, den Chefredakteur ins Gefängnis gebracht. Es gab einen Riesenskandal, die Spiegel-Affäre. Das können Sie nachlesen bei Hans Höhne, Polar intern. Und damit waren die Gaullisten dann eigentlich lahm geschossen. Strauß mußte zurücktreten. Adenauer ging zum Rosen-Züchten nach Rhöndorf und der Transatlantiker Erhardt wurde dann neuer Kanzler.

1969 ist dann der Totaltriumph der Transatlantiker gekommen - so paradox das für uns Ältere klingt, weil wir haben uns ja gefreut über die Entspannung und den Wandel durch Annäherung usw. Tatsächlich aber war ja diese von Brandt und Scheel. Brandt war Mitglied der Atlantikbrücke und Walter Scheel war später 5 Jahre Präsident der Bilderberger. War nichts besonderes, war kein deutscher Sonderweg. Kissinger und Nixon in den USA waren viel öfter in Moskau und Peking als Brandt und Scheel. Ganz einfach:

Der Kapitalismus war so heiß gelaufen, daß man so neue Märkte erschließen mußte oder er wäre zusammen gebrochen. Also hat man die Ostblockstaaten als billige Rohstofflieferanten gewonnen und als Abnehmer von westlichen Fertigprodukten. Und so hat man die Krise dann erst mal vertagt. Dann in den 70er Jahren gab es mal eine Krise in dieser Szene wegen dem Vietnamkrieg. Die Tassen flogen ziemlich tief. Außerdem war die Jugend nicht mehr bereit, diesen Weg mit zu tragen. Und dann haben die eine eigene Subkultur entwickelt und die Transatlantiker drohten irgendwie auszusterben an Überalterung.

Man reagierte darauf flexibel. Die Haare wurden länger im Council und die Bärte wuchsen und sogar Frauen durften nicht nur mitreden, sondern jetzt Vollmitglied sein. Die wichtigste Erneuerung - theoretische Erneuerung - in den 70er Jahren war die Interdependenz-Theorie. Interdependenz heißt:

"Alles ist von allem abhängig." Und zwar durch die Weltordnung von Bretton Woods war jetzt sozusagen der Welthandel freigemacht, durch die Organisationen UNO, IWF, Weltbank und damals GATE, die Welthandelsorganisation, oder heute: WTO heißt das Ding. Und durch diese erleichterten Welthandelsbedingungen, waren jetzt globale Konzerne so mächtig geworden, daß sie mit ihrem Umsatz mit dem Bruttoinlandsprodukt mittlerer Staaten schon konkurrieren konnten.

Die Nichtregierungsorganisationen wie UNO, IWF usw. haben die nationalen Grenzen ignoriert und sich sozusagen völlig in einer globalen Logik bewegt. In dieser Situation hat die Trilateral Commission gesagt: Es muß die Welt neu geordnet werden. Der Wildwuchs muß neu geordnet werden. Neu hierarchisiert werden und es muß an Runden Tischen Governance eingeführt werden. Das heißt: Neben den Nationalstaaten müssen jetzt Konzerne (Globalkonzerne) und Nichtregierungsorganisationen mitregieren. Die Nationalstaaten haben sich zurückzunehmen und in Zukunft sind sie dann nur noch einer von vielen Playern.

Das war so die wesentliche Auffassung. Ich hab in meinem Buch noch geguckt: Sind transatlantische Orientierungen, also die Orientierung konzentrisch um Council on Foreign Relations immer schon marktradikal gewesen, wie es heute ist, oder war es mal anders? Es war mal anders: Unter Kennedy und Johnson war ein keynesianisches Projekt vorherrschend und das wurde auch mitgetragen in Deutschland. Die große Koalition hatte eben auch in dieser Zeit einen starken Staat gefördert, der in die Wirtschaft eingreift und stärkend wirkt und antizyklisch.

Also wenn da Konjunkturdellen sind, wird das durch Staatsausgaben wieder vorangebracht und Geld wieder zurückgezogen aus dem Markt, wenn die Konjunktur zu überhitzen drohte. Aber es entwickelte sich erstens in Deutschland der Neoliberalismus. Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow. Ehrenwerte Leute, die einfach keine Planwirtschaft für alle Bereiche wollten und die eine gerechte sozialausgewogene Politik wollten. Und das führte nun dazu, daß wir sehr glückliche Zeiten im Westen gehabt haben, wo die soziale Schere nicht so auseinandergeklafft ist, wie heute. Die wurden aber weggemobbt. Wenn wir jetzt von Neoliberalismus reden, ist das völliger Quark.

Den gibt es nicht mehr. Den hat es in Deutschland gegeben. Was jetzt vorherrscht ist der Marktradikalismus. Die österreichische Schule von Friedrich von Hayek und die amerikanische: die Chicago Schule von Milton Friedman. Deren Theorie ist: Jede wirtschaftliche Schwierigkeit in der Wirtschaft kommt von daher, daß der Staat sich eingemischt hat.

Der Staat muß sich aus allem raushalten und muß nur die Sicherheit des Vertrages, die Sicherheit der Verkehrswege aufrechterhalten und sonst sich da raushalten. Die Sicherheit des Eigentums ja, aber ansonsten gestalterisch muß er sich völlig raushalten. Alles andere machen kluge Konzernherren. Milton Friedmann hat seine Theorie gleich sozusagen in die Praxis umgesetzt mit seinen Chicago-Boys.

Das heißt, es wurde schon mal exemplarisch in Ländern der Dritten Welt ein Laborexperiment auf nationaler Ebene gemacht, ob es funktioniert. In Indonesien der Putsch 1965 wo der demokratisch gewählte Präsident Sukarno durch den General Suharto ausgetauscht wurde, wo 500.000 bis 3 Millionen Indonesier ermordet worden sind, die diesem neuen Modell im Wege standen.

Dann ging es weiter, am 11. September 1973 in Chile. Allende wurde gestürzt. 30.000 Gegner des Marktradikalismus wurden ins KZ gesteckt und es kam dann zu der Situation, daß dann die Chicago-Boys, also Milton Friedmans Schüler jetzt ausprobierten: Wie funktioniert dieser Marktradikalismus? Das kam dann noch zusätzlich in Argentinien und in Uruguay zum Tragen. Ende der 70iger Jahre stellt man fest: Aha, der Kollateralschaden ist zwar bedauerlich, aber die Ökonomie existiert weiter. Daraufhin wurde das auf die Weltbühne gehoben.

Ronald Reagan in den USA, Margaret Thatcher in England haben das dann durchgezogen mit

entsprechender Kaltschnäuzigkeit und Sicherheit mit diesen Laborexperimenten. In Deutschland 1982 das Lambsdorff-Papier - Sie haben vielleicht neulich nochmal in der Anstalt (Anmerkung: deutsche Satiresendung) davon gehört- forderte eine solche Kurskorrektur auch für Deutschland. Das klappte aber nicht. Und zwar ganz einfach:

Helmut Kohl wäre sicher gerne der deutsche Ronald Reagan geworden, aber das klappte nicht: Weil, wir haben in Deutschland, in der Schweiz, in Österreich, in Skandinavien traditionell eine Dreiteilung der Wirtschaft. Da ist auf der einen Seite die genossenschaftliche Wirtschaft. Dann auf der anderen Seite die öffentlich-rechtlich-staatliche Wirtschaft.

Und nur da, wo Profitwirtschaft nicht allzu viel Schaden anrichtet, war traditionell seit Preußen auch privatwirtschaftliche Tätigkeit erlaubt. Das hielt sich auch, bis dann ein Dammbrech von außen die Sache durcheinander gebracht hat, nämlich der Zusammenbruch des Ostblocks, des Comecon, des Warschauer Paktes, der Zusammenbruch der Sowjetunion. Die Länder im Osten gerieten in eine Leere, in ein Vakuum hinein.

In dieses Vakuum sind dann die Eliten vom German Marshall Fund of the US und der Soros-Stiftung hinein gekommen und haben dort ein neues marktradikales Modell aufgebaut. Dieses neue Europa brachte das alte Europa total ins Wanken. Die Löhne sind im Westen dann in den Keller gesackt. Die Sozialstandards wurden geschleift. Die DDR war ein Sonderfall. Die DDR fiel nicht in ein Vakuum, sondern sie wurde ja - verpackt in neuen Bundesländern - einverleibt der Bundesrepublik Deutschland.

Und das, meine Damen und Herren, war die Geburtsstunde jenes Elends, an dem wir jetzt heute halbwegs zugrunde gehen. Es war die Stunde einer neuen Kaste von Privatisierungsgewinnern, die heute ihr Unwesen in ganz Deutschland treiben. An einem Beispiel: Kombinate, wie Sie wissen, sind staatliche Betriebe gewesen, die ihre Überschüsse an den Staat DDR überwiesen haben. Das waren größere Einnahmequellen als die Steuern. Da die Kombinate, wie Sie ja wissen, vielfältige Aufgaben hatten: Sozialbereich, Kulturbereich und so weiter, wurde ein Teil dieses Gewinnes zurückgeführt zu den Kombinat.

Das wurde geschleust über DDR-Banken. Aber es waren keine Kredite, sondern eben eine "Rüberschleusung" (im Sinne von Transfer). Aber dummerweise wurden sie in diesen DDR-Banken, die keine Banken im kapitalistischen Sinne waren, als Kredite verbucht. Als jetzt der Zusammenbruch der DDR vor der Tür stand, haben das schlaue Köpfe im Westen mitbekommen und haben sich dann für einen "Apfel und ein Ei" über die "Veruntreuhand" (Anmerkung: Treuhand: Anstalt des Öffentlichen Rechts, die DDR-Betriebe privatisieren sollte) dann diese Banken gekauft und haben dann diese Kredittitel gehabt, diese angeblichen Kredittitel und haben die gefordert auch von kerngesunden Kombinat plus 10 % Zinsen.

Sie haben dann gesagt: "Das wollen wir jetzt sofort zurück haben, ihr schuldet uns das." Obwohl jeder gesagt hat: Quatsch, Blödsinn das sind ja überhaupt gar keine Anleihen. Das sind lediglich Gewinnrückführungen. Klugerweise war im Westen eine Instanz errichtet worden durch das Bundesfinanzministerium: der Erblastentilgungsfond. Das im Schweiß erarbeitete Volksvermögen der DDR war eine Erblast. Bei diesem Erblastentilgungsfond sollten aus Steuermitteln von Ostdeutschen und Westdeutschen die Verluste von Investoren - westlichen Investoren - im Osten ausgeglichen werden.

Jetzt sind die dahingegangen und haben gesagt: "Unser Kombinat hier, wo wir die Kredittitel gekauft haben, ist leider auf Grund dessen Pleite gegangen. Wir wollen jetzt das Geld von euch zurück haben." Auf diese Tour, durch diese angeblichen Kredite, haben die Steuerzahler in Ostdeutschland, in Westdeutschland gleichermaßen diesen Abenteurern, diesen Freibeutern 200 Milliarden DM geschenkt.

Während man in der DDR alle Menschen unter Pauschalverdacht gesteckt hat, sie seien alle Stasi-Spitzel und sie dann aufeinander losgegangen sind und während man die Ostdeutschen dann mit diesem schönen Titel Ossi versehen hat und sie damit sozusagen unfähig machte für

die wirkliche Wiedervereinigung von Deutschland, sind die Gangster dann unbemerkt wegelaufen. Das erinnert mich an Komödien aus den 50iger Jahren, wo so ein Markt ist. Da stiehlt einer etwas von einem Marktstand und dann entsteht auch schon Aufregung. Und dann geht jemand anderes weg und der Dieb ruft dann: "Haltet den Dieb!"

Alle rennen hinter dem "Dieb" her. Und er selber kann dann unbehelligt weglaufen. So sind diese Leute dann weggelaufen, unbehelligt. Andererseits haben ja Absolventen von westdeutschen Universitäten in Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre im Osten Privatisierer gespielt. Sie haben sich pro Stunde 1.000 DM aufschreiben lassen, was unter anderem dann von der Treuhand anstandslos überwiesen wurde.

Sie haben da ihr Unwesen in den Kombinatbüros getrieben und es mußten die Steuerzahler in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen im Jahre 1993 450 Millionen D-Mark an diese Milchbärte bezahlen, meine Damen und Herren. Das war prima. So gestärkt hat man sich gesagt: "Wow, wenn das so völlig ungestört abgeht, dann machen wir das doch in ganz Deutschland." Und das ist die Geburtsstunde dessen, was wir jetzt hier erleiden.

Nämlich eine ganz neue Dimension der Privatisierung und eine Gehirnwäsche, um uns diese Dreiteilung der Wirtschaft vergessen zu machen. Hurra, wieder eine Landesbank aufgelöst, schon wieder was privatisiert. Wir brauchen doch keine Landesbanken! Wir brauchen doch keine Sparkassen! Neue Akteure: hier wurde so viel Geld angehäuft, daß das dann abgelaicht wurde in Stiftungen. Stiftungen sind Steuerbefreiungsmodelle, wo man ein Kapital hat, das ist steuerbefreit und auch die Zinserträge sind steuerbefreit.

Wir hatten im Jahre 2000 10.000 Stiftungen. Heute haben wir rund 22.000 Stiftungen, die schätzungsweise ein Vermögen von 100 Milliarden Euro bei sich horten. Wir haben also jetzt bei uns die Situation, daß Stiftungsherren, wie dereinst Könige oder Fürsten in selbstherrlicher Manier bestimmen, wer in den Genuß von irgendwelchen Wohltaten gerät. Ich nenne das neo-feudale Bakschisch-Wirtschaft. Es ist kein Rechtsanspruch mehr da. Über das Geld stimmt nicht die demokratische Gemeinschaft ab, wer in den Genuß kommen soll, sondern irgendwelche dubiosen Stiftungsherren teilen jetzt aus ihrem Füllhorn aus. "Danke!"

Steuerflucht, Steuerbetrug, Steuervermeidung ist Volkssport. Geschätztes Steuerfluchtgeld: aktuell 190 Milliarden Euro im Jahre 2014. Der Bund nahm damals ungefähr 250 Milliarden Euro ein. Das macht zusammen 440 Milliarden Euro aus. Wir könnten alles finanzieren: zufriedene Beamte, unbestechlich, gut bezahlt, ausgeschlafen; einen guten Sozialbereich; einen guten Kulturbereich. Man bräuchte sich nicht zu profilieren als Politiker, daß man jetzt wieder irgendwo einen Kulturetat gestrichen hat.

Welch ein Staatsvermögen wäre das? Der Staat ist nicht handlungsunfähig. Es ist so als wenn man jemanden ins Bein schießt und sagt dann: "Guck' mal, der kann ja gar nicht gehen, der kann das doch gar nicht machen." Ja, und eine Stiftung ist Staat im Staate Bertelsmann. Das ist die Kraft der zwei Herzen. Das eine Herz ist die Bertelsmann-Stiftung, das andere Herz ist der Medienkonzern Bertelsmann. Sie arbeiten sich prima gegenseitig zu.

Auf der einen Seite, wenn die Bertelsmann-Stiftung irgendwelche Ideen ausgeheckt hat, die dann den Menschen draußen im Lande vermittelt werden sollen, dann macht das eben der Bertelsmann Konzern mit seinen Medien RTL, Spiegel, Stern. Und wenn der Konzern jetzt irgendwie steuerbefreit ein Kostenersparnis-Modell entwickeln lassen will, dann macht das die Stiftung - wunderbare Arbeit! Die sind so wichtig und mächtig, daß Gunter Thielen, der langjährige Präsident der Bertelsmann Stiftung, gesagt hat: "Es ist uns egal wer regiert."

In der Tat, sie haben damals, als Kohl ihre Vorgaben damals nicht schnell genug umgesetzt hat, dann eben Schröder und Fischer eingesetzt, die nicht nur den ersten völkerrechtswidrigen Angriff auf ein anderes Land seit Hitler zustande gebracht haben, nämlich auf Jugoslawien, sondern auch eine beispiellose Enteignungswelle in Deutschland losgetreten haben. Sie arbeiten mit dem Zentrum für Hochschulentwicklung sehr dezent daran, das auch hier zehn Exzel-

lenz-Universitäten mit allen Mitteln ausgestattet sind und alles forschen dürfen und alles denken dürfen.

Darunter tausende von (Anmerkung: eventuell Versprecher: für?) KLIPS-Universitäten, wo dann das Wasser durch die Aula rieselt, so wie es in den USA gang und gäbe ist. Das Projekt Schule & Co. in Nordrhein-Westfalen: Dort sind 250 Schulen. Die werden als betriebswirtschaftlich autonome Einheit geführt, kapitalistisch-profitorientiert. Sie sind natürlich noch nicht an der Börse, aber es ist in Arbeit. Das Land Nordrhein-Westfalen hat sogar 200 Lehrer neu eingestellt, nicht um den Lehrermangel zu beheben, sondern um für diesen Vorgang staatlich bezahlte Controller zu haben. Für diesen Privatisierungsgang.

Und Sie wissen, kurz vor Ende der letzten Wahlperiode hat die Bundesregierung noch ein Gesetz durchgebracht, das genau diese Sachen möglich macht. Klingt so alles sehr selbstlos: Das Volk, der Staat, der Bund soll die armen Länder unterstützen und die Kommunen. Aber um den Preis, daß jetzt der Bund ganz anders mitarbeiten und mitreden kann. Mit der Möglichkeit, daß auch Konzerne an Schulen mitarbeiten.

Ich lebe ja mit meiner Frau in Marburg, da haben wir hautnah mitbekommen, was es heißt, Krankenhäuser zu privatisieren - auch von Bertelsmann unterstützt. Das Universitätsklinikum Gießen hatte rote Zahlen geschrieben, das Universitätsklinikum Marburg hatte schwarze Zahlen geschrieben. Damit das zusammen, sage ich mal, attraktiv über den Ladentisch gehen kann, wurden die Beiden zwangsfusioniert, ein Riesenunsinn, dann als Nächstes an die Börse gebracht und über den Ladentisch an Rhönklinikum - einer privaten, profitorientierten (ich glaube sogar, es ist eine Aktiengesellschaft, keine Ahnung) und dann an Fresenius-Medical-Care.

Die Leute haben da fürchterlich zu leiden. Menschen haben demonstriert, haben Institute besetzt. Es hat alles nicht interessiert. Auch Verwaltungsakte werden privatisiert. Es gibt den Unterkonzern Arvato. Der arbeitet in England schon nach dem Modell, in Würzburg soll das durchgesetzt werden. Die Gewinnquelle dafür ist die Automatisierung und die Personaleinsparung. Und das ist so die Basis, wie man dann Geld verdienen will.

Dann werden Sie in Zukunft nicht mehr eine Person antreffen, der Sie den Wunsch um Erhöhung des Wohngeldes vortragen und vielleicht noch jemand in die Augen gucken können, sondern Sie werden das alles online machen. Terror des Qualitätsmanagements kommt auch dazu, ist Vorbereitung der Privatisierung. Es geht nicht darum, eine neue Kaste von Schmarotzern zu alimentieren in erster Linie, sondern es geht darum, alles bereit für die Börse zu machen. Um quantitativ vergleichbar zu machen, was eigentlich qualitativ nicht zu vergleichen ist.

Also die Skalpellrotation eines Herzchirurgen mit der Schlüsseldrehung eines Hausmeisters irgendwie quantitativ vergleichbar zu machen. Auch wenn das Hokusfokus ist, es ist unerlässlich, um das Ganze in Wert zu setzen. Der Dokumentationszwang der Krankenschwestern, das wissen Sie alle, sie sind ja hauptsächlich damit beschäftigt, jeden Furz, der in der Station passiert ist, aufzuschreiben, anstatt sich jetzt noch um die Patienten zu kümmern. Die Automatisierung ist die Grundlage, daß das Ganze rentabel wird und an die Börse kommt. Automatisierung hatten wir nach der industriellen Revolution.

Jetzt haben wir die Automatisierung von so anspruchsvollen Dingen wie Dienstleistungen. Man weiß natürlich auch, auf den Faktor Mensch kann man darin nicht ganz verzichten, aber bitte schön, er soll nichts kosten. Das ist die Stunde des Ehrenamtes, des zivilgesellschaftlichen Engagements. Das Beste im Menschen, seine Hilfsbereitschaft, seine Liebe, seine Empathie, wird hier mißbraucht, um diese Kalkulation der Privatisierung und des gewinnbringenden Geschäftes zu realisieren.

Natürlich muß auch der Sterbende von irgendeinem Menschen betreut werden und wenn die Krankenschwester Dokumentationen schreiben muß, dann muß es eben ein Ehrenamtlicher

machen. 23 Millionen Deutsche sind angeblich ehrenamtlich tätig, da ist natürlich auch der Bursche mit drin, der im Squash-Center Klo putzt, um 2 Stunden kostenlos Squash spielen zu können. Es gibt in jeder größeren Stadt eine Freiwilligenagentur.

Da sitzt meistens ein hauptamtlich Beschäftigter. Das ist irgendein lokaler Grüner, der endlich mal regelmäßig Geld verdient. Bundesweit gibt es eben einen Dachverband der Freiwilligenagenturen, dessen Geschäftsführer war bis vor kurzem Michael Kellner, der jetzt für die Grünen die unsäglichen Jamaika-Verhandlungen managt.

Im Vorstand sitzen nicht nur ganz oben die Vertreter der Sozialverbände, der Kirchen, der Kommunalen-, Länder- und Bundesebenen, sondern natürlich an noch exponierterer Stelle privater Banken und Unternehmensberatungsstellen. Das war jedenfalls, als ich das Buch geschrieben habe, aus dem Internet noch eindeutig zu ersehen. Heute haben die sich auch hinter wohltätigen Stiftungen versteckt. Wahrscheinlich aufgrund dessen, daß ich das mal so ein bißchen skandalisiert habe.

Das Ehrenamt ist eben unverzichtbar. Ich hab das hier mal etwas ausführlicher gesagt, weil ich weiß, daß viele von Ihnen in genau diesen Bereichen arbeiten und daß Sie mal sehen, wo der Grund für Ihre Schlaflosigkeit und Ihr Zähneknirschen und Ihre Magengeschwüre herkommt.

Die Außenpolitik wird auch privatisiert, sie werden es kaum glauben. Es gab dieses Papier von der German Marshall Fund of the United States und der Stiftung Wissenschaft und Politik: "Neue Macht und neue Verantwortung" von 2013, daß auch in der Anstalt schon mal skandalisiert wurde im Zusammenhang mit der Münchner Sicherheitskonferenz.

Ein Aspekt ist da nicht beachtet worden: In diesem Gremium, was das Papier vorbereitet hat, saßen eben auch Ministerialbeamte aus dem Außenministerium und Politiker aus dem Außenministerium aber auch unser lieber Herr Stefan Liebich von der Linkspartei.

Dort heißt es in diesem Papier programmatisch im Originalton, ich hab jetzt nichts hier satirisch überzogen: "Außenministerien haben schon lange kein Monopol mehr über die Definition und Umsetzung der Außenpolitik. Sie werden sich entwickeln müssen zu Impulsgebern und Netzwerkmanagern, die Meinungs- und Entscheidungsprozesse organisieren."

Meine Damen und Herren, die von uns gewählten Außenpolitiker haben jetzt nicht mehr die Aufgabe unseren Willen durchzusetzen, nicht einmal auf dem Papier, wenn das durchkommt, sondern sie müssen dann Entscheidungsprozesse moderieren. Das ist Governance an Runden Tischen von Konzernen, Banken usw. und Politiker sind auch ein Teil davon. Medienmacht, noch ganz kurzes Schlaglicht: Es gibt ja keinen einzigen Top-Journalisten in ganz Deutschland mehr, der seine Karriere nicht dem Transatlantischen Netzwerk verdankt.

Nur ein paar Namen: Theo Koll, Werner Sonne, Tom Buhrow, Gerd Ruge, auch dieser nette Herr Ulrich Wickert, dieser ganz nette Herr Thomas Roth, Ulrich Wilhelm, Rolf Clement, der mit der knarrenden Stimme beim Deutschlandfunk, Peter Frey, Elmar Theveßen, Michael Kolz, Matthias Naß und bei dem letzteren, der jetzt noch kommt, brauch ich dann mit Sicherheit nichts mehr zu erzählen: Claus Kleber, der wurde ja vorhin schon mal erwähnt. (Applaus) Finden Sie das gut? (lacht)

Ich komme jetzt zum Ende meines Vortrages und zwar noch mal kurz zu Europa. Europa, also diese EU meine ich jetzt (Europa ist etwas Großartiges), also die EU, diese europäische Krake namens Europäische Union ist ja nicht, wie behauptet wird, aus dem Wunsch der Völker entstanden, nach dem 1. Weltkrieg sofort zu einem großen Volk zu verschmelzen. Man hatte erst mal andere Probleme: sein Haus wieder aufzubauen, sich etwas zu essen zu holen etc.

Das wußte auch die US-Regierung, deswegen hat sie über den CIA eine Tarnorganisation aufmachen lassen, das American Committee for United Europe (Amerikanisches Komitee für ein Vereinigtes Europa), die dann Geld an scheinbare Massenorganisationen in Europa kanalisiert haben. Der Zweck war zunächst eine geostrategische Flurbereinigung der noch sehr

schwächlichen westeuropäischen Staaten, daß die nicht den USA entgleiten und womöglich den Schmeicheleien der Sowjetunion verfallen.

Die Funktion hat sich mittlerweile geändert, die Sowjetunion gibt es nicht mehr. Mittlerweile geht es darum, ohne demokratisches Mandat marktradikale Diktate auszudrücken von oben nach unten. Und die entscheidenden Dinge passieren auch nicht in der EU, sondern auch da sind die Macher hinter den Kulissen, die ich ihnen kurz vorstellen möchte:

Da gibt es zum Beispiel den Business Roundtable in den USA, ein aggressiver Verein von CEOs (Chief Executive Officers) - das sind die Konzernlenker, die über die Tagespolitik hinausdenken und gucken, wie sie ihren Megakonzerne langfristig weltweit plazieren können.

Dieser Verein hat seit seiner Gründung 1972 jede vernünftige Maßnahme im Weißen Haus und im Kongreß zu Fall gebracht. Europäischerseits: Business Europe, der Dachverband europäischer Unternehmerverbände.

Da sind BDI (Anmerkung: Bundesverband der Deutschen Industrie) und BDA (Anmerkung: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) deutscherseits dabei. Da sind 1.200 Mitarbeiter ständig beschäftigt, hauptamtlich bezahlt, Vorgaben dieser Verbände zu formulieren, zu lobbyieren und zu gucken, wenn sie dann Gesetzeskraft gewonnen haben.

Dann auch noch mal zu überprüfen, ob das korrigiert werden muß. Kann aber nicht so aggressiv auftreten, weil er sehr unterschiedliche Unternehmer vertritt. Und was beachtlich ist, meine Damen und Herren: TTIP, alle sprechen von TTIP. TTIP ist auf der Ebene der Unternehmerverbände bereits Realität.

Seit 2013 gibt es einen Dachverband nordamerikanischer und europäischer Unternehmerverbände. TTIP hat hier schon stattgefunden, er heißt Transatlantic Business Council. Der Andere ist Transatlantic Policy Network. Es gibt ja nebenbei noch, dümpelt ja noch ein Europaparlament im verschlafenen Straßburg im Elsaß vor sich hin. Das spricht schon mal Bände, daß die nicht auch in Brüssel sind. Die Legislative soll ja die Executive, also das Parlament soll ja die Regierung überprüfen. Wie sollen die das denn von Straßburg aus machen?

Dort im Europaparlament gibt es ebenfalls eine transatlantische Organisation, die ihre Kollegen dafür gewinnen sollen, sich dieser transatlantischen Linie anzuschließen. Da sind deutscherseits dabei: Elmar Brok von der CDU aus Gütersloh. Das liegt nahe, denn er ist einer der heftigsten Lobbyisten von Bertelsmann. Dann natürlich unser lieber Freund Reinhard Bütikofer, dessen krauses, graues Haupthaar man neulich betrachten durfte bei den Jamaika-Verhandlungen. Dann haben wir noch Jo Leinen von der SPD.

Aber der wichtigste Vertreter, nach meiner Meinung und auch nach seiner eigenen Einschätzung, ist der European Round Table of Industrialists. Die haben auch eine Webseite, wo er sagt: Wir haben alle wichtigen Vorhaben der EU geschrieben und die wurden dann Eins zu Eins übernommen. Also da treffen sich jedes Jahr 50 handverlesene CEOs aus Europa, immer vier Mal im Jahr in dem Land, das immer gerade die EU-Ratspräsidentschaft inne hat. Um ein Beispiel zu geben, wie es gelaufen ist oder wie es funktioniert:

Im März 2013 zitierte Frau Merkel den damaligen französischen Staatspräsidenten François Hollande und Herrn Barroso, den damaligen EU-Präsidenten ins Kanzleramt. Dort saßen bereits rein zufällig fünfzehn Herren vom European Round Table of Industrialists. Die hatten einen Wunschkatalog dabei, den sie dann diesen Herrschaften und Damschaften vorgetragen haben, und da entwickelte sich wie ein Pfingstwunder eine Working Group on Competitiveness von deutscher und französischer Regierung.

Also eine Arbeitsgruppe in Wettbewerbsfähigkeit. Ich dachte eigentlich, daß Länder sich solidarisch gegenseitig helfen. Die Ideologie der Marktradikalen geht aber dahin, daß jedes Land das andere kaputt konkurriert. Das sieht man jetzt auch wie Deutschland die südeuropäischen Staaten, bis ihnen nur noch die Augen zum Weinen bleiben, niederdrückt. Diese Competitiveness und das Regierungspapier, was da entstanden ist, das war damals noch im Internet. Jetzt

hat man das entfernt, nach Veröffentlichung meines Buches.

Das (Anmerkung: Regierungspapier) fordert: "Die Europäische Union soll davon absehen, neue Gesetzesvorschläge einzubringen, die für Investitionen schädlich sind. Die Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben muß zu jeder Zeit strenger Überprüfung unterliegen. Das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen muß dem Wettbewerb durch Initiativen und Vorschlägen aus dem Privatsektor ausgesetzt werden. Es muß ein erstrangiges Ziel werden, öffentliche Ausgaben in Frankreich und Deutschland zu verringern."

Ganz einfach mal so, warum wird nicht begründet. "Öffentliche Ausgaben und öffentliche Regulierungen müssen solche Investitionen bevorzugen, die Wachstum erzeugen." Egal, wachst dich zu Tode. "Erweiterung der öffentlich-privaten Partnerschaften kann die Effizienz im Bereich der Verkehrsplanung beträchtlich erweitern." Und jetzt denken Sie mal daran, was gerade mit den Autobahnen in Deutschland so angedacht wird: die Privatisierung. Und was da gerade gesetzlich durchgezogen wurde. Über TTIP müssen wir jetzt im Moment nicht so deutlich sprechen, weil:

Der German Marshall Fund of the United States ist ja aus der Deckung gegangen und hat in einem öffentlich annoncierten Artikel in der "ZEIT" und anderen transatlantischen Kampfblättern geschrieben: Wir müssen leider alle unsere Vorhaben für 4 Jahre auf Eis legen. Zumindest solange wie der Trump regiert, können wir das jetzt nicht durchziehen. Halte durch, wir machen dann weiter. Wir haben jetzt mal eine kleine Pause, in der wir uns darüber Gedanken machen können, was wir dem jetzt entgegen setzen, diesem transatlantischen Druck.

Zum einen möchte ich daran erinnern, und ich möchte, daß Sie das alle auch mit nach Hause nehmen und überall sagen, wir müssen unser Erbe in Ehren halten. Unsere Altvorderen haben sich abgeschuftet unter widrigsten Bedingungen damit es uns einmal besser geht. Aber nicht dafür, daß wir dieses Vermögen an den Roulette-Tischen der Börsen verjuxen. (Beifall der Zuhörer)

Wir müssen öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche Wirtschaft und staatliche Wirtschaft in Ehren halten. Sparkassen zum Beispiel, ja, Sparkassen sind wichtig, um Geld, was in der Region erzeugt worden ist, in der Region zu halten und den Menschen wieder zugute zu kommen zu lassen und nicht das irgendwo verjuxen zu lassen, in irgendeinem Staudamm-Projekt von Brasilien.

Und Landesbanken haben auch eine Funktion. Das ist sozusagen ein Schutzwall gegen die feindliche Übernahme von ganzen Regionen durch Globalkonzerne. Und da wird jeden Tag gefeiert: Ah, jetzt haben wir wieder die Landesbank abgeschossen und die Landesbank wird jetzt privatisiert.

Wehren Sie sich mit allen Kräften dagegen, allein im Namen ihrer Vorfahren, die sich abgeschuftet haben. All diese wunderbaren Sachen: Arbeiterbewegung und Bildungsbürgertum gemeinsam auf den Weg zu bringen. Das war eine wunderbare Leistung.

Das kann man verbinden, wir haben gute Chancen, man kann das verbinden mit weltweiten Bewegungen. Schon jetzt arbeiten achthundertmillionen Menschen auf dieser Erde in Genossenschaften, haben sich aus dem Hamsterrad des Marktradikalismus befreit. Damit müssen wir uns kurzschließen.

Und schließlich noch, tut sich auch was, wo ich dachte, ob ich das noch erleben darf. Ja, ich darf es erleben. Es ist wohl eine Götterdämmerung dieses Systems jetzt in Sicht. Nämlich, China und Rußland reichen uns die Hände und sagen, wir können zusammen ein schönes, wohlhabendes Eurasien aufbauen.

Das Seidenstraßen-Projekt ist sehr wichtig und es wird, muß ich Ihnen sagen, intern schon längst in den Banken und so weiter, abgesprochen. Nicht daß wir schon wieder draußen stehen und aus dem Besitz der US-Amerikaner gleich in den Besitz der Chinesen übergehen, sondern wir müssen uns kreativ einbringen.

Wir müssen sagen, was wir dabei haben möchten bei dem Deal. Dazu müssen wir aufgeklärt sein und wissen, worum es geht. Ich wünsche mir, daß wir alle nicht länger aus der Froschperspektive gucken, sondern jeder von uns ist jetzt ein Staatsmann und überlegt, wie kann man weltweit das Ganze voranbringen. Es gibt Zukunft und Hoffnung und in diesem Sinne, vielen Dank meine Damen und Herren. (Beifall) ...

Interview und Vortrag mit Hermann Ploppa vom 17.11.2017 in Bautzen.<<

Die Online Zeitung "Epoch Times Deutschland" berichtete am 27. Dezember 2017: >>**Die Hierarchie der Verschwörer - Das Komitee der 300**

Von Gastautor *John Coleman*

Das Buch von Dr. Coleman "Die Hierarchie der Verschwörer: Das Komitee der 300" veranschaulicht wer die Fäden in dieser Welt zieht. Von der Öffentlichkeit unbemerkt, lenkt eine kleine elitäre Gruppe die Weltgeschehnisse.

Ein Exposé der geheimsten Gesellschaft in der Welt: Können Sie sich eine allmächtige Gruppe vorstellen, die keine nationalen Grenzen kennt, über dem Gesetz aller Länder steht und die alle Aspekte der Politik, der Religion, des Handels und der Industrie, des Banken- und Versicherungswesens, des Bergbaus, des Drogenhandels und der Erdölindustrie kontrolliert - eine Gruppe, die niemandem als ihren eigenen Mitgliedern gegenüber verantwortlich ist?

Die überwiegende Mehrheit der Menschen hält dies für unmöglich.

Doch daß es eine solche Körperschaft gibt - das Komitee der 300 -, wird in dem Buch "Das Komitee der 300: Die Hierarchie der Verschwörer" anschaulich dargestellt.

Es gibt Politiker und Publizisten, die versuchen, diese Probleme anzugehen, sprechen oder schreiben über "sie". Colemans Buch sagt genau, wer "sie" sind und was "sie" für unsere Zukunft geplant haben.

Ereignisse, die seit der Erstveröffentlichung dieses Buches abgelaufen sind, sprechen Bände über die Richtigkeit der getroffenen Vorhersagen.

Nachfolgend ist ein Ausschnitt "Die Hierarchie der Verschwörer: Das Komitee der 300" aufgelistet, der die wichtigsten Ziele dieser Machtelite behandelt.

"Die Hierarchie der Verschwörer: Das Komitee der 300"

Diese Ziele sind:

Die Eine-Welt-Regierung, d.h. eine Neue Weltordnung (New World Order) mit einer **einheitlichen Kirche und einem einheitlichen finanziellen System** unter ihrer Direktion zu schaffen. Nicht viele Leute sind sich dessen bewußt, daß die Eine-Welt-Regierung begann, ihre "Kirche" in den zwanziger und dreißiger Jahren zu errichten, da sie realisierten, daß dem Menschen ein religiöses Bedürfnis angeboren ist und einen Ausdruck haben muß. Deshalb begannen sie, einen "Kirchen-Körper" zu bilden, der den Glauben in die von ihnen gewünschte Richtung lenken sollte.

Um die völlige **Zerstörung aller nationalen Identitäten und allen nationalen Stolzes** zu erzielen - verkörpert in dem alten Spruch "Pride of Face, Pride of Race, Pride of Place" ("Stolz auf das eigene Gesicht, Stolz auf die Rasse, Stolz auf die Herkunft) - war es eine primäre Überlegung in dem Konzept der Eine-Welt-Regierung, die Individualität aller Leute auszurotten, um die "Masse" zu kreieren.

Die **Zerstörung der Religion** in die Wege zu leiten und auch auszuführen, **insbesondere die der christlichen Religion**, mit einer Ausnahme: die Mischreligion der "Eine-Welt-Regierung".

Die Fähigkeit zur **Kontrolle der einzelnen Person durch Mittel der Bewußtseinskontrolle**; außerdem das, was Brzezinski als "Technotronics" bezeichnet: die **Erschaffung menschenähnlicher Roboter** (genetisch geschaffene Klone) **und ein System des Terrors**, das Felix Dserschinskis Roten Terror im Vergleich dazu milde aussehen lassen würde.

Das **Ende aller Industrialisierung** und der Produktion von nuklear generiertem elektrischem

Strom herbeizuführen, mittels dem, was sie eine "Post-Industrielle Nullwachstumsgesellschaft" nennen, ausgenommen in der Computer- und Dienstleistungsindustrie. Die verbleibende Industrie der Vereinigten Staaten würde in Länder wie Mexiko und den Fernen Osten exportiert werden, wo Sklavenarbeit in Hülle und Fülle vorhanden sei.

Wie wir seit 1993 sahen, entwickelte sich dies tatsächlich durch den Erlaß des *North American Free Trade Agreements*, bekannt als *NAFTA*. (Es wurde seitdem durch *GATT* und die Welthandelsorganisation *WTO* "verbessert"). Unbeschäftigbare in den Vereinigten Staaten, die sich im Anfangsstadium industrieller Zerstörung befinden, würden entweder opium-, heroin-, oder kokainabhängig werden, oder sie würden im Prozeß der Eliminierung "überflüssiger Bevölkerung" nurmehr statistische Zahlen sein; dies kennen wir heute als den *Global 2000 Report*.

Den **Gebrauch von Drogen zu fördern** und vielleicht zu legalisieren, und **Pornographie zu einer "Kunstform" zu machen**, die weithin akzeptiert wird und eventuell allgemein weit verbreitet. Als neueste Entwicklung können wir vermelden, daß die Pornographie sich bis 2004 in der "Mainstream-Kultur" festgesetzt hat, und daß das Theater in Australien offen Pornographie in eigentlich nicht-pornographischen Stücken zeigt. Dies nennt man "Wirklichkeits-Programmierung".

In Holland machte die erwünschte "Wirklichkeit" einen Entwicklungssprung, als am 10. Oktober 2005 der Film *Das Leben, Sex und Drogengenuß* auf *BNN* gezeigt wurde, dem holländischen Jugendkanal. Danach gab es "Diskussionsrunden", um verschiedene Ansichtsweisen vorzustellen. Der Film handelt über einen 26-jährigen Holländer, der auf eine Kneipentour geht und Heroin in Pillenform einnimmt. Anschließend geht er nach Hause, zieht sich in der Gegenwart seiner Mutter LSD rein, findet eine Gespielin und befriedigt sie oral.

Die im Film gestellte Frage lautete: "Wer genoß den Sex mehr, der Mann oder die Frau?" Diese zur Schau gestellten Perversionen sind **Teil des Programms einer langanhaltenden, auf die Manipulation der Psyche gerichteten Konditionierung**. Das *Tavistock-Institut* hat die Regeln hierfür im Jahre 1946 eingeführt. Sie werden dem Grunde nach bereits von Oswald Spengler in seinem monumentalen Werk *Der Untergang des Abendlandes* vorausgesehen und sind Teil einer Strategie, die westliche Kultur zu zerstören.

Eine weitere Absicht der Menschenmanipulateure ist es, **große Städte zu entvölkern**, entsprechend den Versuchen, die das kommunistische Pol-Pot-Regime in Kambodscha durchgeführt hat. Es ist interessant zu wissen, daß die massenmörderischen Pläne von Pol Pot durch die Forschungsinstitutionen des *Club of Rome* in den Vereinigten Staaten inspiriert gewesen sind. Thomas Enders, ein hochrangiger Beamter des US-Außenministeriums, war mit ihrer Ausarbeitung betraut. Es ist ebenso interessant zu wissen, daß das *Komitee* versuchte, die Schlächter Pol Pots in Kambodscha wieder an die Macht zu hieven, damit sie einer Verurteilung als Massenmörder entgehen konnten.

Alle wissenschaftlichen Entwicklungen zu unterdrücken, außer jenen, die das Komitee für nützlich hält. Im Fadenkreuz ist besonders die Nutzung nuklearer Energie für friedliche Zwecke. Nationen, die auf den Aufbau nuklearer Energiestationen bestanden, mußten heruntergewirtschaftet werden.

Beispiele von Nationen, mit denen man sich "beschäftigen" mußte, sind der Iran, Argentinien, Südafrika und Pakistan. Besonders verhaßt sind die Fusionsexperimente, verhöhnt und lächerlich gemacht durch das *Komitee* und ihre unterwürfige Presse. Die Entwicklung von *Fusion Torch*-Technologie würde das Konzept der "beschränkten natürlichen Ressourcen" des *Komitees* völlig ad absurdum führen.

Ein *Fusion Torch*, falls richtig genutzt, könnte unbegrenzte und bisher unangezapfte natürliche Rohstoffe liefern, sogar aus den gewöhnlichsten Substanzen. Die Nutzung von *Fusion Torch* ist eine Legion; diese Technologie würde der Menschheit in einer Weise helfen, die von

der Öffentlichkeit bis jetzt nicht im Geringsten verstanden wird. Mehrere Wissenschaftler haben ihrer Ansicht Ausdruck verliehen, daß Fusionstechnologie neue Ölressourcen schaffen könnte.

Durch begrenzte Kriege in den Industrieländern soll eine **Verminderung der Bevölkerung**, die einen "Überfluß hinsichtlich des bestehenden Bedarfs" darstellen, **erzielt werden**. In den Ländern der Dritten Welt will man dasselbe **durch Hungersnöte, Krankheiten und Pandemien** erreichen, nämlich den **Tod von drei Milliarden Menschen bis zum Jahr 2050** - Bertrand Russels "nutzlose Esser" sollen verschwinden. Das *Komitee der 300* beauftragte Cyrus Vance, ein Dokument über das Thema zu schreiben, wie ein solcher Massenmord am besten zu bewerkstelligen wäre.

Die Studie wurde erstellt, und Vance präsentierte sie unter dem Titel *Global 2000-Report*. (Wir nahmen darauf bereits Bezug.) Sie wurde geprüft und durch den früheren US-Präsidenten James Earl "Jimmy" Carter und durch Edwin Muskie, den damaligen Außenminister, im Auftrag der US-Regierung für gut befunden. Nach den Richtlinien des *Global 2000-Reports* soll die Bevölkerung der Vereinigten Staaten bis in das Jahr 2050 um 100 Millionen reduziert werden.

Um **das moralische Rückgrat der Nationen zu schwächen**, instrumentalisierte das *Komitee* (Hollywood-) "Stars", die der Masse den Weg zeigen sollten. Die Institution der Ehe konnte durch diese mediale Dauerberieselung untergraben und das eheliche Geschlechtsleben pervertiert werden. Die Gossensprache fand Eingang in alle sozialen Schichten, der Konsum von Drogen wurde salonfähig gemacht, aufreizende Moden sollten den Sextrieb anstacheln.

Einige der führenden "Stars", die besonders für diesen Zweck quasi durch die Sozialwissenschaftler des *Tavistock-Institutes* geschaffen wurden, waren "Madonna", Kate Moss und Britney Spears.

Viele der heutigen sogenannten "Stars" im Filmgeschäft, auf Bühnen und in Theatern, in der Modeindustrie, in Talkshows, wie Bob Barker von *The Price is Right* (deutsche Entsprechung: *Der Preis ist heiß*), "Rosie O'Donell" und Ellen DeGeneres, würden unglücklich sein, zu erfahren, daß sie kaum mehr als das Endprodukt Edward Bernays', des Neffen von Sigmund Freud, sind. Sie haben ihre Karriere H. V. Byron, Dicks, Madeline O'Hare, den "Stars" unter den Sozialwissenschaftlern im *Tavistock-Institut* zu verdanken.

Weil Arbeitsplätze verschwinden, dank der postindustriellen Nullwachstumspolitik, die durch den *Club of Rome* eingeführt wurde (insbesondere zielt man auf die Stahl- und die Werkzeugherstellung sowie auf Maschinen- und Schiffbau), sieht der Bericht demoralisierte und entmutigte Arbeiter voraus, die nicht mehr länger beschäftigbar sind; sie sind Überbleibsel des industriellen Zeitalters von Amerika, die, um sich zu trösten, Alkohol und Drogen nehmen. Die Jugend des Landes wird durch Rockmusik, Drogen und später Pornographie ermutigt werden, gegen den Status Quo zu rebellieren, und so die Familie zu unterminieren und letztlich zu zerstören.

Zur Durchführung dieser Absicht beauftragte das *Komitee der 300* das *Tavistock-Institut* zur Entwicklung eines Plans, wie dies erreicht werden könne. *Tavistock* beauftragte das *Stanford Research Institute*, diese Arbeiten unter der Direktion von Professor Willis Harmon aufzunehmen. Diese Arbeit wurde später als die "*Aquarian Conspiracy*" ("*Wassermann-Verschwörung*") bekannt.

Weiteres Ziel ist, **die Völker überall davon abzuhalten, ihr eigenes Schicksal zu entscheiden, indem eine inszenierte Krise der nächsten folgt**, um dann der Öffentlichkeit die Notwendigkeit vor Augen zu führen, daß man solche Krisen "managen" müsse. Diese inszenierten Krisen werden die Bevölkerung verwirren und demoralisieren - bis zu dem Punkt, an dem sie mit zu vielen Wahlmöglichkeiten konfrontiert werden.

Massenhafte Apathie wird das Resultat sein. Seit dieser Plan im Jahre 1991 geschrieben

wurde, ist den Vereinigten Staaten diese "Schocktherapie" verabreicht worden. Sie hat eine landesweite Krankheit hervorgerufen, bei der sogar die unglaublichsten Zustände keinen Protest oder Bedenken hervorrufen.

In den Vereinigten Staaten ist bereits eine Agentur für Krisenmanagement eingerichtet worden. Sie nennt sich *Federal Emergency Management Agency (FEMA / Föderale Notstands-Management-Behörde)*. Ich habe deren Existenz 1980 offengelegt. (Wir werden im weiteren Verlauf noch mehr über die *FEMA* erfahren.)

Ein weiteres Ziel ist es, **neue Kulte einzuführen und weiterhin die bereits funktionierenden zu unterstützen**, eingeschlossen "Rock-Music Gangsters" wie Mick Jagers "Rolling Stones" (eine Gruppe, die von der europäischen *Black Nobility (schwarzer Adel)* favorisiert wird) und alle die anderen von *Tavistock* kreierte "Rock-Gruppen", die mit den "Beatles" begannen. Die damit verbundene Absicht besteht darin, durch das Beispiel von "Stars" das Interesse an heidnischen Ritualen und religiösen Praktiken zu stärken, beispielsweise am Kult der Kabbala.

Bis in das Frühjahr 2005 hatten sich Kabbala-Kulte bereits über die ganze USA verbreitet. Shirley McLaine, "Madonna" und Demi Moore wurden mit der Verbreitung dieser ausländischen, quasi-religiösen Praxis beauftragt. Kabbala-Gruppen schießen nun in Amerika wie Pilze aus dem Boden, aber nirgends ist ihr Wachstum produktiver als in Hollywood.

Des Weiteren will man **den christlichen Fundamentalismus weiter aufbauen**, dessen Grundstein von John Nelson Darby, einem treuen Diener der *British East India Company* gelegt worden ist. Es wurde weder erklärt, wie es für Darby möglich war, das ganze Land ausgiebig zu bereisen, da er in den USA angeblich als armer Priester ankam, noch sind seine mysteriösen "europäischen Verbindungen" je erklärt worden.

Unter diesen "Kontakten" waren John Henry und Francis Newman, die Gebrüder Frère, Joseph Wolff, Lady Powercourt, Carlyle und der reiche Banker Henry Drummond. Sicherlich kamen diese Leute aus einer reichen, privilegierten Klasse Englands, mit starken Verbindungen in das wohlhabende Europa, und es wird behauptet, daß die *Church of the Brethren (Kirche der Brüder)* aus diesen Kreisen abstammen solle.

Laut der Recherche Otto J. Scotts ("The Secret Six") wurde "ein sehr legitimer Wunsch, nämlich die Sklaverei zu beenden, durch sechs reiche Männer in die Irre geleitet (Männer, die das Christentum aufgegeben hatten; J. C.); dieser Wunsch wurde in den blutigen Konflikt umgelenkt (den Amerikanischen Bürgerkrieg; J. C.), der die Nation spaltete und nicht zu reparierende Störungen in die Rassenbeziehungen brachte."

Von den *Secret Six*, den *Geheimen Sechs*, ist bekannt, daß sie eng mit den 300 verbunden waren. Von den *Geheimen Sechs* schrieb Scott, daß sie in Boston verblieben waren, und in den 1850ern Kansas ausgewählt hatten, um ihre Ideen zu testen und ihre "Ziele nach vorne zu bringen". (Quelled: Laqueur, Walter: *A History of Zionism - From the French Revolution to the Establishment of the State of Israel*; Weidenfeld and Nicolson, London 1972)

Die christlich-fundamentale Bewegung sollte ein Kanal für die **Stärkung des Staates Israel** sein, indem der Staat Israel mit dem biblischen Israel gleichgesetzt wurde, und durch die Akzeptanz der Theorie von "Gottes auserwähltem Volk". Außerdem glaubt man ernsthaft, durch großzügige Spenden für Israel das Christentum fördern zu können. Diese Sichtweise übersieht die Tatsache, daß das moderne Israel als ein politischer, zionistischer Staat und nicht als ein religiöser Staat gegründet worden war. (Quelle: ebenda)

Es geht zudem darum, die Ausbreitung von religiösen Kulturen wie die Moslembruderschaft, den Moslemischem Fundamentalismus und die indischen Sikhs zu fördern, und darum, Bewußtseins-Kontrollexperimente in der Art von Jim Jones und des "Son of Sam" (David Berkowitz) auszuführen. Es gilt festzuhalten, daß Ayatollah Khomeini in seiner späteren politischen Funktion eine Schöpfung der *British Military Intelligence Division 6* war, im

allgemein bekannt als *MI6*, wie ich das bereits in meinem Buch *What Really Happened in Iran* (deutsch, *Was sich wirklich im Iran abspielte*) 1985 berichtete. Dieses detaillierte Werk zeigt Schritt für Schritt den Prozeß auf, durch den die Regierung der Vereinigten Staaten Khomeini an die Macht brachte.

Ideen einer "religiösen Befreiung" sollen in der Welt verbreitet werden, **um so alle existierenden Religionen zu unterminieren, aber insbesondere die christliche Religion**. Dies begann mit der *Jesuit Liberation Theology*, die der Somoza-Familienherrschaft in Nicaragua ein Ende setzte und die El Salvador in 25 Jahren "Bürgerkrieg" zerstörte. Costa Rica und Honduras wurden ebenfalls in revolutionäre Aktivitäten verwickelt, die durch die Jesuiten angezettelt wurden.

1991 sahen wir, wie Nicaragua zerrissen wurde, wie Peru durch einen Guerillakrieg in Mitleidenschaft gezogen wurde, wie eine stabile Regierung in Chile gestürzt wurde. Wir erlebten Revolutionen in Venezuela und Argentinien, die vorher durch Kriege wirtschaftlich auf die Knie gezwungen worden waren. Serbien und der Irak wurden als Staatengebilde völlig zerstört.

Ein weiteres Ziel ist, einen völligen Kollaps der Weltwirtschaft und ein totales politisches Chaos zu erzeugen.

Schließlich geht es auch darum, die Kontrolle über die US-Außen- und Innenpolitik zu übernehmen.

Letztendlich will man supranationalen Institutionen die größtmögliche Unterstützung zuteil werden lassen, z.B. den *Vereinten Nationen*, dem *Internationalen Währungsfonds (IWF)*, der *Bank für Internationalen Zahlungsausgleich*, dem *Internationalen Gerichtshof*. So weit möglich, sollen lokale Institutionen dazu gebracht werden, weniger effektiv zu werden, um sie damit schrittweise entmachten zu können oder sie unter die Fittiche der UNO nehmen zu können.

Alle Regierungen sollen unterwandert und zerrüttet werden, von innen heraus soll die souveräne Integrität der Nationen zerstört werden - dies alles unter dem Deckmantel der Verbreitung der "Demokratie", als einem angeblichen Bollwerk gegen den Terrorismus.

Ein weltweiter, terroristischer Apparat soll organisiert und mit gesetzestreuen Regierungen, auf deren Territorien "terroristische Aktivitäten" ablaufen, Kapitulationsbedingungen verhandelt werden. Den USA soll erlaubt werden, eine permanente militärische Basis in diesen Ländern aufzubauen, die unter dem Vorwand, der Bevölkerung die Segnungen der Demokratie zu bringen, installiert wird.

Eine weitere Absicht besteht darin, die Kontrolle des gesamten Erziehungswesens in den USA zu übernehmen, mit der Absicht und dem Zweck, sie vollkommen durch "graduated change" ("abgestufte Änderung") von Schulplan und Lehrmethoden zu zerstören. Ungefähr ab 1993 wurden die Auswirkungen dieser Richtlinien offensichtlich, und sie werden sogar noch destruktiver werden, wenn man auch in den Grund- und Mittelschulen damit anfangen wird, nach den Richtlinien der "Outcome Based Education" ("ergebnisorientierte Erziehung") zu unterrichten.

Der durchschnittliche Amerikaner weiß gerade noch aus seinen Schultagen, daß die Vereinigten Staaten eine Geschichte von 250 Jahren haben, aber ist sich zumeist unsicher und kennt keine Details. Sein Wissen über die Verfassung ist minimal.

Er ist ebenfalls blind für die Tatsache, daß scheinbar miteinander nicht in Zusammenhang stehende Geschehnisse und "Unfälle" der Geschichte tatsächlich eng miteinander verbunden sind; geplant und initiiert durch unsichtbare Kräfte: der Aufstieg Napoleons (der eine Kreatur der Rothschilds war) und die Napoleonischen Kriege, die von den Rothschilds kontrolliert wurden; Lord Greys monströser, brutaler Erster Weltkrieg, die bolschewistische Revolution und der Aufstieg des Kommunismus - dies alles war sorgsam geplant.

Dies hat keine Ähnlichkeit mit der Geschichte, wie sie dem Durchschnittsbürger in der Schule gelehrt wird, und in der behauptet wird, daß es sich um zusammenhanglose Ereignisse mit keinerlei Verbindungen handele.

Otto Normalverbraucher wurde beigebracht, daß die großen Ereignisse der Weltgeschichte, einschließlich der historischen Prozesse in den Vereinigten Staaten, aus dem Nichts entstehen und plötzlich, wie durch Magie, zur Wirklichkeit werden. Es gibt keine einzige Gelegenheit, bei der dem Durchschnittsbürger gelehrt wird, daß diese erschütternden Ereignisse mit großer Präzision manipuliert, provoziert und gelenkt wurden, um mit vorab gesetzten Zielen übereinzustimmen.

Die große Verschwörung wurde ihm nie enthüllt, und falls sie zufällig erwähnt wurde, wurde sie lächerlich gemacht wie die Gedankengänge eines Dummkopfes.

Kontrollierte Erziehungsmethoden sind bei derartigen Studien tabu. Die eigentliche Natur von Verträgen und Gesetzen ist dem heutigen Durchschnittsbürger unbekannt. Insbesondere internationale Verträge, bekannt als "treaties", also Staatsverträge und Abkommen, sind ihm völlig fremd. Ihm wird erzählt, sie seien das "Gesetz des Landes". Selbst nur wenige Rechtsanwälte verstehen noch, daß dies *nicht* der Fall ist, und so glaubt unser Durchschnittsbürger, die Ereignisse entstünden quasi in einem Vakuum.

Hätte er das Privileg, die große, mit reichhaltigen Wissensbeständen angefüllte Bibliothek im Britischen Museum zu betreten, um dort zwei Jahre mit Lesen zuzubringen, um all die zurückliegenden Ausgaben der großen Zeitungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zu studieren, die *New York Times*, die *London Times*, den *Daily Telegraph*, *Punch* und *The New Yorker Magazine* - jeweils die Ausgaben ab den frühen 90er Jahren -, dann wäre er erschüttert, daß er fast das gleiche politische Muster vorfindet, wie in der *New York Times*, der *Washington Post* und der *London Times* der jetzigen Jahre.

Noch schockierender wäre seine Entdeckung, wenn er dieselben Klischees lesen würde, die er gerade in den alten Zeitungsausgaben gelesen hätte, und daß sie in ihrer Gestaltung, ihrem Inhalt und Textzusammenhang bemerkenswert ähnlich sind, indem sie die beinahe gleiche Botschaft von Kommunismus, einer Neuen Weltordnung und einer Eine-Welt-Regierung predigen.

Die Sprache ist zwar ein bißchen anders, die Persönlichkeiten ändern sich über die Jahre, aber der Tenor, der Inhalt und der Druck der Propaganda blieb derselbe. Wenn er seine Augen schließen würde und sich den Tenor der Zeitungen von 1910 ab bewußt machen würde, würde er zudem sehen, daß sie den Nachrichten bzw. besser gesagt: der subjektiv verzerrten Kommentierung der Vorgänge aus dem Jahre 2006 oder 2017 bemerkenswert ähnlich sind.

Er würde zu der unvermeidlichen Schlußfolgerung gezwungen sein, daß es Absicht und Zweck war, zuerst einen internationalen Sozialismus zu schaffen und dann den Kommunismus, die die Vorläufersysteme der jetzt angestrebten Neuen Weltordnung sind.

Der forschende Leser wird zweifelsohne darauf kommen, daß einige hochstehende Persönlichkeiten und ihre Unternehmen die Weltgeschichte kontrollieren, auch die Geschehnisse in seinem eigenen Land.

Wenn er tiefer in die Kolonialgeschichte Großbritanniens eindringt, stößt er vielleicht auf den Namen der *British East India Company*, die eine elitäre Machtgruppe war, der es möglich gewesen ist, erstaunliche Ereignisse zu arrangieren.

Man beabsichtigt, in den Vereinigten Staaten den Sozialismus zu etablieren, und zwar mit dem Zweck der Abschaffung der Verfassungen der Bundesstaaten und auch der US-Bundesverfassung. Eines der bemerkenswertesten Ereignisse, welches durch die *British East India Company* hervorgebracht wurde, war die Etablierung des Sozialismus als politisches System. Die *Fabian Society* war ein Produkt der *East India Company (EIC)*.

Die sozialistische *Fabian Society* von London und ihre Führer, Beatrice und Sydney Webb,

Annie Besant, G. D. H. Cole, Ramsey McDonald, Bertrand Russel, H. G. Wells, Thomas Davidson und Henry George, dessen Mutter von der großen Pratt-Familie aus Philadelphia - die wiederum dem *American Liberal Establishment* angehörte - stammte, verdankten ihre Position "der Firma".

Die Pratt-Familie war eng mit dem "Handel" der *East India Company* verbunden und hielt bedeutende finanzielle Anteile an dem Rockefeller *Standard Oil-Imperium*. Beatrice und Sydney Webb gründeten 1895 die *London School of Economics*, die von einigen der wichtigsten Figuren britischer und amerikanischer Politik in Wirtschaft und Regierung besucht wurde.

Unter den ausgezeichneten Absolventen befand sich auch David Rockefeller, zuerst Präsident des *National Republican Club*, Vorsitzender der Rockefeller *Standard Oil Company* und der führende Finanzier des berüchtigten *Institute for Pacific Relations (IPR)*, das ein Zweig der *British East India Company* und des *Komitee der 300* war. Und die Finanzierung der japanischen Attacke auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 lieferte. Er war ebenfalls der Mentor von George Herbert Walker Bush und John F. Kennedy.

Von Interesse ist Beatrice Webb, die dominante Partnerin in diesem Unternehmen. Sie war eine der drei Töchter von Richard Potter, einem reichen Eisenbahnmagnaten, der tief im Okkultismus involviert war, und lebte im Haus ihres Vaters, als sie Webb traf. Ihre Schwester Theresa heiratete Sir Alfred Cripps von der Labor-Regierung Ramsay McDonalds, und die dritte Schwester, Georgina, heiratete Daniel Meinertzhagen, einen mit der *East India Company* verbundenen Banker.

Richard Potter mußte nicht arbeiten und verbrachte seine Zeit damit, in die Untiefen des Okkultismus abzutauchen. Er war von okkultur Theorie und Praxis durchdrungen, und es wird vermutet, daß er der zentrale Charakter des Kinderhexenbuchs *Harry Potter* ist, das wie aus dem Nichts plötzlich die Spitzenposition der Bestsellerlisten erklomm, also ein Riesenerfolg wurde.

Soweit uns bekannt geworden ist, wurde die Geschichte Richard Potters vom *Tavistock-Institut* aufgearbeitet und dann an einen unbekanntem Schriftsteller weitergereicht, der sie dann geschrieben und ausgefeilt hat.

Viele der oben genannten Ziele, die ich zuerst 1991 aufzählte, wurden inzwischen erreicht oder sind auf dem besten Weg dazu, erreicht zu werden. Von speziellem Interesse am Programm des *Komitees der 300* ist der Kern seiner wirtschaftlichen Politik, die im Großen und Ganzen auf den Lehren von Malthus beruht, dem Sohn eines englischen Landpfarrers, der durch die *British East India Company (BEIC)* prominent gemacht wurde, und nach deren Vorbild das *Komitee der 300* geformt ist.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 14 (x343/17-21): >>Von der amerikanischen zur islamischen Kanzlerin

_ von Jürgen Elsässer

Noch nie gab es in Deutschland einen Regierungschef, der US-höriger war als Angela Merkel. Doch seit Donald Trump im Weißen Haus residiert, hört man aus Berlin energische Widerworte. Zu den Streitpunkten gehört die Masseneinwanderung, an der die Christdemokratin unbedingt festhalten will.

... Grund ihrer Frustration war die Weigerung Trumps, in der Abschlusserklärung die üblichen politisch korrekten Sprechblasen mitzutragen: das Bekenntnis zu offenen Grenzen, zum unregulierten Freihandel und zum sogenannten Klimaschutz. Diese Zielsetzungen waren auf früheren Zusammenkünften maßgeblich von Merkel und dem damaligen US-Präsidenten Barack Obama vorangetrieben worden.

Trump hatte bereits im Wahlkampf angekündigt, daß er in diesen drei Punkten nicht mitziehen wolle, da sie den nationalen Interessen der Vereinigten Staaten widersprächen.

Die Kanzlerin hingegen hält dogmatisch an der globalistischen Agenda fest, was sie in den

Augen der weltweiten Eliten zur neuen Führerin des Westens prädestiniert. Bereits nach Trumps Wahlsieg im November 2016 wurden ihr Lorbeerkränze geflochten. Die New York Times titelte:

"Während Obama die Weltbühne verläßt, mag Angela Merkel die letzte Verteidigerin des liberalen Westens sein." Und das Finanzportal Bloomberg schrieb: "Angesichts einer isolationistischen USA ... ragt die 62-jährige Merkel als Leuchtfeuer liberaler, westlicher Autorität hervor wie nie zuvor." ...

Rechtsbrecherin Merkel

"Was Merkel getan hat, ist geisteskrank", sagte Trump bereits während seines Wahlkampfes über die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin, und eines seiner stärksten Argumente gegen seine Gegenkandidatin war, daß "Hillary Clinton Amerikas Angela Merkel werden will". Tatsächlich hat die Christdemokratin mit ihrer Grenzöffnung am 4. September 2015 den ihr anvertrauten Staat und das Volk unerhörten Gefahren ausgesetzt.

Obwohl die Refugees-welcome-Politik eindeutig dem Grundgesetz widerspricht, gab es keine vorherige Beratung im Regierungskreis, die Sicherheitsbehörden wurden ebenso wenig konsultiert. Horst Seehofer beschwerte sich später, nicht einmal per Telefon informiert worden zu sein. Später rechtfertigte sie sich:

"Es gibt Situationen, in denen muß entschieden werden." (FAZ, 16.9.2015) Die passivische Formulierung verdeckt: Sie war es, sie allein, die entschied.

Auf Nachfragen zu den schnell explodierenden Asylzahlen bekannte die ansonsten kirchenferne Frau in den Folgewochen: "Der Herrgott hat mir diese Aufgabe auf den Tisch gelegt." Als Seehofer sie wegen der unabgesprochenen Grenzöffnung rüffelte, flippte sie regelrecht aus: "Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, daß wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land."

Besonders schockierend war, daß sie nach einem Finanzstreit mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gesagt haben soll: "Ich glaube, der Tötungsvorgang ist im Gange." (FAZ, 19.9.2015, S. 3) Welchen Herrgott rief sie an, welchem Land entzog die Allernädigste ihre Gunst, welchen Tötungsvorgang wollte sie in Gang setzen? Oder anders gesagt: Kann man solchen Worten noch irgendwelche Rationalität unterstellen, und sei es die der Herrschaftssicherung, oder ist diese Person - wie Trump sagt - tatsächlich verrückt geworden?

Die letzten Monate des Jahres 2015 erinnerten auf unheilvolle Weise an den Beginn der Nazi-Diktatur, wenn auch unter entgegengesetzten Vorzeichen: Nicht Nationalsozialismus, sondern antinationaler Sozialismus scheint als Merkels Ziel auf - die Verteilung der Reichtümer Deutschlands an die ganze Welt. Auch ansonsten gibt es erschreckende Parallelen.

Man lese den Aufsatz Carl Schmitts mit dem Titel "Der Führer schützt das Recht" aus dem Jahre 1934; der Staatsrechtler billigte Adolf Hitler darin uneingeschränkte Machtbefugnisse zu, solange das Vaterland durch "die Denkweise eines liberalen "Rechtsstaats" gelähmt" sei, indem er "im Augenblick der Gefahr kraft seines Führertums als oberster Gerichtsherr unmittelbar Recht schafft".

Ein Burkaverbot hat in der Union keine Mehrheit, geschweige denn ein Kopftuchverbot.

In dem vor Kurzem erschienenen Buch des Welt-Journalisten Robin Alexander mit dem irreführenden Titel Die Getriebenen finden sich immer wieder Belege, daß Merkel gerade nicht kopflos-getrieben, sondern kalkuliert handelte. Ein Beispiel dafür waren die Verhandlungen um den Asylpakt EU-Türkei am 6. März 2016 in Brüssel.

Zwar ist der Kern des Abkommens bekannt - die Türkei nimmt aus Griechenland abgeschobene Illegale zurück, darf aber im Gegenzug dieselbe Anzahl an Flüchtlingen ins Flugzeug nach Deutschland setzen, und wir dürfen das auch noch bezahlen -, aber Alexander verweist auf eine geheime Zusatzklausel, die durch mehrere Teilnehmer bezeugt wird: Merkel hat zugestimmt, daß "zwischen 150.000 und 250.000 Flüchtlinge ... pro Jahr aus der Türkei nach

Europa umgesiedelt werden".

Und weiter: "Das türkische Innenministerium erstellt eine Liste mit den Namen von Flüchtlingen, die aus seiner Sicht in die EU weiterreisen dürfen. ... Akademiker oder Facharbeiter sind auf der Liste allerdings nicht verzeichnet. Qualifizierte Flüchtlinge will die Türkei nämlich behalten.

... Zum ersten Mal entscheiden nicht deutsche Beamte oder Richter, wer in Deutschland Schutz bekommt - sondern ein fremder Staat, der selbst Oppositionelle verfolgt."

Kurskorrektur auf dem Papier

Im Bundestagswahlkampf bemüht sich Merkel um kosmetische Korrekturen ihrer Einwanderungspolitik: Ihren berüchtigten Satz "Wir schaffen das", den sie 2015/2016 zigmal öffentlich intonierte, hat sie im laufenden Jahr nicht wiederholt. Die Antiterrorereinsätze der Sicherheitsbehörden wurden sichtlich intensiviert, und Bundesinnenminister Thomas de Maizière durfte sogar Thesen zur deutschen Leitkultur aufwärmen. "Wir sind nicht Burka", verkündete er vollmundig in der Bild am Sonntag.

Aber das waren nur Worte. In der Realität hat sich nichts geändert. Ein Burkaverbot hat in der Union keine Mehrheit, geschweige denn ein Kopftuchverbot. Die von der CSU geforderte Obergrenze für Einwanderung lehnt Merkel ab, und die im Kabinett tatsächlich beschlossenen Abschiebungen nach Afghanistan finden in der Realität nicht statt.

Besonders bezeichnend: Der CDU-Parteitag im Dezember 2016 beschloß zwar ein Ende des von Erdogan-Türken weidlich ausgenutzten Doppelpaß-Unwesens - aber diese Forderung taucht im Bundestagswahlprogramm der CDU nicht auf. Kein Wunder: Derselbe Parteitag bestätigte Merkel, die den Doppelpaß verteidigt, mit einem Honecker-Ergebnis in ihrem Spitzenamt. Ihre oberste Priorität bleibt das Postulat: "Der Islam gehört zu Deutschland."<<

Der russische Internetsender "PRAVDA TV" berichtete am 25. Februar 2018 (x1.147/...):
>>**Neue Weltordnung: Deutschland hat noch immer keinen Friedensvertrag und finanziert US-Truppen im eigenen Land**

Auch 28 Jahre nach der Wiedervereinigung ist der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland nicht endgültig geklärt, da ein Friedensvertrag fehlt.

Der russische Sicherheitsexperte Alexej Fenenko gab der Nachrichtenagentur RIA Novosti bereits vor 8 Jahren zu dieser Frage ein bemerkenswertes Interview, das natürlich im politisch korrekten Deutschland damals wie heute kein Gehör fand. Deshalb möchten wir an dieser Stelle noch einmal darauf eingehen.

Die Russische Agentur für internationale Informationen RIA Novosti veröffentlichte ein Interview mit dem Sicherheitsexperten Alexej Fenenko zur Frage der deutschen Wiedervereinigung. Politisch völlig unkorrekt sprach dieser auch darüber, daß Deutschland noch immer keinen Friedensvertrag mit den Alliierten habe. Hier Auszüge:

Alexej Fenenko: "Die Wiedervereinigung Deutschlands ist ein sehr interessantes Ereignis. Die Berliner Mauer fiel im November 1989. Die Wiedervereinigung geschah erst ein Jahr später - im Oktober 1990, weil dies nicht nur das Problem Deutschlands, sondern aller Siegermächte gewesen war. Es gab zwei Varianten der späteren Wiedervereinigung Deutschlands. Bei den 'Zwei-plus-Vier-Gesprächen' hätten sich zwei deutsche Staaten an den Verhandlungstisch setzen und die Bedingungen der Wiedervereinigung ausarbeiten müssen. Vier Siegermächte hätten sich anschließen müssen.

Bei den 'Vier-plus-Zwei-Gesprächen' sollten die vier Siegermächte die Bedingungen ausarbeiten. Die zwei deutschen Staaten sollten sich anschließen. Großbritannien und Frankreich bestanden auf der zweiten Variante. Sie waren über ein vereinigtes Deutschland sehr beunruhigt. US-Präsident George Bush verhielt sich neutral, weil er die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland nicht verschlechtern wollte.

Nur Michail Gorbatschow, Präsident der Sowjetunion, unterstützte die Idee der 'Zwei-plus-

Vier-Verhandlungen" beim Treffen in Schelesnogorsk im Sommer 1990.

Dort wurde beschlossen, daß die Wiedervereinigung nach dem 'Zwei-plus-Vier-Schema' verlaufen wird. Die USA unterstützten sofort diese Idee und zwangen Frankreich und Großbritannien dazu, diese Variante zu unterstützen." (Zwei-plus-Vier-Vertrag: "Wir wollten ja keinen Friedensvertrag")

Alexej Fenenko: "Durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag, der von den zwei deutschen Staaten sowie den vier Siegermächten am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet wurde, wurden alle Probleme geregelt. Nach der Unterzeichnung dieses Vertrags wurde die vollständige Souveränität Deutschlands wiederhergestellt: Die Siegermächte verzichteten auf ihre territorialen Ansprüche in Deutschland. Deutschland garantierte seinerseits, daß seine Grenzen endgültig seien. Dennoch blieben zwei Probleme ungelöst.

Erstens ist der Zwei-plus-Vier-Vertrag aus juristischer Sicht kein Friedensvertrag. Bislang haben weder Rußland noch die Westmächte einen Friedensvertrag mit Deutschland. Zweitens wurden nach dem Bonner Vertrag von 1952 vier Einschränkungen der deutschen Souveränität beschlossen: das Verbot von Referenden zu militärpolitischen Fragen, Verbot des Anspruchs auf den Abzug der alliierten Truppen vor der Unterzeichnung des Friedensvertrags.

Zudem wurde die Beschlußfassung vor den Beratungen mit den Siegermächten sowie die Entwicklung einzelner Bestandteile der Streitkräfte, darunter der Massenvernichtungswaffe, verboten. Diese Einschränkungen wurden vom Zwei-plus-Vier-Vertrag nicht abgeschafft und gelten offiziell bis heute."

"... deutsche Politik kontrollieren ..."

Alexej Fenenko: "Anfang der 1990er Jahre hatten Großbritannien und Frankreich Angst vor Deutschland. Erinnerungswert sind einige interessante Tatsachen aus der neusten Geschichte Deutschlands. Als Jugoslawien 1991 zerfiel, erkannte Deutschland einseitig die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens an. Frankreich und Großbritannien stimmten dieser Entscheidung nicht zu.

Im Gegenzug drohte Deutschland mit dem Ausstieg aus der Europäischen Gemeinschaft. Danach überredeten Paris und London den US-Präsidenten Bill Clinton, die US-Militärpräsenz in Deutschland um jeden Preis zu erhalten, um die deutsche Politik zu kontrollieren ... Man muß erneut betonen, daß der Zwei-plus-Vier-Vertrag aus juristischer Sicht kein Friedensvertrag ist. Theoretisch hat Berlin immer die Möglichkeit, sich an den Verhandlungstisch zu setzen und seine außenpolitischen Verpflichtungen zu erörtern."

BRD finanziert US-Truppen im eigenen Land

Imperialer Krieg ist der Terminus für jenen Krieg der imperialen NATO unter Führung der USA, der seit 1991 seine grausame Spur aus Massenmord, Terror, Folter, Hunger und sozialem Elend rund um den Globus zieht, von Irak über Jugoslawien, von Afghanistan über Libyen weiter nach Syrien, den Iran bereits im Visier und weiterer Konfliktregionen.

Für diese imperiale Entwicklung inklusive Totalüberwachung verwendet der bürgerliche Mainstream in jüngster Zeit die Bezeichnung "der geheime Krieg", was im Grunde die selbe internationale Entwicklung zu fassen sucht, jedoch anders konnotiert.

"Geheim" ist dieser Krieg nicht wirklich. Vielmehr versäumten es die Medien des NATO-treuen Mainstreams in der Vergangenheit ganz bewußt, die internationale Entwicklung rund um die, durch die USA postulierte, Neue Weltordnung (NWO) zu thematisieren.

Krieg, Terror, Weltherrschaft

Was gestern jedoch mitunter noch ins Reich der "Verschwörungstheorie" verbannt wurde, hat mittlerweile den breiten gesellschaftlichen Diskurs erreicht. Da dies in erster Linie das Verdienst der alternativen Presse ist, gilt es für die Medien des imperialen Mainstreams, wieder Glaubwürdigkeit zurück zu erlangen (Deutschland: Versteckte Besatzung - Sie finanzieren den "geheimen Krieg" der USA mit!).

Vor allem die Existenz der NATO ist alles andere als geheim. Auch der Umbau der NATO in der 90er Jahren von einem reinen "Verteidigungsbündnis" zur globalen Streitmacht vollzog sich in aller Öffentlichkeit.

Ebenso ist es kein Geheimnis, daß die Bundesrepublik Deutschland aus Steuermitteln erheblich zur Finanzierung der NATO beiträgt und die BRD übersät ist mit militärischen Einrichtungen der USA, darunter auch Spionage- und Abhörzentren, und Deutschland zudem ein zentraler US/NATO-Standort für Kriegslogistik ist.

Wir identifizieren heute jenes Imperium, ökonomisch durch das international organisierte Kapital, die imperiale Oligarchie kontrolliert, politisch durch die USA geführt, militärisch im Ausbau der NATO zur globalen Gewalt konstituiert, ideologisch durch den Zionismus geprägt und in Europa über den undemokratischen Zentralismus der Institution EU (Europäische Union) vermittelt.

Wer wollte, konnte bereits seit langem über die internationale Entwicklung informiert sein. Die neue Qualität der aktuellen Enthüllungen durch den Bürgerrechtler und Whistleblower Edward Snowden, der auf der Flucht vor dem US-Regime politisches Asyl in Rußland gefunden hat, besteht vor allem darin, daß die Weltöffentlichkeit in Sachen Totalüberwachung jetzt über juristisch verwertbare Informationen und Dokumente verfügt und der antifaschistische Widerstand somit in der Lage ist, den NATO-Mainstream mit harten, justiziablen Fakten zu konfrontieren.

Deutsche Steuergelder für den globalen Imperialismus

Warum sprechen wir von der imperialen Entwicklung bzw. von imperialer NATO? Weil die Qualität bzw. Entwicklungsstufe des Imperialismus heute eine andere ist, als noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Erster und zweiter Weltkrieg, im Grunde zwei Waffengänge ein und desselben kapitalistischen Krieges, bedeuteten die Entscheidungsschlacht für die Vorherrschaft unter den westlichen rivalisierenden imperialistischen Staaten. Im Nachgang dieses Krieges hat sich die imperiale Oligarchie unter Führung des anglo-amerikanischen Kapitals als transnationales Subjekt herausgebildet - und das unterlegene deutsche Kapital in seine Strukturen integriert.

In zwei Artikeln im Jahre 2013 thematisiert die Süddeutsche Zeitung, für eine bürgerliche Zeitung überraschend offen, die Involvierung und Finanzierung Deutschlands in Sachen Totalüberwachung und "geheimer Krieg".

So lesen wir dort: "Wenn die Amerikaner in Deutschland neue Basen bauen, zahlt der Bund drauf. Das kostet die deutschen Steuerzahler Hunderte Millionen Euro. Grund dafür ist ein jahrzehntealtes Abkommen. Die Bundesregierung sieht keinen Änderungsbedarf. ...

Unter diesem Etat hat die Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren 598 Millionen Euro Subventionen an die Amerikaner abgerechnet. Doch das sind nicht die einzigen Kosten: Addiert man die Summe der Ausgaben für die US-Streitkräfte im Bundeshaushalt zwischen 2003 und 2012, erhält man etwa eine Milliarde Euro.

Der deutsche Steuerzahler trägt so dazu bei, die amerikanische Militärinfrastruktur für den geheimen Krieg aufzubauen. Von US-Basen in Deutschland werden Drohnenangriffe in Afrika koordiniert, die Geheimdienste sind im Land aktiv - und private US-Konzerne helfen ihnen. ...

Hinzu kommen Subventionen für den Umzug der amerikanischen Luftwaffe von Frankfurt nach Ramstein und Spangdahlem in Höhe von 70 Millionen Euro sowie Steuer- und Zollvergünstigungen in unbekannter Höhe."

Trotz allem, was die Weltöffentlichkeit und insbesondere auch Deutschland in den vergangenen Jahren über die imperiale Totalüberwachung erfahren mußte, geht der Ausbau US-amerikanischer militärischer und geheimdienstlicher Infrastruktur in Deutschland weiter.

Und daß auch noch deutsche Steuergelder in die aggressive Präsenz der Besatzungsmacht

USA gepumpt werden, setzt all dem noch die Krone der Absurdität auf.

Dies verdeutlicht auch einmal mehr den transnationalen Charakter der imperialen Entwicklung. Die Bundesrepublik Deutschland agiert hier nicht als souveräner Staat nach den Normen des internationalen Völkerrechts, sondern als willfähriger Kollaborateur und Mittäter bei der Durchsetzung der NWO.

Dies nimmt insofern nicht Wunder, da Deutschland bis heute immer noch ein Friedensvertrag vorenthalten wird.

1949 vollzogen die USA die Teilung Deutschlands, indem sie die BRD gründeten. Mit der Annexion der DDR durch den US-Vasallen BRD im Jahr 1990 steht die Forderung nach einem Friedensvertrag wieder auf der Tagesordnung.

Deutschland war und ist Kriegsteilnehmer

Daß die BRD unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Außenminister Joschka Fischer (Grüne) im Jahre 2003 die Entsendung deutscher Truppen in den Krieg gegen Irak "verweigerte", wird mitunter als Beleg dafür herangezogen, daß Deutschland eben doch souverän sei.

Tatsächlich war die Beteiligung Deutschlands an diesem Krieg, namentlich Deutschland als zentraler Kriegslogistik-Standort, für die erfolgreiche Durchführung des US/NATO-Krieges entscheidend.

Während die sog. "Koalition der Willigen" rein kosmetischen Charakter hatte, ohne wirkliche strategische Bedeutung für die Kampfhandlungen (mit Ausnahme der britischen Truppen), und der medialen Propaganda dazu diente, von der Völkerrechtswidrigkeit des Irak-Krieges abzulenken, war die Verlässlichkeit der Logistik und Nachschubwege aus Deutschland essentiell. Ohne diese wäre der Krieg für die USA nicht durchführbar gewesen.

Erinnern wir uns: Am 15.02.2003 fand in Berlin mit mehreren hunderttausend Teilnehmern eine der größten Friedensdemonstrationen in der BRD statt. Die Entsendung deutscher Soldaten in den Krieg gegen den Irak hätte die Friedensbewegung weiter gestärkt und das politische Gefüge in der BRD erschüttert. Mit der Folge, daß Deutschlands eigentliche und unverzichtbare Rolle als US/NATO-Aufmarschplatz ebenso hinterfragt und gefährdet worden wäre.

Also hat man die Politikdarsteller Schröder und Fischer als Friedensengel posieren lassen, um die kritischen Stimmen gegen den Krieg zu besänftigen und den Widerstand abzuwürgen.

Für Demokraten und Antiimperialisten stellt sich die Frage, was angesichts der heutigen Realität rund um Totalüberwachung und imperialem Krieg, mithin der Entwicklung der europäischen Nachkriegsordnung und darüber hinaus im globalen Rahmen, die angezeigte politische Position ist?

Drehbuch für den 3. Weltkrieg - Der Weg in die Weltdiktatur

Es läßt sich eine klare Frontlinie identifizieren; unabhängig von allen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen im Detail, stehen die Staaten und ihre Bürger am Scheideweg zwischen globalem Imperialismus und der Desintegration der bürgerlich demokratischen Republiken bis hin zur imperialen Diktatur - oder Rückbesinnung und Verteidigung der Normen des internationalen Völkerrechts.

Die Stimmen gegen den Imperialismus und seine Verbrechen werden zahlreicher, gleichwohl existiert in Deutschland keine politische Kraft gegen die imperiale Entwicklung.

Ein breites demokratisches, antiimperialistisches Forum ist jedoch unabdingbar als handlungsfähige Organisation zur Durchsetzung der grundlegenden Forderungen bzw. Ziele.

Will man sich aus der Neuen Weltordnung ausklinken und nicht eines Tages in der imperialen Diktatur aufwachen, führt an diesen Punkten als Minimalkonsens kein Weg vorbei:

- Austritt aus der NATO und Abzug aller US-Truppen aus Deutschland und Europa
- Friedensvertrag nach dem internationalen Völkerrecht
- Auflösung der imperialen Institution EU und Neuordnung Europas auf der Grundlage des

internationalen Völkerrechts ...<<

Der russische Internetsender "PRAVDA TV" berichtet am 25. Februar 2018 (x1.147/...):

>>Neue Weltordnung: Deutschland hat noch immer keinen Friedensvertrag und finanziert US-Truppen im eigenen Land

Auch 28 Jahre nach der Wiedervereinigung ist der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland nicht endgültig geklärt, da ein Friedensvertrag fehlt.

Der russische Sicherheitsexperte Alexej Fenenko gab der Nachrichtenagentur RIA Novosti bereits vor 8 Jahren zu dieser Frage ein bemerkenswertes Interview, das natürlich im politisch korrekten Deutschland damals wie heute kein Gehör fand. Deshalb möchten wir an dieser Stelle noch einmal darauf eingehen.

Die Russische Agentur für internationale Informationen RIA Novosti veröffentlichte ein Interview mit dem Sicherheitsexperten Alexej Fenenko zur Frage der deutschen Wiedervereinigung. Politisch völlig unkorrekt sprach dieser auch darüber, daß Deutschland noch immer keinen Friedensvertrag mit den Alliierten habe. Hier Auszüge:

Alexej Fenenko: "Die Wiedervereinigung Deutschlands ist ein sehr interessantes Ereignis. Die Berliner Mauer fiel im November 1989. Die Wiedervereinigung geschah erst ein Jahr später - im Oktober 1990, weil dies nicht nur das Problem Deutschlands, sondern aller Siegermächte gewesen war. Es gab zwei Varianten der späteren Wiedervereinigung Deutschlands. Bei den 'Zwei-plus-Vier-Gesprächen' hätten sich zwei deutsche Staaten an den Verhandlungstisch setzen und die Bedingungen der Wiedervereinigung ausarbeiten müssen. Vier Siegermächte hätten sich anschließen müssen.

Bei den 'Vier-plus-Zwei-Gesprächen' sollten die vier Siegermächte die Bedingungen ausarbeiten. Die zwei deutschen Staaten sollten sich anschließen. Großbritannien und Frankreich bestanden auf der zweiten Variante. Sie waren über ein vereinigtes Deutschland sehr beunruhigt. US-Präsident George Bush verhielt sich neutral, weil er die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland nicht verschlechtern wollte.

Nur Michail Gorbatschow, Präsident der Sowjetunion, unterstützte die Idee der 'Zwei-plus-Vier-Verhandlungen' beim Treffen in Schelesnogorsk im Sommer 1990.

Dort wurde beschlossen, daß die Wiedervereinigung nach dem 'Zwei-plus-Vier-Schema' verlaufen wird. Die USA unterstützten sofort diese Idee und zwangen Frankreich und Großbritannien dazu, diese Variante zu unterstützen." (Zwei-plus-Vier-Vertrag: "Wir wollten ja keinen Friedensvertrag")

Alexej Fenenko: "Durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag, der von den zwei deutschen Staaten sowie den vier Siegermächten am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet wurde, wurden alle Probleme geregelt. Nach der Unterzeichnung dieses Vertrags wurde die vollständige Souveränität Deutschlands wiederhergestellt: Die Siegermächte verzichteten auf ihre territorialen Ansprüche in Deutschland. Deutschland garantierte seinerseits, daß seine Grenzen endgültig seien. Dennoch blieben zwei Probleme ungelöst.

Erstens ist der Zwei-plus-Vier-Vertrag aus juristischer Sicht kein Friedensvertrag. Bislang haben weder Rußland noch die Westmächte einen Friedensvertrag mit Deutschland. Zweitens wurden nach dem Bonner Vertrag von 1952 vier Einschränkungen der deutschen Souveränität beschlossen: das Verbot von Referenden zu militärpolitischen Fragen, Verbot des Anspruchs auf den Abzug der alliierten Truppen vor der Unterzeichnung des Friedensvertrags.

Zudem wurde die Beschlußfassung vor den Beratungen mit den Siegermächten sowie die Entwicklung einzelner Bestandteile der Streitkräfte, darunter der Massenvernichtungswaffe, verboten. Diese Einschränkungen wurden vom Zwei-plus-Vier-Vertrag nicht abgeschafft und gelten offiziell bis heute."

"... deutsche Politik kontrollieren ..."

Alexej Fenenko: "Anfang der 1990er Jahre hatten Großbritannien und Frankreich Angst vor

Deutschland. Erinnerungswert sind einige interessante Tatsachen aus der neusten Geschichte Deutschlands. Als Jugoslawien 1991 zerfiel, erkannte Deutschland einseitig die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens an. Frankreich und Großbritannien stimmten dieser Entscheidung nicht zu.

Im Gegenzug drohte Deutschland mit dem Ausstieg aus der Europäischen Gemeinschaft. Danach überredeten Paris und London den US-Präsidenten Bill Clinton, die US-Militärpräsenz in Deutschland um jeden Preis zu erhalten, um die deutsche Politik zu kontrollieren ... Man muß erneut betonen, daß der Zwei-plus-Vier-Vertrag aus juristischer Sicht kein Friedensvertrag ist. Theoretisch hat Berlin immer die Möglichkeit, sich an den Verhandlungstisch zu setzen und seine außenpolitischen Verpflichtungen zu erörtern."

BRD finanziert US-Truppen im eigenen Land

Imperialer Krieg ist der Terminus für jenen Krieg der imperialen NATO unter Führung der USA, der seit 1991 seine grausame Spur aus Massenmord, Terror, Folter, Hunger und sozialem Elend rund um den Globus zieht, von Irak über Jugoslawien, von Afghanistan über Libyen weiter nach Syrien, den Iran bereits im Visier und weiterer Konfliktregionen.

Für diese imperiale Entwicklung inklusive Totalüberwachung verwendet der bürgerliche Mainstream in jüngster Zeit die Bezeichnung "der geheime Krieg", was im Grunde die selbe internationale Entwicklung zu fassen sucht, jedoch anders konnotiert.

"Geheim" ist dieser Krieg nicht wirklich. Vielmehr versäumten es die Medien des NATO-treuen Mainstreams in der Vergangenheit ganz bewußt, die internationale Entwicklung rund um die, durch die USA postulierte, Neue Weltordnung (NWO) zu thematisieren.

Krieg, Terror, Weltherrschaft

Was gestern jedoch mitunter noch ins Reich der "Verschwörungstheorie" verbannt wurde, hat mittlerweile den breiten gesellschaftlichen Diskurs erreicht. Da dies in erster Linie das Verdienst der alternativen Presse ist, gilt es für die Medien des imperialen Mainstreams, wieder Glaubwürdigkeit zurück zu erlangen (Deutschland: Versteckte Besatzung - Sie finanzieren den "geheimen Krieg" der USA mit!).

Vor allem die Existenz der NATO ist alles andere als geheim. Auch der Umbau der NATO in der 90er Jahren von einem reinen "Verteidigungsbündnis" zur globalen Streitmacht vollzog sich in aller Öffentlichkeit.

Ebenso ist es kein Geheimnis, daß die Bundesrepublik Deutschland aus Steuermitteln erheblich zur Finanzierung der NATO beiträgt und die BRD übersät ist mit militärischen Einrichtungen der USA, darunter auch Spionage- und Abhörzentren, und Deutschland zudem ein zentraler US/NATO-Standort für Kriegslogistik ist.

Wir identifizieren heute jenes Imperium, ökonomisch durch das international organisierte Kapital, die imperiale Oligarchie kontrolliert, politisch durch die USA geführt, militärisch im Ausbau der NATO zur globalen Gewalt konstituiert, ideologisch durch den Zionismus geprägt und in Europa über den undemokratischen Zentralismus der Institution EU (Europäische Union) vermittelt.

Wer wollte, konnte bereits seit langem über die internationale Entwicklung informiert sein. Die neue Qualität der aktuellen Enthüllungen durch den Bürgerrechtler und Whistleblower Edward Snowden, der auf der Flucht vor dem US-Regime politisches Asyl in Rußland gefunden hat, besteht vor allem darin, daß die Weltöffentlichkeit in Sachen Totalüberwachung jetzt über juristisch verwertbare Informationen und Dokumente verfügt und der antifaschistische Widerstand somit in der Lage ist, den NATO-Mainstream mit harten, justiziablen Fakten zu konfrontieren.

Deutsche Steuergelder für den globalen Imperialismus

Warum sprechen wir von der imperialen Entwicklung bzw. von imperialer NATO? Weil die Qualität bzw. Entwicklungsstufe des Imperialismus heute eine andere ist, als noch in der ers-

ten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Erster und zweiter Weltkrieg, im Grunde zwei Waffengänge ein und desselben kapitalistischen Krieges, bedeuteten die Entscheidungsschlacht für die Vorherrschaft unter den westlichen rivalisierenden imperialistischen Staaten. Im Nachgang dieses Krieges hat sich die imperiale Oligarchie unter Führung des anglo-amerikanischen Kapitals als transnationales Subjekt herausgebildet - und das unterlegene deutsche Kapital in seine Strukturen integriert.

In zwei Artikeln im Jahre 2013 thematisiert die Süddeutsche Zeitung, für eine bürgerliche Zeitung überraschend offen, die Involvierung und Finanzierung Deutschlands in Sachen Totalüberwachung und "geheimer Krieg".

So lesen wir dort: "Wenn die Amerikaner in Deutschland neue Basen bauen, zahlt der Bund drauf. Das kostet die deutschen Steuerzahler Hunderte Millionen Euro. Grund dafür ist ein jahrzehntealtes Abkommen. Die Bundesregierung sieht keinen Änderungsbedarf. ...

Unter diesem Etat hat die Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren 598 Millionen Euro Subventionen an die Amerikaner abgerechnet. Doch das sind nicht die einzigen Kosten: Addiert man die Summe der Ausgaben für die US-Streitkräfte im Bundeshaushalt zwischen 2003 und 2012, erhält man etwa eine Milliarde Euro.

Der deutsche Steuerzahler trägt so dazu bei, die amerikanische Militärinfrastruktur für den geheimen Krieg aufzubauen. Von US-Basen in Deutschland werden Drohnenangriffe in Afrika koordiniert, die Geheimdienste sind im Land aktiv - und private US-Konzerne helfen ihnen. ...

Hinzu kommen Subventionen für den Umzug der amerikanischen Luftwaffe von Frankfurt nach Ramstein und Spangdahlem in Höhe von 70 Millionen Euro sowie Steuer- und Zollvergünstigungen in unbekannter Höhe."

Trotz allem, was die Weltöffentlichkeit und insbesondere auch Deutschland in den vergangenen Jahren über die imperiale Totalüberwachung erfahren mußte, geht der Ausbau US-amerikanischer militärischer und geheimdienstlicher Infrastruktur in Deutschland weiter.

Und daß auch noch deutsche Steuergelder in die aggressive Präsenz der Besatzungsmacht USA gepumpt werden, setzt all dem noch die Krone der Absurdität auf.

Dies verdeutlicht auch einmal mehr den transnationalen Charakter der imperialen Entwicklung. Die Bundesrepublik Deutschland agiert hier nicht als souveräner Staat nach den Normen des internationalen Völkerrechts, sondern als willfähriger Kollaborateur und Mittäter bei der Durchsetzung der NWO.

Dies nimmt insofern nicht Wunder, da Deutschland bis heute immer noch ein Friedensvertrag vorenthalten wird.

1949 vollzogen die USA die Teilung Deutschlands, indem sie die BRD gründeten. Mit der Annexion der DDR durch den US-Vasallen BRD im Jahr 1990 steht die Forderung nach einem Friedensvertrag wieder auf der Tagesordnung.

Deutschland war und ist Kriegsteilnehmer

Daß die BRD unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Außenminister Joschka Fischer (Grüne) im Jahre 2003 die Entsendung deutscher Truppen in den Krieg gegen Irak "verweigerte", wird mitunter als Beleg dafür herangezogen, daß Deutschland eben doch souverän sei.

Tatsächlich war die Beteiligung Deutschlands an diesem Krieg, namentlich Deutschland als zentraler Kriegslogistik-Standort, für die erfolgreiche Durchführung des US/NATO-Krieges entscheidend.

Während die sog. "Koalition der Willigen" rein kosmetischen Charakter hatte, ohne wirkliche strategische Bedeutung für die Kampfhandlungen (mit Ausnahme der britischen Truppen), und der medialen Propaganda dazu diente, von der Völkerrechtswidrigkeit des Irak-Krieges abzulenken, war die Verlässlichkeit der Logistik und Nachschubwege aus Deutschland essenti-

ell. Ohne diese wäre der Krieg für die USA nicht durchführbar gewesen.

Erinnern wir uns: Am 15.02.2003 fand in Berlin mit mehreren hunderttausend Teilnehmern eine der größten Friedensdemonstrationen in der BRD statt. Die Entsendung deutscher Soldaten in den Krieg gegen den Irak hätte die Friedensbewegung weiter gestärkt und das politische Gefüge in der BRD erschüttert. Mit der Folge, daß Deutschlands eigentliche und unverzichtbare Rolle als US/NATO-Aufmarschplatz ebenso hinterfragt und gefährdet worden wäre.

Also hat man die Politikdarsteller Schröder und Fischer als Friedensengel posieren lassen, um die kritischen Stimmen gegen den Krieg zu besänftigen und den Widerstand abzuwürgen.

Für Demokraten und Antiimperialisten stellt sich die Frage, was angesichts der heutigen Realität rund um Totalüberwachung und imperialem Krieg, mithin der Entwicklung der europäischen Nachkriegsordnung und darüber hinaus im globalen Rahmen, die angezeigte politische Position ist?

Drehbuch für den 3. Weltkrieg - Der Weg in die Weltdiktatur

Es läßt sich eine klare Frontlinie identifizieren; unabhängig von allen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen im Detail, stehen die Staaten und ihre Bürger am Scheideweg zwischen globalem Imperialismus und der Desintegration der bürgerlich demokratischen Republiken bis hin zur imperialen Diktatur - oder Rückbesinnung und Verteidigung der Normen des internationalen Völkerrechts.

Die Stimmen gegen den Imperialismus und seine Verbrechen werden zahlreicher, gleichwohl existiert in Deutschland keine politische Kraft gegen die imperiale Entwicklung.

Ein breites demokratisches, antiimperialistisches Forum ist jedoch unabdingbar als handlungsfähige Organisation zur Durchsetzung der grundlegenden Forderungen bzw. Ziele.

Will man sich aus der Neuen Weltordnung ausklinken und nicht eines Tages in der imperialen Diktatur aufwachen, führt an diesen Punkten als Minimalkonsens kein Weg vorbei:

- Austritt aus der NATO und Abzug aller US-Truppen aus Deutschland und Europa
- Friedensvertrag nach dem internationalen Völkerrecht
- Auflösung der imperialen Institution EU und Neuordnung Europas auf der Grundlage des internationalen Völkerrechts ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 2. März 2018 (x1.000/...):
>>Kriege durch mediale Meinungsmache vorbereitet

... In seinem erschütternden Bestseller "Wie Medien Krieg machen" schildert der ARD-Kriegsreporter Marko Josilo, wie Politiker und Journalisten einem gemeinsamen verborgenen Plan zu folgen scheinen.

Für ihn als Insider sei das Vertrauen in die Medien schwer angeschlagen. Spätestens die weltweite Berichterstattung der Mainstream-Medien im Konflikt um die Ukraine habe gezeigt, daß diese Medien nicht unabhängig und politisch neutral berichten. Er beweist anhand von Fakten, daß die Kriege im Irak, in Jugoslawien, Libyen, Afghanistan und in Syrien - mit Millionen Toten - international gesteuerte strategische Kriege waren. Sie seien durch mediale Meinungsmache vorbereitet und legitimiert worden.

Ein Grund mehr, alle offiziellen Nachrichten kritisch zu prüfen und sie mit alternativen Medien zu vergleichen. Im Anschluß zeigen wir Ihnen zusammenfassend einen von Kla.tv erstellten Überblick, wie beispielsweise im Irak, in Libyen, in Jugoslawien und andern Ländern aufgrund von Medienlügen ... Kriege ausgelöst wurden. Bleiben Sie dran! MEDIENLÜGEN ZU KRIEGEN:

August 1964: Golf von Tonkin. Vor der Küste Nordvietnams. Massenmedien verbreiten die Meldung, nordvietnamesische Schnellboote hätten zwei US-amerikanische Kriegsschiffe mehrmals ohne Anlaß beschossen. STARTSCHUSS FÜR DEN KRIEG! Vietnam wird von den USA angegriffen!

Gegenüberstellung: "Verschwörungstheoretiker!", schrie man einst noch gegen die Menschen,

die aufdeckten, daß dieser Angriff von den USA selbst inszeniert wurde als "Unter-Falscher-Flagge-Skandal". Doch heute ist die Verschwörung offiziell: Der damalige Verteidigungsminister Robert McNamara gab später zu, daß es sich tatsächlich um eine Attacke der USA unter falscher Flagge handelte!

Oktober 1990: Ein 15-jähriges Mädchen sagte unter Tränen vor laufenden Kameras aus, daß sie in einem kuwaitischen Krankenhaus gesehen habe, wie irakische Soldaten Säuglinge aus Brutkästen gerissen und auf dem Boden hätten sterben lassen. Die Medien posaunten es wie immer lauthals heraus. Also: STARTSCHUSS für den großen Völkermord im Irak!

Gegenüberstellung: Das Mädchen aber flog als eine kuwaitische Diplomantentochter auf, die für diese Brutkastenlüge richtig viel Geld kassierte und von einer PR-Agentur ausgebildet wurde. Den Auftrag erhielt sie von einer in Amerika operierenden Organisation. Sie arbeitete nie in dem Krankenhaus.

Die Geschehnisse waren erstunken und erlogen. Wurde dieses Verbrechen jemals geahndet? Und dennoch hetzen und schreien die Medien lauthals weiter gegen alle, die solche Verschwörungen zur rechten Zeit aufdecken, "Verschwörungstheoretiker!"

Februar 2003: "Saddam Hussein besitzt Massenvernichtungswaffen!", dröhnte es durch die Massenmedien, so daß alle einmal mehr kopfnickend zuschauten, wie die Vereinigten Staaten und deren Verbündete in den Irak einmarschierten! 600.000 Zivilisten wurden umgebracht - das sind 90 % aller Opfer! Allein während eines dreiwöchigen Einsatzes wurden von den USA zwischen 1.000 und 2.000 Tonnen Uranmunition eingesetzt, was bis heute unzählige Geburten schrecklich deformierter Babys zur Folge hat.

Gegenüberstellung: Wer zur rechten Zeit darauf hinwies, daß dieser Krieg auf einer Lüge aufbaut, wurde wie immer als Verschwörungstheoretiker mundtot gemacht. Doch einmal mehr - als es zu spät war - wurde die Verschwörung noch offiziell: Der damalige Außenminister Colin Powell räumte später ein, daß sich die Quellen für angebliche Massenvernichtungswaffen nicht als solide erwiesen haben. Die 1.400 Personen umfassende "Untersuchungsgruppe Irak" (ISG) fand keine Massenvernichtungsmittel. Was für ein grausames Ausmaß an erwiesener Verschwörungspraktik. ...

März 2011: Die Behauptung eines libyschen Informanten vor der UNO, Gaddafi habe 6.000 Menschen getötet, führte schließlich zum Libyenkrieg durch die NATO. In den Medien hieß es: "Gaddafi führt blutigen Krieg gegen sein eigenes Volk" usw.

Gegenüberstellung: Doch die Behauptung der 6.000 Toten stellte sich als Lüge heraus. Als man den Informanten später fragte, sagte er, er habe keine fixen Quellen für die Zahl von 6.000 Toten gehabt. Er habe das einfach so gehört. ...

Kosovo, März 1999: Laut den Massenmedien der NATO-Länder spiele sich hier eine humanitäre Katastrophe ab. Von Massakern der Serben an kosovo-albanischen Zivilisten war die Rede sowie von einem Konzentrationslager. Dies führte zum NATO-Krieg gegen das damalige Jugoslawien im Jahr 1999 und damit tatsächlich zu einer verheerenden humanitären Katastrophe.

Gegenüberstellung: Diese Anschuldigungen wurden nur wenige Monate nach Beendigung der NATO-Bombardierung Jugoslawiens öffentlich widerlegt. Gemäß mehreren Berichten, auch von der OSZE, gab es im Kosovo vor Kriegsbeginn keine humanitäre Katastrophe. Laut kosovo-albanischen Augenzeugen habe es keine ethnischen Säuberungen gegeben und keinen Gefangenen im angeblichen Konzentrationslager.

Der 7. Dezember 1941 ging als "Tag der Schande" in die Geschichte ein - nach offiziellen Medien-Meldungen griff Japan die Pazifikflotte der USA in Pearl Harbor an. 2.403 Menschen verloren ihr Leben. Einmal mehr sind die Gemüter aufgeheizt und ein weiterer Startschuß für den Krieg angeblich gerechtfertigt. Am Tag darauf erklärte die USA Japan den Krieg.

Gegenüberstellung: Doch auch hier stellte sich später heraus, daß die US-Regierung den An-

griff gezielt provoziert hat bzw. von dem kommenden Angriff gewußt und die Flotte in Pearl Harbor nicht gewarnt hatte, um den Kriegseintritt der USA zu rechtfertigen. Dies wies der US-amerikanische Historiker John Toland nach. Ebenso dokumentierte ein Tagebucheintrag von Roosevelts Kriegsminister Henry Stimson: Die USA provozierten bewußt Japan zum ersten Schuß!

Die Medien unterstützen mit ihrer Propaganda somit nachweisbar die grausamsten Kriegsverbrechen, decken die Kriegstreiber und verbreiten immer wieder aufs Neue haltlose Verschwörungstheorien, die grausamste Kriege und Massenmorde zur Folge haben. Dubiose Quellen und oft auch im "Konjunktiv" genannte Verleumdungen und Lügen schüren beständig Haß und legen den Grund für Krieg und Terror.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 12. März 2018 (x1.000/...):
>>NATO-Ost-Erweiterung in 100 Sekunden erklärt

Kurz und knapp erklärt der Historiker, Politologe und Friedensforscher Dr. Daniele Ganser in nur 100 Sekunden die skandalöse Unrechtmäßigkeit und Gefährlichkeit der NATO-Ost-Erweiterung, die Europa evtl. schon bald in einen nuklearen Krieg stürzen kann. ...

Dr. Daniele Ganser: Der Zweck der NATO als Verteidigungsbündnis und Gegengewicht zu den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes war nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr gegeben. Da der weltweite Führungsanspruch der USA aber im Wesentlichen mit Hilfe der NATO durchgesetzt wird, mußte sie zu Gunsten dieser US-Interessen erhalten bleiben.

Es wurden zu dem Zweck nicht nur neue Feindbilder geschaffen wie der Krieg gegen den Terror und der Widerstand gegen den (in Anführungszeichen) "Aggressor" Rußland, es wurden auch neue Mitgliedstaaten in die NATO rekrutiert, d.h. die NATO wurde erweitert. Als NATO-Osterweiterung wird der Beitritt von Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes, der baltischen Staaten und der Nachfolgestaaten Jugoslawiens zur NATO bezeichnet. Damit rückt die NATO immer näher an die unmittelbare Grenze zur Russischen Föderation vor und betreibt so eine provokante und brandgefährliche Einkreisungspolitik. ...

Die Russen haben 1990 den Deutschen ermöglicht, daß die DDR mit der BRD fusionieren konnte und daß Gesamtdeutschland Mitglied der NATO wurde.

Die Russen haben ihre Truppen abgezogen aus der DDR und das einzige, was Gorbatschow damals gesagt hat, ist, ich möchte aber keine Nato-Osterweiterung. Haben die Deutschen und die Amerikaner gesagt, na klar, keine Nato-Osterweiterung, keinen Zentimeter werden wir die Nato erweitern. Dann kam Polen – ... in die Nato, dann kam Rumänien - .. in die Nato, dann kam Bulgarien, dann kam Albanien, dann kam Kroatien, dann Estland, Lettland, Litauen. Irgendwann haben die Russen gesagt, geht's eigentlich noch?

Und dann hat die Nato 2008 beschlossen, die Ukraine, die wollen wir auch noch in der Nato. Und dann hat Janukowitsch, der Präsident, gesagt, nein, nein, ich will nicht in die Nato. Ja, der wurde gestürzt. Am 20. Februar 2014 haben wir Scharfschützen in Kiew, die runter in die Leute schießen. Die töten Polizisten und Demonstranten, ganz klar eine False Flag Operation. Falsche Flagge, so kann man jedes Land destabilisieren. Dann bringt man Poroschenko. Poroschenko will in die Nato, und am Schluß wird das verkauft mit: Ja, die Russen sind halt super aggressiv.

Der Putin hat nur den Gegenzug gemacht. Also wenn Sie es als Schach sehen, eröffnet die NATO, schiebt die Bauern immer weiter nach vorne, das ist die Nato-Osterweiterung. Dann schlägt sie die Dame, die Dame fällt raus, und dann zieht erst Putin den Gegenzug, damit sein König nicht fällt, und er holt sich die Krim, weil dort hat er die Schwarzmeerflotte. Er hat auch in Syrien, hat er Latakia, hat seine Stützpunkte, ja, das sind natürlich Militärstützpunkte, und die Russen, das weiß man ja, sind gute Schachspieler. ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 21. Mai 2018 (x1.000/...):

>>Immunität der NATO noch zeitgemäß?

... Khaled al-Hamedi, Präsident der "International Organization for Peace, Care and Relief" OPCR, das ist die internationale Organisation für Frieden, Fürsorge und Hilfeleistungen, verlor durch die vorsätzliche Bombardierung seines Wohnhauses im libyschen Surman am 20.6.2011 dreizehn seiner Familienmitglieder, darunter drei Kinder und seine schwangere Frau. Er forderte, daß die NATO für dieses und ähnliche Kriegsverbrechen in Libyen zur Rechenschaft gezogen wird.

Die NATO hingegen beruft sich auf das Ottawa-Abkommen von 1951, das dem Militärbündnis Immunität garantiert. Das belgische Berufungsgericht, dem Khaled al-Hamedi seinen Fall vorlegte, gab der NATO in seinem Urteil vom 23.11.2017 Recht. Ist es angesichts der Häufigkeit und Schwere der begangenen Kriegsverbrechen nicht an der Zeit, die Immunität der NATO aufzuheben?

Warum sollte sie Menschen- und Völkerrecht ungestraft mit Füßen treten dürfen?

Teil 2: Die modernen "Demokratisierungs-Kriege" durchschaut - "Nie wieder Krieg!" (kurze Version)

01.11.2015 Seit dem Zweiten Weltkrieg bis heute fanden und finden unzählige Kriege und Kriegsverbrechen statt. Die meisten davon wurden von der US-amerikanischen Regierung sowie der NATO eingeleitet und angeführt. Der Vorwand für eine militärische Intervention war immer derselbe:

Das Volk eines Landes mußte von einem "brutalen Diktator" oder "undemokratischen Herrschaftssystem" befreit werden. Angebliche Demokratie und Freiheit, vom Volk ausgehend und zum Wohle des Volkes - wie vorgetäuscht wurde - mußte eingeführt werden. So wurden im Namen der Demokratie und der Freiheit Kriege angezettelt und Länder zerbombt. Dabei gibt es ein einfaches Mittel, um festzustellen, ob auch nur einer dieser Kriege, die unter dem Deckmantel der Demokratisierung geführt wurden, gerechtfertigt war: Man vergleiche die Situation, wie sie im Kriegsland vor bzw. nach dem Krieg aussah.

Wenn der Krieg und die sogenannte Demokratisierung wirklich zum Wohle des Volkes gewesen wäre, dann hätten die Lebensbedingungen im Land nach dem Krieg weit besser sein müssen, als vor dem Krieg. Mit anderen Worten, die Lebensbedingungen im Land dürfen NACH dem Krieg nicht schlimmer sein, als sie VOR dem Krieg unter dem angeblichen Diktator waren - ansonsten ist ein Krieg als völkerrechtswidrig zu verurteilen. Doch beurteilen Sie selbst anhand folgender vier Beispiele, welche stellvertretend für alle anderen sogenannten Demokratisierungs-Kriege stehen:

Der internationale Militäreinsatz in Libyen 2011

VORHER: Libyen unter Gaddafi: Libyen hatte eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen des afrikanischen Kontinents. Ein Teil des libyschen Ölverkaufs wurde direkt den Konten der libyschen Bürger gutgeschrieben. Es gab kaum Steuern, selbst Unternehmen wurden nur minimal besteuert. Ein Heim bzw. Zuhause zu haben, galt als ein Menschenrecht, alle Frischvermählten erhielten umgerechnet 45.000 € vom libyschen Staat. Strom, medizinische Behandlungen und Bildung waren kostenlos.

Vor Gaddafi konnten nur 25 Prozent der Libyer lesen, nach ihm 83 Prozent. Den Frauen ermöglichte Gaddafi in den 1970er Jahren die Emanzipation. Es war keine spezielle Kleidung vorgeschrieben und allen Frauen standen hochwertige Ausbildungswege zur Verfügung, wenn sie das wollten. Es gab Ärztinnen, Anwältinnen, Ministerinnen, Geschäftsfrauen oder auch normale Hausfrauen, was immer sie werden wollten.

Gaddafi plante die Errichtung einer Bank und die Einführung einer goldgestützten Währung für Afrika, mit deren Gründung Libyen ganz Afrika in die Freiheit geführt hätte - in die Freiheit von den Finanzeliten und Imperialisten, die die armen Länder und deren Besitz kontrollieren.

Weiter stand Gaddafi kurz vor der Vollendung des weltweit größten Trinkwasser-Pipeline-Projekts durch die Sahara - dem sogenannten "Great-Man-Made-River-Projekt" - für eine bessere Wasserversorgung von Bevölkerung und Landwirtschaft. Libyen war ein unabhängiges und blühendes Land. Zudem half Gaddafi bei der Kontrolle der Flüchtlingsströme aus den afrikanischen Ländern. Für deren Aufnahme wandte er europäische Standards an, um den Zustrom nach Europa in Grenzen zu halten.

NACHHER - nach der brutalen Ermordung Gaddafis:

Unter dem Vorwand, das libysche Volk vor ihrem Machthaber Muammar al-Gaddafi beschützen zu müssen, wurde Libyen während 7 Monaten unter US-Führung von den NATO-Streitkräften bombardiert. Der Krieg kostete ca. 50.000 libyschen Zivilisten das Leben, mindestens ebenso viele wurden verletzt. Die Wirtschaftsinfrastruktur des Staates wurde durch die NATO-Bombardierung zerstört. Einrichtungen des großen Wassernetzwerks wurden von der NATO angegriffen und zerbombt, wie verschiedene YouTube-Videos belegen.

Laut "Global Research", einem Zentrum für globale Forschung mit Sitz in Kanada, habe der NATO-Krieg gegen Libyen die Zukunft des Trinkwasserprojekts in Gefahr gebracht - und damit den Wohlstand des libyschen Volkes. Libyens Geldreserven in Höhe von 150.000.000.000 \$ sind jetzt weltweit eingefroren und wohl für immer verloren. Das Land wurde weiter von Kämpfen rivalisierender Milizen erschüttert; Angriffe auf die Regierung und die Ermordung von Regierungsbeamten sind an der Tagesordnung.

Seit 2014 herrscht ein erbitterter Bürgerkrieg. Nach Gaddafi ist Libyen ein Paradies für Schlepperbanden geworden, die Flüchtlinge von dort ungehindert nach Europa bringen.

Der 1. Irakkrieg (2. Golfkrieg) 1990/91

VORHER: 1972 gelang es dem Irak, die nationale Kontrolle über seine Ölvorräte zu bekommen, die zuvor von internationalen Firmen ausgebeutet worden waren. Die Wirtschaft boomte, wovon auch das Volk profitierte. 1979 besaß der Irak Geldreserven im Wert von 35 Milliarden US-Dollar und stand an der Schwelle zum Industrieland.

Saddam Hussein förderte aktiv die Modernisierung von Wirtschaft, Industrie, Verwaltung, Polizei, Landwirtschaft sowie auch die Volksbildung. Vor 1990 stieg die Alphabetisierungsrate bei Mädchen auf über 90 Prozent. Durch die Exporterlöse aus dem Erdölverkauf wurde u.a. ein umfassendes irakisches Gesundheitssystem aufgebaut, das bis zu Beginn der 1990er Jahre als das beste der arabischen Welt galt. Der Irak war ein aufstrebendes Land.

NACHHER: Nachdem Saddam Hussein wegen eines Konflikts um Ölfelder Kuwait besetzen ließ, wurde die irakische Armee durch eine von den USA geführte Koalition fast vollständig geschlagen. Zur Rechtfertigung des Krieges wurden zuvor einige - später als Fälschungen entlarvte - Greuelberichte über die Massenmedien in die Welt gesetzt. Darunter die sogenannte Brutkastenlüge.

Mindestens 120.000 irakische Soldaten und bis zu 55.000 Zivilisten kamen ums Leben. Langzeitschäden durch Geschosse aus abgereichertem Uran waren verheerend. Seit 1991 sind rund 1,5 Millionen Iraker, darunter über 550.000 Kinder unter fünf Jahren, an den Folgen der über den Irak verhängten Wirtschaftssanktionen gestorben. Der Fluß Tigris war durch die Zerstörung der Kläranlagen zu einer offenen Kloake geworden; von 1990-2003 verhinderten die USA den Import von Pumpen und Chlor zur Aufbereitung des Wassers; in der Folge stieg die Säuglingssterblichkeit 1990 bis 1997 von 3,3 auf 12,5 Prozent.

Der 2. Irakkrieg (3. Golfkrieg) 2003 Mit der Begründung, Saddam Hussein würde Massenvernichtungswaffen besitzen und mit al-Qaida zusammenarbeiten, marschierten Truppen der Vereinigten Staaten und deren Verbündete am 20. März 2003 in den Irak ein. Beide Vorwürfe wurden nachträglich durch den Geheimdienstausschuß des US-Senats widerlegt.

Bis 2006 starben - gemäß der unabhängigen "Lancet-Studie" - 600.000 Zivilisten, das sind 90 % aller Opfer. Alleine während eines dreiwöchigen Einsatzes 2003 wurden von den USA

zwischen 1.000 und 2.000 Tonnen Uranmunition eingesetzt. In Falludscha, einer Stadt 70 Kilometer von Bagdad entfernt, sei die radioaktive Verstrahlung zigmal höher als nach der Hiroshima-Bombe. Seither wird eine zunehmende Anzahl schrecklich deformierter Babys geboren, ohne Köpfe, mit zwei Köpfen oder fehlenden Gliedern.

Unzählige grausame Kriegsverbrechen seitens der US-amerikanischen Truppen sind publik und z.T. durch WikiLeaks veröffentlicht worden. Seit dem Abzug der letzten US-Truppen aus dem Irak im Jahr 2011 herrschen im Irak bürgerkriegsähnliche Zustände.

Der Syrienkrieg seit 2011

VORHER: Die syrische Zentralbank befindet sich im Besitz und unter Kontrolle des Staates und hat keine Schulden beim Internationalen Währungsfonds (IWF). Baschar al-Assad, der syrische Präsident, leitete einige Jahre vor dem Krieg die Demokratie ein. Syrien war noch vor 2007 ein so reiches und aufstrebendes Land, daß es zwei Millionen irakische Flüchtlinge aufnehmen konnte.

Das Gesundheitssystem war kostenlos. Genmanipulierte Saat (GMO) ist nicht zugelassen, um die Bevölkerung vor gesundheitlichen Schäden zu schützen. Syrien besitzt gewaltige Öl- und Gasreserven unter seiner Erde und ist am Bau einer Pipeline zusammen mit dem Iran beteiligt, ohne Beteiligung westlicher Ölgiganten. Syriens Bevölkerung ist über die NEUE WELTORDNUNG sehr gut informiert. In den Medien und an den Universitäten wird über den Einfluß der globalen Machtelite debattiert. Syrien schützt seine politische, kulturelle und nationale Identität.

NACHHER: Im Zuge des Arabischen Frühlings vom März 2011 kam es zu einem Konflikt zwischen der Regierung Baschar al-Assads und verschiedenen sogenannten "Oppositionsgruppen". Kurz darauf kamen schwer bewaffnete Gruppen ins Land und griffen in den Bürgerkrieg gegen Assad ein. Gemäß neusten Zahlen der Vereinten Nationen wurden bisher mehr als 250.000 Menschen getötet - ohne Dunkelziffer. Ein Drittel davon seien zivile Opfer. Mehr als 3,8 Millionen Syrer flohen bisher ins Ausland, über die Hälfte davon Kinder. Die höchste Anzahl von Flüchtlingen in Europa kommt derzeit aus Syrien.

Jede Einkommensquelle wurde durch westliche Wirtschaftssanktionen genommen. Exporte von Treibstoff, Erdöl und Technik wurden verboten. Importgüter wie Weizen werden knapp und damit mangelt es an Brot. Lebensmittel sind doppelt so teuer, wie vor dem Krieg. Dies sei laut Joshua Landis, Professor an der Universität von Oklahoma, u.a. die Strategie der USA, um die Syrer zu schwächen und zur Kapitulation zu zwingen.

Mittels der Behauptung, Syrien hätte Chemiewaffen eingesetzt, versuchten die USA mit den NATO-Staaten in den Krieg einzutreten. Jedoch konnte Assad der Einsatz von Chemiewaffen nie nachgewiesen werden. Er ließ diese im Gegenteil sogar vernichten.

Der Krieg in der Ukraine seit 2014

VORHER: Vor dem Krieg war die Ukraine als ein neutrales Land im Ost-West-Konflikt eine Brücke zwischen Rußland und der EU. Eine NATO-Mitgliedschaft war nicht geplant. Durch das Abkommen von Charkow im April 2010, welches die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim bis mindestens 2042 erlaubte, bekam die Ukraine russisches Erdgas zu Rabattpreisen. Zbigniew Brzezinski, ehemaliger Sicherheitsberater von Jimmy Carter, beschreibt die Ukraine als das Herzland der Weltinsel - das meint Eurasien. Wer die Ukraine beherrscht, herrscht über die Weltinsel und somit über die Welt.

NACHHER: Nach der verfassungswidrigen Entmachtung von Präsident Viktor Janukowitsch am 22.2.2014 in Kiew schickte die neue Regierung Truppen gegen die östlichen Gebiete Donezk und Lugansk. Diese hatten den Machtwechsel nicht anerkannt und unabhängige "Volksrepubliken" ausgerufen. Victoria Nuland, Stellvertreterin des US-Außenministers, bezeugte ungewollt in einem abgehörten Telefongespräch, daß die USA fünf Milliarden Dollar investiert haben, um in der Ukraine eine neue Regierung unter US-amerikanischer Führung an die

Macht zu bringen.

Rund 6.000 Menschen wurden bisher getötet - ohne Dunkelziffer; 15.000 verletzt, fast drei Millionen Menschen sind aus ihrer Heimat geflüchtet. Mehr als 150.000 haben laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) in Rußland Schutz gesucht. In der Ostukraine wird täglich geschossen, Häuser werden zerbombt, die technische Infrastruktur ist stark in Mitleidenschaft gezogen: In vielen Städten gibt es nur noch stundenweise Wasser und Strom, in manchen Städten nicht einmal mehr das. In der Ukraine hat sich der Lebensstandard seit der Absetzung Janukowitschs drastisch verschlechtert: Fast 80 % der ukrainischen Bevölkerung lebt an der Armutsgrenze.

Vor der Absetzung Janukowitschs betrug die Mindestrente umgerechnet um die 120 Euro im Monat, jetzt 40 Euro, der Mindestlohn um die 90 Euro im Monat, jetzt 50 Euro. Der heutige Durchschnittslohn beträgt um die 120 Euro im Monat. Die Inflationsrate von 2010-2013 betrug 3,5 % - 2015 ist sie bereits 40 %. Die Teuerungsrate der letzten zwei Jahre beträgt: auf Verkehrsmittel 30 %; auf Kraftstoff 200 %.

Lebensmittel sind um das Mehrfache teurer geworden, die Grundnahrungsmittel - Brot, Grütze, Fleisch, Milch - um 40 %. Strom- und Gaspreise sind um 110 % angestiegen; ein weiterer Preisanstieg ist im Halbjahrestakt geplant. Ausländische Unternehmen weiten ihren Einfluß auf den ukrainischen Agrarsektor aus, so u.a. Biotechnologie-Unternehmen wie Monsanto, Cargill und DuPont.

Laut ukrainischen Parlamentsmitgliedern steht die Regierung in Kiew unter vollständiger Kontrolle der US-Regierung. Nun soll der Westen durch den Gesetzentwurf 2953 vom Mai 2015 in der Ukraine Atomwaffen stationieren dürfen. Die US-Regierung ist bereit, einen Krieg in Europa zu riskieren, um ihre militärische Präsenz und Vorherrschaft aufrecht zu erhalten.

(Moderatorin:) Laut diesen Fakten - VORHER/NACHHER - läßt sich nur eine Schlußfolgerung ziehen: Kriege lassen sich kaum rechtfertigen - und schon gar nicht unter dem Vorwand von Demokratie und Freiheit. All diese Kriege und weitere - wie die Jugoslawienkriege, Afghanistan seit 2001, der somalische Bürgerkrieg oder die Militärintervention im Jemen 2015 - waren nur durch bewußt gestreute Lügen zur Diffamierung des Ziellandes möglich. Auch weitere sogenannte Demokratisierungen und Regimewechsel - in Ländern wie dem ehemaligen Jugoslawien, der Slowakei, Georgien oder des Arabischen Frühlings, sowie alle zukünftigen - müssen unter diesem Blickwinkel betrachtet werden.

Die Frage ist nun, wenn - im Namen der Demokratie - wiederum ein Krieg oder ein militärisches Eingreifen von Politikern und Medien gerechtfertigt werden sollte, ob das Volk bei dieser Argumentation aufhorcht oder doch allfälliger Lügen- und Kriegspropaganda erneut Glauben schenken wird?

Helfen Sie mittels breitflächiger Aufklärung mit, daß wir alle lernen, Lügen und Propaganda rechtzeitig zu durchschauen und einhellig zu sagen. "Nie wieder Krieg! - da machen wir nicht mit!"

... 219 US-Kriege im Vergleich zu Rußland, China, Iran und Deutschland (09.10.2016)

Dieser Film zeigt die US-Kriegs-Liste der vergangenen 230 Jahre im Vergleich zu den überall gefürchteten Ländern Rußland, China, Iran und Deutschland. Jeder Betrachter dieses Vergleichs entscheide, welche dieser fünf Nationen die gefährlichsten Raubtierzüge aufweist.

Denn die US-Kriege zeichnen sich vor allem durch Angriffskriege aus - in den vergangenen 230 Jahren waren es nicht weniger als 219 Kriege ...

USA:

- 1) 1775-1783: Revolutionskrieg gegen Großbritannien,
- 2) 1775-1776: Kanada,

- 3) 1776-1890 Indianerkriege,
- 4) 1798-1800 Seekrieg mit Frankreich (ohne Kriegserklärung),
- 5) 1801-1805 Tripolis, Erster Berberkrieg,
- 6) 1806 Mexiko (Spanisches Gebiet),
- 7) 1806-1810 Golf von Mexiko,
- 8) 1810 West-Florida (Spanisches Gebiet),
- 9) 1812 Besetzung der Insel Melia (Spanisches Gebiet),
- 10) 1812-1815 Großbritannien (Kriegserklärung erfolgt),
- 11) 1812-1815 Kanada,
- 12) 1813 West-Florida (Spanisches Gebiet),
- 13) 1813-1814 Marquesas-Inseln,
- 14) 1814 Spanisch-Florida,
- 15) 1814-1825 Kariben,
- 16) 1815 Algier, Zweiter Berberkrieg,
- 17) 1815 Tripolis,
- 18) 1816 Spanisch-Florida, Erster Seminolenkrieg,
- 19) 1817 Insel Amelia (Spanisches Gebiet),
- 20) 1818 Oregon,
- 21) 1820-1823 Afrika (Bekämpfung des Sklavenhandels),
- 22) 1822 Kuba,
- 23) 1823 Kuba,
- 24) 1824 Kuba,
- 25) 1824 Puerto Rico (Spanisches Gebiet),
- 26) 1825 Kuba,
- 27) 1827 Griechenland,
- 28) 1831-1832 Falkland-Inseln,
- 29) 1832 Sumatra,
- 30) 1833 Argentinien,
- 31) 1835-1936 Peru,
- 32) 1836 Mexiko,
- 33) 1838-1839 Sumatra,
- 34) 1840 Fidschi-Inseln,
- 35) 1841 Samoa,
- 36) 1841 Drummond-Inseln, Kingsmillgruppe,
- 37) 1842 Mexiko,
- 38) 1843 Afrika,
- 39) 1844 Mexiko,
- 40) 1846-1848 Mexiko,
- 41) 1849 Smyrna,
- 42) 1851 Türkei,
- 43) 1851 Johanna-Insel (östlich von Afrika),
- 44) 1852-1853 Argentinien,
- 45) 1853 Nicaragua,
- 46) 1853-1854 Riukiu- und Bonin-Inseln (Japan),
- 47) 1854 China,
- 48) 1854 Nicaragua,
- 49) 1855 China,
- 50) 1855 Fidschi-Inseln,
- 51) 1855 Uruguay,

- 52) 1856 Panama, Republik von Neugranada,
- 53) 1856 China,
- 54) 1857 Nicaragua,
- 55) 1858 Uruguay,
- 56) 1858 Fidschi-Inseln,
- 57) 1858-1859 Türkei,
- 58) 1859 Paraguay,
- 59) 1859 Mexiko,
- 60) 1859 China,
- 61) 1860 Angola, Portugiesisch-Westafrika,
- 62) 1860 Kolumbien, Golf von Panama,
- 63) 1863 Japan,
- 64) 1864 Japan,
- 65) 1864 Japan,
- 66) 1865 Panama,
- 67) 1866 Mexiko,
- 68) 1866 China,
- 69) 1867 Insel Formosa,
- 70) 1868 Japan,
- 71) 1868 Uruguay,
- 72) 1868 Kolumbien,
- 73) 1870 Mexiko,
- 74) 1870 Hawaiiische Inseln,
- 75) 1871 Korea,
- 76) 1873 Kolumbien,
- 77) 1873 Mexiko,
- 78) 1874 Hawaiiische Inseln,
- 79) 1876 Mexiko,
- 80) 1882 Ägypten,
- 81) 1885 Panama,
- 82) 1888 Korea,
- 83) 1888 Haiti,
- 84) 1889 Samoa,
- 85) 1889 Hawaiiische Inseln,
- 86) 1890 Argentinien,
- 87) 1891 Haiti,
- 88) 1891 Beringmeer,
- 89) 1891 Chile,
- 90) 1893 Hawaii,
- 91) 1894 Brasilien,
- 92) 1894 Nicaragua,
- 93) 1894-1896 Korea,
- 94) 1894-1895 China,
- 95) 1895 Kolumbien
- 96) 1896 Nicaragua,
- 97) 1898-1899 China,
- 98) 1898 Nicaragua,
- 99) 1898 Amerikanisch-Spanischer Krieg,
- 100) 1899 Samoa,

- 101) 1899-1901 Philippinen,
- 102) 1900 China,
- 103) 1901 Kolumbien,
- 104) 1902 Kolumbien,
- 105) 1902 Kolumbien,
- 106) 1903 Honduras,
- 107) 1903 Dominikanische Republik,
- 108) 1903 Syrien,
- 109) 1903-1914 Panama,
- 110) 1904 Dominikanische Republik,
- 111) 1904-1905 Korea,
- 112) 1904 Tanger, Marokko,
- 113) 1904 Panama,
- 114) 1904-1905 Korea,
- 115) 1906-1909 Kuba,
- 116) 1907 Honduras,
- 117) 1910 Nicaragua,
- 118) 1911 Honduras,
- 119) 1911 China,
- 120) 1912 Honduras,
- 121) 1912 Panama,
- 122) 1912 Kuba,
- 123) 1912 China,
- 124) 1912 Türkei,
- 125) 1912-1925 Nicaragua,
- 126) 1912-1941 China,
- 127) 1913 Mexiko,
- 128) 1914 Haiti,
- 129) 1914 Dominikanische Republik,
- 130) 1914-1917 Mexiko,
- 131) 1915-1934 Haiti,
- 132) 1917-1918 Erster Weltkrieg,
- 133) 1917-1922 Kuba,
- 134) 1918-1919 Mexiko,
- 135) 1918-1920 Panama,
- 136) 1918-1920 Sowjetrußland,
- 137) 1919 Honduras,
- 138) 1920-1922 Rußland (Sibirien),
- 139) 1920 China,
- 140) 1920 Guatemala,
- 141) 1921 Panama-Costa Rica,
- 142) 1922 Türkei,
- 143) 1924 Honduras,
- 144) 1924 China,
- 145) 1925 China,
- 146) 1925 Honduras,
- 147) 1925 Panama,
- 148) 1926-1933 Nicaragua,
- 149) 1926 China,

- 150) 1927 China,
- 151) 1933 Kuba,
- 152) 1940 Neufundland, Bermuda, St. Lucia, Bahamas, Jamaika, Antigua, Trinidad, Britisch-Guayana,
- 153) 1941 Grönland (Dänisches Gebiet),
- 154) 1941 Niederlande (Niederländisch-Guayana),
- 155) 1941 Island,
- 156) 1941 Deutschland (Attacken auf deutsche Schiffe),
- 157) 1941-1945 Deutschland, Italien, Japan,
- 158) 1942 Labrador,
- 159) 1945-1960 China (CIA),
- 160) 1946-1947 Italien (CIA),
- 161) 1947-1955 Griechenland (CIA),
- 162) 1945-1955 Philippinen (CIA),
- 163) 1950-1953 Koreakrieg,
- 164) 1949-1953 Albanien (CIA),
- 165) 1955 Deutschland (CIA),
- 166) 1953 Iran (CIA),
- 167) 1953-1954 Guatemala (CIA),
- 168) 1955 Costa Rica (CIA),
- 169) 1956-1957 Syrien (CIA),
- 170) 1957-1958 Der mittlere Osten,
- 171) 1957-1958 Indonesien (CIA),
- 172) 1955-1965 Westeuropa (CIA),
- 173) 1945-1965 Sowjetunion (CIA),
- 174) 1955-1975 Italien (CIA),
- 175) 1945-1975 30 Jahre Krieg in Vietnam (CIA),
- 176) 1955-1973 Kambodscha (CIA),
- 177) 1957-1973 Laos (CIA),
- 178) 1959-1963 Haiti,
- 179) 1960 Guatemala,
- 180) 1960-1963 Ecuador (CIA),
- 181) 1960-1964 Kongo (CIA),
- 182) 1961-1961 Brasilien (CIA),
- 183) 1960-1965 Peru (CIA),
- 184) 1960-1966 Dominikanische Republik (CIA),
- 185) 1950-1980 Kuba (CIA),
- 186) 1965 Indonesien (CIA),
- 187) 1966 Ghana (CIA),
- 188) 1964-1970 Uruguay (CIA),
- 189) 1964-1973 Chile (CIA),
- 190) 1964-1974 Griechenland (CIA),
- 191) 1964-1975 Bolivien (CIA),
- 192) 1962-1985 Guatemala (CIA),
- 193) 1970-1971 Costa Rica (CIA),
- 194) 1972-1975 Irak (CIA),
- 195) 1973-1975 Australien (CIA),
- 196) 1975 Indonesien (CIA),
- 197) 1975-1985 Angola (CIA),

- 198) 1975-1978 Zaire (CIA),
- 199) 1976-1980 Jamaika (Wirtschaftskrieg),
- 200) 1979-1981 Seychellen,
- 201) 1979-1984 Grenada,
- 202) 1983 Marokko (CIA),
- 203) 1982-1984 Suriname (CIA),
- 204) 1981-1989 Libyen,
- 205) 1981-1990 Nicaragua (Anstiftung zum Bürgerkrieg),
- 206) 1969-1991 Panama (CIA),
- 207) 1990 Bulgarien (CIA),
- 208) 1990-1991 Irak, Zweiter Golfkrieg,
- 209) 1979-1992 Afghanistan (CIA),
- 210) 1980-1994 El Salvador (CIA),
- 211) 1986-1994 Haiti (CIA),
- 212) 1992-1994 Somalia,
- 213) 1991 Irak,
- 214) 1999 Jugoslawien (NATO),
- 215) 2001 Afghanistan,
- 216) 2003 Irak,
- 217) 2011 Libyen,
- 218) 2013 Syrien,
- 219) 2014 Ukraine.

Rußland:

- 1) 1787-1792: Russisch-Österreichischer Türkenkrieg,
- 2) 1792-1793: Russisch-Polnischer Krieg,
- 3) 1796: Russisch-Persischer Krieg (gegenseitiger Eroberungskrieg),
- 4) 1804-1813: Russisch-Persischer Krieg (gegenseitiger Eroberungskrieg),
- 5) 1808-1809: Russisch-Schwedischer Krieg,
- 6) 1900: Russisch-Chinesischer Krieg (Russen besetzten Mandschurei),
- 7) 1814-1918: Erster Weltkrieg,
- 8) 1917/18-1920: Russischer Bürgerkrieg,
- 9) 1939-1940: Sowjetisch-Finnischer Winterkrieg,
- 10) 1941-1945: Zweiter Weltkrieg,
- 11) 1941-1944: Finnisch-Sowjetischer Fortsetzungskrieg,
- 12) 1941: Anglo-Sowjetische Invasion des Irans,
- 13) 1979-1989: Afghanistan 1994-1996: erster Tschetschenienkrieg 1999-2009: zweiter. Tschetschenienkrieg,
- 14) 2008: Georgien (Georgien war aber der Angreifer)

Iran:

- 1) 1826-1828: Russisch-Persischer Krieg (unter Druck der Briten u.a. im Nordiran).

Deutschland:

- 1) 1848-1851: Schleswig-Holsteinischer Krieg (Befreiungskriege),
- 2) 1864: Deutsch-Dänischer Krieg (Befreiungskrieg),
- 3) 1866: Deutscher Krieg (Preußisch-Österreichischer Krieg) (unklar, wer begonnen hat),
- 4) 1870-1871: Deutsch-Französischer Krieg (von Frankreich begonnen),
- 5) 1914-1918: Erster Weltkrieg,
- 6) 1941-1945: Zweiter Weltkrieg,
- 7) 1941-1945: Rußlandfeldzug/Ostfront,
- 8) 1999: Jugoslawien (NATO),

9) 2001-2021 Afghanistan,

10) 2015: Syrien

China:

1) 1914-1918: Erster Weltkrieg,

2) 1927-1949: Chinesischer Krieg,

3) 1929: Chinesisch-Sowjetischer Grenzkrieg (1929) (es ließ sich nicht feststellen, wer begonnen hat),

4) 1941-1945: Zweiter Weltkrieg,

5) 1962: Indisch-Chinesischer Grenzkrieg.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2018 berichtete im Mai 2018: >>"Die Deutschen gehorchen, wie seit über 70 Jahren"

_Rolf Hochhuth im Gespräch mit Jürgen Elsässer

Ami go home: Der gefeierte Autor analysiert die Lage der Nation und teilt nach allen Seiten kräftig aus. Angesichts der Großen Koalition fürchtet er um den Bestand der Demokratie. Besonders die Unterwürfigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten bringt ihn zur Weißglut. ...

Die BRD als US-Bundesstaat

Woran arbeiten Sie derzeit?

Rolf Hochhuth: Germany, 52. US-Bundesstaat, so wird mein nächstes Stück heißen.

Um was geht es darin?

Rolf Hochhuth: Im ersten Akt muß Verteidigungsstaatssekretär Willy Wimmer dem Bundeskanzler Ende der 1980er Jahre melden, was die USA uns als ihrem charakterlosen Satelliten zumuten: die atomare Vernichtung Dresdens und Potsdams. Genau wie es, als einziger Deutscher (!), Schäuble sinngemäß gesagt hat: "Wir waren seit Kriegsende nicht eine Stunde souverän."

Im zweiten Akt bittet Putin Siemens-Chef Joe Kaeser in sein Büro und bietet an, daß die Deutschen den Russen ihren ICE bauen können: der größte Industrieauftrag, den es je gab! Doch der US-Präsident verbietet das, und die Deutschen gehorchen, wie seit über 70 Jahren. Vollkommen unterwürfig und ekelhaft, wie seit ihrer totalen Kapitulation 1945.

Als hätten wir zum zweiten Mal Auschwitz verbrochen, zwingen uns die Amerikaner, dieses märchenhafte Riesengeschäft an China abzutreten! Merkwürdig, daß hierzulande keinem aufgeht: Eine Regierung, die sich derart von den USA maßregeln läßt, kann gar nicht im Interesse Deutschlands handeln!

"In entscheidenden Fragen sind wir ohne jedes Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem Pentagon."

Und der dritte Akt, auch angezettelt auf Geheiß Amerikas: Abriß der zwei 90 Jahre alten, höchst ruhmreichen Kudamm-Bühnen, die von den zwei großen Juden Max Reinhardt und Oskar Kaufmann aus eigener Tasche finanziert worden sind. So wie Fontane es schriftlich gab: "Die Juden finanzieren uns Deutschen die Kultur, und wir Arier finanzieren den Antisemitismus." Eine Kulturschande, wie Berlin sie bisher allein mit der Bücherverbrennung unter den Nazis erlebt hat, und zweitens mit der Vernichtung des Schlüter-Schlusses durch die SED-Verbrecher.

Sie sind ein zorniger Mann und schreiben Sätze wie diese hier zum Raubtierkapitalismus: "Nie hat er sich, der in der BRD längst schrankenlos ausartet - in meiner Jugend undenkbar -, so ehrlich und schäbig geoutet, wie heute durch den Abriß der Kudamm-Bühnen. Er ist verbrennungsreif! Doch keine Illusion. Da helfen keine parlamentarischen Korrekturen, sondern nur noch Mord und Totschlag." Mir ist da ein bißchen mulmig: Ist das nicht ein Aufruf zur Gewalt?

Rolf Hochhuth: Diese Forderung, die ich höchst ungern ausspreche, dennoch leider als legitim anerkennen muß, stammt von dem erkonservativen Historiker Jacob Burckhardt in Basel.

Der hat in seinem bedeutendsten Buch über die Weltgeschichte, das je vor Spenglers Untergang des Abendlandes erschienen ist, festgehalten - so wörtlich: "Der Mord ist ein Hilfsmittel, da man bei Abwesenheit aller legalen Rechtsmittel Richter in eigener Sache wird."

Wollen Sie damit sagen, daß wir in der Bundesrepublik keine legalen Mittel mehr haben, um Opposition und Widerstand zu betreiben?

Rolf Hochhuth: Genau das will ich sagen. Denn in entscheidenden Fragen, nicht in so Nebensächlichem wie Scheidungen oder Steuerhinterziehung oder Bestechung im Sport, sind wir ohne jedes Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem Pentagon. Auf dessen Geheiß schicken wir deutsche Soldaten nach Litauen, 180 Kilometer vor Petersburg - also dorthin, wo wir Deutschen in nur 26 Jahren schon zwei Mal gestiefelt sind!

"Ich habe Frau Wagenknecht gewählt - also zum ersten Mal in meinem sehr langen Leben links."

Wen kann man noch wählen?

Aber wir könnten doch eine andere Regierung wählen, die uns aus der babylonisch-amerikanischen Gefangenschaft führt?

Rolf Hochhuth: Nein, aus der kommt die BRD niemals mehr heraus - genau der Grund, warum ich nicht von Deutschland spreche, sondern von dem 52. US-Bundesstaat, der wir ja in Wahrheit nur noch sind, dank Hitlers Krieg und seiner Ermordung der sechs Millionen!

Dokumentiert ist zum Beispiel die sehr verständliche Ausrede des Schweizer Ackermann, viele Jahre Chef der Deutschen Bank, warum er nicht trotz überbordenden Reichtums der Europäer den Dritte-Welt-Ländern den Schuldenschnitt gewähre: "Weil ich dann ebenso ermordet werde wie Herrhausen!" Der war sein Vorgänger und wurde von den Amerikanern totgemacht - genau deshalb, weil er riskiert hatte, als anständiger Europäer diesen Schuldenschnitt vorzuschlagen.

Wir haben ja in der BRD als maßgebend - alle anderen sind viel zu schwach -, nur noch die Einheitspartei CDU-SPD. Warum? Weil hier sogar unsere Politiker nicht wissen, daß in den zwei Demokratien England und Amerika die Große Koalition nur im Krieg erlaubt wird! Denn wem Demokratie am Herzen liegt, der weiß, mit der großen Koalition wird diese abgewürgt - jedenfalls wenn sie länger dauert als ein Jahr -, weil der stärkere Partner, bei uns immer die Schwarzen, die Roten mundtot und blöde quatscht.

Wir Deutschen merken es aber deshalb nicht, weil wir im Hinblick auf die sogenannte innere Freiheit immer willenlos-unzurechnungsfähig waren. Natürlich keineswegs, was Freiheit gegenüber Fremden betrifft, sonst hätte es ja unseren höchst ruhmvollen Krieg gegen Napoleon nie gegeben. So ist die SPD mit ihren jammervollen 18 Prozent, wie die letzte Umfrage belegt, keine eigene Partei mehr; sie wurde in der Umarmung der Merkel-Regierung vollständig entmannt. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Juni 2018: >>Mit Deutschland weiß er nichts anzufangen

Eigentlich sind die Studienabbrecherinnen Claudia Roth und Katrin Göring-Eckardt die zuständigen grünen Fachkräfte, um den massenmedial kommunizierten Schwachsinn zu generieren, mit dem die "Partei der Humanitären" (Anton Hofreiter) sich in peinlicher Regelmäßigkeit zu blamieren pflegt. Und nicht etwa der seit Januar 2018 als Bundesvorsitzender amtierende, in der Lückenpresse notorisch "Philosoph" genannte promovierte Literaturwissenschaftler Robert Habeck. Insofern könnte es sich bei dessen jüngster Burleske ("Es gibt kein Volk") vielleicht nur um ein versehentliches Abgleiten ins bildungsferne grüne Durchschnittsniveau gehandelt haben.

Aber dem ist nicht so. Denn auch Habeck ist ein fundamentalistischer Antideutscher. Nur ist er weder so blöd wie Claudia Roth, um hinter der Antifa-Parole "Deutschland, du mieses Stück Scheiße" herzurennen, noch so tumb wie Hofreiter, um ein "quasireligiöses" Gutmen-

schentum zu zelebrieren, von dem er sich denn auch im Interview mit dem *Zeit*-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo fast höhnisch distanziert.

"Gebrochenheit" mimender Punker im Ministersessel

Nicht von ungefähr wird dem erst Ende August als Umweltminister und stellvertretender schleswig-holsteinischer Ministerpräsident aus dem Kieler "Jamaika-Kabinett" scheidenden Grünen-Chef ein beträchtliches schauspielerisches Talent nachgesagt, das dem Motto "Moderat in der Form, hart in der Sache" gehorcht.

"Der Robert" inszeniert seine Person deshalb sensibel abgestimmt auf das jeweilige Publikum. Mit dem Pfund des bürgerlich-konservativen Elternhauses wuchert der im von Besserverdienern bevorzugten Kieler Stadtteil Heikendorf aufgewachsene Apothekersohn und vierfache Vater gern vor traditioneller CDU-Mittelstandsklientel sowie vor den Landwirten, Fischern, Jägern, Windkraftgegnern des "echten Nordens".

Vor der eigenen Gefolgschaft schlüpft der brennend ehrgeizige Machtmensch hingegen in die Rolle des lässigen, Nonkonformismus simulierenden und "Gebrochenheit" mimenden Punkers im Ministersessel. Ungekämmt, Dreitagebart, Jeans, offenes Hemd, anbiedernd-infantiler Jargon, nervtötend häufig "Coolness" beschwörend und mit der "Muffe" vor dem politischen Scheitern kokettierend.

Wer verstehen will, wie dieser penetrant auf sein "Lebensgefühl" pochende Westdeutsche des Jahrgangs 1969 denkt, sollte einen Blick in seine akademischen Qualifikationsschriften werfen, in die Hamburger Magisterarbeit, eine stilkritische Untersuchung zu "Casimir Ulrich Boehlendorffs Gedichten" (1997), sowie in die Dissertation "Zur gattungstheoretischen Begründung literarischer Ästhetizität" (2001).

Der Zugriff auf den gänzlich vergessenen kurländischen Schriftsteller Boehlendorff (1775-1825) zeugt zwar von originell-sympathischem Spürsinn. Aber bereits dieses Debüt legt die krassen intellektuellen Defizite des Wissenschaftlers frei, die sich in der verstörenden Wirklichkeitsferne des Politikers bis heute chronisch fortschleppen.

Aufreizend ahistorisch

Gehörte Boehlendorff doch dem "Bund freier Männer" an, einem Kreis von Studenten, die sich 1793 um den frisch nach Jena berufenen Philosophen Johann Gottlieb Fichte scharten. Lehrer und Schüler einte die Sympathie für die Ideale der Französischen Revolution. Von diesem konkreten historischen Kontext seiner Poesie finden sich indes in Habecks formalistischen Exegesen kaum Andeutungen.

Obwohl dessen die Utopie der goldenen Zeit, die Wiederherstellung vergangener, glücklicherer Daseinsverhältnisse evozierende Texte ohne ihren Zusammenhang mit der Frühgeschichte der politischen Romantik und der Vorgeschichte des nicht weniger politisch ambitionierten deutschen Idealismus schwerlich zu begreifen sind.

Ebenso aufreizend ahistorisch und wahrhaft "utopisch", ort- und zeitlos, kommt die Doktorarbeit daher. Enigmatisch sich im fachchinesischen Bombast verpuppend (Kostprobe: "die Ikonizität der visuellen Medien ist formal als die Analogizität von Räumen unter Zuhilfenahme des Zeitfaktors semiotisch analysierbar"), dockt Habeck hier blauäugig an den während der 1990er in voller Rezeptionsblüte stehenden "französischen Blödsinn" (Camille Paglia) des Poststrukturalismus unheilbar neurotischer Kinder der Pariser Bourgeoisie, den Lacan, Foucault & Co. an. Deren zutiefst gegenauflärerische Ideologie schrieb sich die Zerstörung aller Identität garantierenden gesellschaftlichen Strukturen, Wissensordnungen, kulturellen Formationen aufs Panier.

Solche "Machtformen", an erster Stelle Volk, Nation, Staat, galt es durch "subversive Praktiken" zu atomisieren. Nachdem das Proletariat, weil zu "sozialdemokratisiert", als Rammbock gegen die "Bio-Macht alter weißer Männer", gegen Patriarchat, Phallokrate, Logozentrismus, ausgefallen war, sollen an seine Stelle Frauen, Schwule, "Diverse" aller Schattierungen treten,

denen sich aktuell das neue "Salz dieser Erde", die in die Metropolen des globalen Nordens eingesickerten "Migranten" als Alliierte empfehlen.

"Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen"

Derart konditioniert, war es für Habeck, der 2002 beschloß, Politiker zu werden, um bereits 2004 den Landesvorsitz in Schleswig-Holstein zu kapern, ein kurzer Weg zur Kernaussage seines von Bertelsmann verlegten "Plädoyers für einen linken Patriotismus" (2010): "Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wußte mit Deutschland nichts anzufangen und weiß es bis heute nicht."

Erquickend diese Offenheit, mit der Doktor Habeck signalisierte, daß weltanschaulich kein Blatt paßt zwischen ihm, der gleichfalls "radikale Ziele" verfolgen und humanitäre "Visionen" im Menschenversuch des "Sozialexperimentes" (Yascha Mounk) der Umvolkung verwirklichen will, und die im zweiten Semester Theaterwissenschaften gescheiterte Claudia Roth.

In den "Gesprächen über den Staat" (München 2017), die der Kieler Landtagsdirektor Utz Schliesky unter anderem mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle und eben mit seinem Minister für Energiewende und Umwelt führte, bekräftigt Habeck, daß ein "nationales Deutschland völlig uncool daherkommt" und linker Patriotismus kein "umgrenztes Territorium" und erst recht kein "homogenes Staatsvolk" benötige, das es ja ohnehin "so eigentlich nie gegeben hat".

Ausgenommen, wie der historisch unmusikalische Poststrukturalist in einem ulkigen Rückfall ins "ethnische", "naturalisierende" Denken behauptet, die Deutschen, "deren Geschichte über weite Strecken eine der Barbarei war".

Torheiten solchen Zuschnitts streut Habeck freigiebig auf vierzig Seiten des Interviews aus. Antwortet Voßkuhle auf Schlieskys Frage, was ihn motiviere, "seinem Vaterlande zu dienen" (Friedrich der Große), immerhin noch mit "protestantischer Ethik" und ringt sich sogar zur Überzeugung durch, die freiheitlich-demokratische Verfassungsordnung lasse sich "in einem Nationalstaat am besten realisieren", will Habeck einen "rationalen Gesellschaftsvertrag" mit allen Menschen schließen, die sich zufällig in der "Gebietskörperschaft Deutschland" aufhalten. "Die Fremde oder die Entfremdung ist meine Heimat".

Also ätzt er, der Satz Friedrichs des Großen zur Bürgerpflicht des Dienstes am Vaterland, "bedeutet mir gar nichts". Sein "Wertekompaß" sei auf "meine Familie" geeicht, "Werte" findet er überhaupt ausschließlich im "engsten privaten Raum".

Nächstes Ziel: Weltdemokratie

Als derart sich von allen ethnisch-kulturellen Wurzeln abschneidendes Elementarteilchen entspricht der grüne Barbar, für den "Europa" sich nicht auf Platon, Shakespeare und Goethe, sondern auf "Interrail-Zugreise" ("heiße Nächte auf griechischen Bahnhöfen") reimt, neoliberalen Erwartungen an die Gattungsteilnehmer der posthumanen Marktgesellschaft schon verblüffend gut.

Kein Wunder, daß er wie die Kapitäne des sich philanthropisch gerierenden Finanzkapitalismus eine "Weltdemokratie" anpeilt ("Wäre das schlimm? Eher nicht, oder?"). 2035, so seine "große Erzählung", "werden wir Verantwortung an Europa delegiert haben".

Nationale seien durch europäische Wahlen ersetzt, ein "gewähltes europäisches Kabinett" regiere "die Menschen" im multikulturell-bunten Superstaat, die Nato sei als Institution in die UN überführt worden. Und wunderbarerweise "schreiben" die dann Herrschenden "humanitäre Werte und Ideale der Aufklärung fort", denen auch die inzwischen per "Umsiedlung" wohl auf mindestens 50 Millionen aufgestockte Muselmanen- und Schwarzafrikaner-Minoritäten begeistert huldigen. Die Alternative dazu, mit der Habeck droht, lautet "Renationalisierung und Krieg".

Neben "Bruder Hitler" (Thomas Mann) ist bekanntlich Angela Merkel die zweite "große Katastrophengestalt der deutschen Geschichte" (Rolf Peter Sieferle). Ob der selbsternannte grüne

"Visionär" als Bruder Habeck einst in diese Liga aufsteigen wird, haben die Wähler in der Hand. Über die dafür unabdingbare Voraussetzung, "Primitivität als Weltanschauung" (Thomas Mann), verfügt er jedenfalls heute schon.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 17. Juli 2018 (x1.000/...):

>>**Zum NATO-Gipfel: "Die NATO braucht es nicht" (Einschätzung von Craig Murray)**

... Vom 11.-12. Juli 2018 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der NATO-Länder in Brüssel. Trotz Meinungsverschiedenheiten, vor allem zwischen den USA und den europäischen NATO-Mitgliedsländern, wurde eine gemeinsame Gipfelerklärung verabschiedet. Im Folgenden nur vier der insgesamt 79 Punkte dieser Erklärung, die unter dem eingblendeten Link nachgelesen werden können: https://augengeradeaus.net/wp-content/uploads/2018/07/-20180711_NATO-Gipfel_Erklaerung_deutsch.pdf –

Punkt 3: Alle Verbündeten haben das Ziel bekräftigt, "ihre Ausgaben für Verteidigung real zu erhöhen". "Etwa zwei Drittel der Verbündeten (u.a. Deutschland) verfügen über nationale Pläne, bis 2024 zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben." -

Punkt 14: Beschluß der sogenannten "Four Thirties-Initiative" zu Deutsch "4×30-Initiative". Nach ihr sollen ab 2020 bei Bedarf "zusätzlich 30 größere Kampfschiffe, 30 mittel- bis schwerbewaffnete Infanteriebataillone und 30 Kampfflugzeugstaffeln" jederzeit in 30 Tagen eingesetzt werden können. –

Punkt 29: Beschluß, in Ulm, Deutschland, ist ein neues "Unterstützungs- und Befähigungskommando" für das Aufmarschgebiet eines möglichen Konflikts in Europa einzurichten. –

Punkt 6 und andere: Es sei daran festzuhalten, daß gegenüber der Regierung in Moskau weiterhin eine harte Linie der Abschreckung erforderlich ist.

Während also die NATO-Staaten ihre innere Struktur ausbauen und sogar noch aufrüsten, gibt es viele Kritiker, die die NATO als überflüssig erachten. So z.B. der ehemalige britische Botschafter - unter anderem in Usbekistan (2002-2004) - Craig Murray, der in einem Artikel vom 2. Juli 2018 drei Gründe auflistet, warum die NATO eine nachweisbar nutzlose Institution sei. Hier diese Gründe in gekürzter Form:

1. Afghanistan

Der bislang größte militärische Einsatz der NATO war vor 12 Jahren in Afghanistan. Er führte zu einer 80 %igen militärischen Niederlage des Landes und zur Einsetzung eines "Taschenregimes" (das meint einer gefügigen Regierung).

Darüber hinaus aber - und sogar vor allem - führte er zu einer riesigen Aufstockung der Heroinproduktion und damit Ankurbelung eines riesigen Drogenhandels, um die kriminelle Unterwelt NATO-weit zu finanzieren. Schauen Sie sich diese Statistik einmal genau an und staunen Sie darüber, wie dies zeitlich genau mit der Besetzung des Landes durch die NATO Anfang 2002 zusammenfällt: der enorme Anstieg der Anbaufläche für Opiummohn (grüner Balken) und daraus folgend dann der Anstieg der Opiumproduktion (dunkelblaue Linie).

Mit dem Einmarsch in Afghanistan und der Stärkung der Heroin-Warlords (das sind militärisch und wirtschaftlich so gut wie autonom agierende Stammesführer) haben sich die NATO-Länder letztlich selbst destabilisiert (vor allem aber moralisch völlig disqualifiziert).

2. Libyen

Die zweitgrößte Militäroperation der NATO war der Angriff auf Libyen. Dabei hat die NATO mit ihren unglaublichen 14.200 Lufteinsätzen ... fast die gesamte Infrastruktur des Landes zerstört und ganze Städte in Schutt und Asche gelegt. Hier ein Bild von Sirte nach der "NATO-Befreiung". Das unmittelbare Ergebnis der Zerstörung Libyens und seiner Regierungs- (bzw. Verwaltungsinfrastruktur) war dann der massive ungehinderte und immer noch anhaltende Ansturm meist schwarzafrikanischer Migranten auf Europa. ...

Das hat zu einer widerlichen Ausbeutung (seitens libyscher Milizen) und dem tragischen Tod vieler Migranten (im Mittelmeer) geführt. Darüber hinaus hat es auch die Regierungen und die

vorherrschende gesellschaftliche Moral der europäischen NATO-Mitgliedstaaten grundlegend geschwächt ... Kurz gesagt: Also auch mit der Zerstörung Libyens haben sich die NATO-Mitglieder wiederum letztlich nur selbst destabilisiert.

3. Rußland

Jetzt konzentriert sich die NATO wieder einmal auf die ursprüngliche "Bedrohung", deretwegen sie ja einst überhaupt gegründet wurde: eine russische Invasion Westeuropas. Rußland aber hat überhaupt nicht die Absicht, in Westeuropa einzumarschieren. Allein der Gedanke ist aberwitzig. Es braucht keine NATO, um eine Gefahr abzuwehren, die nicht existiert. ... Die russischen Verteidigungsausgaben betragen gerade einmal ein Sechstel der NATO-Ausgaben. ... Rußland kann sich zwar gut selbst verteidigen, aber es ist nicht in der Lage, Großmächte anzugreifen. ...

Die Gefahr eines russischen Angriffs auf die NATO selbst existiert nicht. Die EU ist zwar offiziell kein Militärbündnis (noch nicht!), aber der Gedanke, daß irgendein Teil des EU-Gebiets militärisch eingenommen würde, ohne daß der Rest der EU reagierte, ist politisch unmöglich. ... Es gibt keine praktische Bedrohung der baltischen Staaten, deren Sicherheit de facto durch die EU-Mitgliedschaft garantiert ist.

Damit ist die Verteidigungsrolle der NATO gegen Rußland entbehrlich, und seine darüber hinausgehenden militärischen Abenteuer haben sich samt und sonders als eine einzige Katastrophe dargestellt.

So weit als Gegenstimme zum NATO-Gipfel die Einschätzung des ehemaligen britischen Botschafters Craig Murray. Wer immer sich mit den vielen Kla.TV-Sendungen zur NATO auseinandersetzt, wird kaum anders können als zur selben Schlußfolgerung wie Murray zu kommen: "Die NATO braucht es nicht!"<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. Oktober 2018: >>Umvolkung

"Die Umvolkung hat längst begonnen", twitterte die CDU-Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla am 24. September 2016. Das war zu viel der Wahrheit: Die Verwendung dieses Begriffes kostete sie die erneute Nominierung.

Umvolkung bezeichnet ein Regierungshandeln, das eine grundlegende Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung eines bestimmten Gebietes bewirkt. Daß die Politik der offenen Grenzen, die seit 2015 nahezu 2 Millionen Menschen, zumeist junge, männliche Muslime, nach Deutschland geholt hat, die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung grundlegend verändert, weiß jeder, der einmal durch die Fußgängerzone einer beliebigen deutschen Groß- oder Mittelstadt schlendert.

Aber, so lautet der Einwand, diese Veränderung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung ist ja nicht das Ziel von Merkels Politik, sondern nur ein Kollateralschaden. Merkel gehe es in Wahrheit um Moral und Menschlichkeit. Und das dürfe man doch nicht mit diesem bösen Wort bezeichnen.

Merkel geht es worum, bitte? Der Glaube vieler Deutscher an die edlen Motive einer Regierung, die das Land objektiv ruiniert, weckt bei mir abwechselnd Heiterkeit und Fassungslosigkeit.

Schon der große Staatsphilosoph Carl Schmitt wußte es genau: "Wer von Menschheit spricht, der will betrügen."

Umvolkung klingt hart, unschön, unangenehm. Umvolkung klingt wie Messerattacken, Vergewaltigungen und Islamisierung. "Es klingt wie" staatliches Verständnis für Gewalttäter und politische Diskriminierung des dagegen gerichteten Protests. Umvolkung klingt also wie die Realität in Merkels Deutschland. Genau deshalb soll der Begriff tabuisiert werden. Weil er die Wahrheit ausdrückt.<<

Der deutsche AfD-Politiker Alexander Gauland berichtete am 6. Oktober 2018 in der "FAZ" über die Dominanz der Internationalisten (x335/10): >>... Diese globalisierte Klasse sitzt in

den international agierenden Unternehmen, in Organisationen wie der UN, in den Medien, Startups, Universitäten, NGOs, Stiftungen, in den Parteien und ihren Apparaten, und weil sie die Informationen kontrolliert, gibt sie kulturell und politisch den Takt vor.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 6. Oktober 2018 (x1.000/...): >>>Kriegsverbrechen und grausamste Waffen - Die westliche Wertegemeinschaft nach ihren eigenen Maßstäben bemessen

... Die westliche Wertegemeinschaft, das sind die USA im Verbund mit der EU, warf den ehemaligen Regierungschefs Gaddafi in Libyen oder Saddam Hussein im Irak Grausamkeiten gegen die eigenen Bürger vor. Danach hat sie diese mittels militärischer Maßnahmen ihrer Ämter enthoben und getötet, sowie deren Länder verwüstet.

Aktuell werden Assad, dem Präsidenten von Syrien, immer wieder Giftgasanschläge gegen seine Bevölkerung angelastet. Diese unbewiesenen Anschläge wurden mit militärischen Vergeltungsaktionen und wirtschaftlichen Sanktionen, die vor allem die Zivilbevölkerung stark belasten, geahndet. Doch an dieser Stelle soll auch mal die westliche Wertegemeinschaft an ihren eigenen Maßstäben gemessen und genauer unter die Lupe genommen werden. Wie sieht bei den westlichen Staaten, die sich als moralisch hoch stehend bezeichnen, der Umgang mit der Zivilbevölkerung aus?

Das Ergebnis fällt ernüchternd aus: In den letzten 80 Jahren wurden von Regierungen der westlichen Wertegemeinschaft nachweislich Aktionen gegen Zivilisten eingesetzt, die in keinem Vergleich zu den Dingen stehen, die unbewiesenermaßen Assad angelastet werden. Betrachtet man nur einmal allein die durch die westliche Wertegemeinschaft hier in Dresden hinterlassenen Narben. Diese wunderschöne Barockstadt Dresden wurde im Februar 1945 grausam zerstört.

Heute zeugen hiervon immer noch die mittlerweile wieder aufgebauten Gebäude, wie beispielsweise die Frauenkirche hinter mir. Doch nicht nur Gebäude wurden zerstört - es traf besonders unzählige, unschuldige Menschen. Hierzu ein kleiner Rückblick:

Beispiel 1 - Die Bombardierung Dresdens

In der Nacht vom 13. auf den 14. Februar 1945 wurden nach damaligen Schätzungen mindestens zwischen 250.000 und 500.000 Menschen in Dresden durch Brandbomben der englischen Luftwaffe getötet.

In der Stadt befanden sich zu dieser Zeit nicht nur die rund 600.000 Einwohner, sondern darüber hinaus noch einmal so viele Vertriebene und Flüchtlinge aus Osteuropa. Das war auch den Alliierten bekannt, denn die Stadt war als "Lazarettstadt" deklariert und die Dächer der Häuser waren mit "Rote-Kreuz-Zeichen" versehen. Dresden war kein militärisches Ziel.

Der britische Historiker David Irving zitierte zum 45. Jahrestag der Bombardierung Dresdens den britischen Premierminister Winston L. S. Churchill sehr vielsagend und die damalige Gesinnung der Alliierten entlarvend so:

"Ich will keine Vorschläge hören, wie wir kriegswichtige Ziele im Umland von Dresden zerstören können; ich will Vorschläge hören, wie wir 600.000 Flüchtlinge aus Breslau in Dresden braten können."

Aber nicht nur Dresden war Ziel dieses Hasses und dieses Vernichtungswillens. Sämtliche deutsche Großstädte und 80 Prozent aller deutschen Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern fielen den Brandangriffen zum Opfer. Mehrere hunderttausend Zivilisten haben durch diesen Vernichtungswahn ihr Leben verloren. Doch Dresden ist leider nur ein Beispiel von vielen. Wie sah das Eingreifen der westlichen Wertegemeinschaft beispielsweise in Hiroshima und Nagasaki oder im Vietnamkrieg aus? Und sind nicht auch Phosphorbomben und angereichertes Uran grausame Kriegswaffen?

Beispiel 2 - Abwurf von Atombomben über Hiroshima und Nagasaki in Japan

Am 9. Juli 1945 hatte der japanische Botschafter Sato Naotake in Moskau um Friedensver-

handlungen gebeten. Japan stand kurz vor der Kapitulation. Trotzdem startete am Morgen des 6. August 1945 der US-Bomber "Enola Gay" zu seiner Mission, die erste Atombombe über bewohntem japanischem Gebiet abzuwerfen.

In 580 Metern Höhe über der Innenstadt von Hiroshima detonierte diese Bombe und innerhalb von Sekunden zerstörte die Druckwelle 80 Prozent der Innenstadtfläche. Feuer mit einer Innentemperatur von über einer Million Grad Celsius brach explosionsartig aus. Die entstandene Hitze ließ noch Bäume verbrennen, die sich in einer Entfernung von über zehn Kilometern befanden.

Obwohl der US-Regierung die ungeheure Zerstörungskraft der Atombomben bekannt war, wurde für den 9. August ein weiterer Abwurf über der Stadt Kokura angeordnet. Durch die starke Bewölkung an diesem Tag konnte Kokura aber nicht angefliegen werden. Deshalb entschied man sich, die Bombe über Nagasaki abzuwerfen.

Mindestens 155.000 Menschen starben in den beiden Städten sofort und 110.000 verschieden durch radioaktive Verstrahlung qualvollst innerhalb weniger Wochen bis Monate bzw. Jahre danach. Bis heute sterben Japaner an den Spätfolgen. Da es in Folge der radioaktiven Verstrahlung zu Schädigungen des Erbgutes kam, werden über Generationen hinaus Menschen an den Spätfolgen dieser beiden Angriffe großes Leid tragen.

Beispiel 3 - Der Einsatz von Agent Orange im Vietnamkrieg

Die USA setzte das Gift Agent Orange zum ersten Mal im Vietnamkrieg im Jahr 1965 ein. Agent Orange wurde nicht nur als Entlaubungsmittel benutzt, es diente auch zur Zerstörung von Nutzpflanzen. Beim Menschen ruft es vor allem Leukämie, Prostatakrebs, Wirbelsäulensplatt, Nervenleiden, Diabetes und Parkinson hervor. Durch die Anwendung im Vietnamkrieg hatten nach offiziellen Angaben drei Millionen Menschen Folgeschäden und 150.000 Kinder wurden mit Behinderungen geboren. Aber auch heute noch, über 40 Jahre nach dem Einsatz, kommen Kinder mit Behinderungen aufgrund von Agent Orange zur Welt.

Beispiel 4 - Phosphorbomben sind seit den Zusatzprotokollen von 1977 zu den Genfer Abkommen aus dem Jahr 1949 verboten.

Diese Protokolle wurden von 168 Staaten ratifiziert. Das hinderte die US-Regierung aber nicht daran, diese Bomben 2016 im Irak einzusetzen. Die israelischen Streitkräfte setzen weißen Phosphor auch immer wieder mal gegen Palästinenser ein. Neben der Anwendung als Brandbombe wirkt weißer Phosphor dazu auch noch hochgiftig, und schon 50 mg sind für den Menschen tödlich.

Beispiel 5 - Abgereichertes Uran

Abgereichertes Uran ist ein Abfallprodukt der Uran- und Atomindustrie. Das radioaktive und hochgiftige Material müßte unter hohem Kostenaufwand für einen sehr langen Zeitraum in gesicherten Deponien gelagert werden. Diese Kosten sparte sich die westliche Wertegemeinschaft ein, indem sie dieses abgereicherte Uran in Form von Uranmunition, auch DU-Munition genannt, auf den Kriegsschauplätzen dieser Welt zum Einsatz bringt.

Von den Mitgliedsländern der NATO wurde Uranmunition schon in Serbien, Libyen und dem Irak eingesetzt. Auch bei den aktuellen Kriegshandlungen in Syrien soll diese Munition schon verschossen worden sein. In den Ländern, wo DU bereits verwendet wurde, kommen durch die Schädigung des Erbgutes erschreckend viele mißgebildete Kinder zur Welt, und das kann sich noch über Generationen fortsetzen. In Serbien haben die aggressiven Krebserkrankungen bei Jung und Alt in den letzten Jahren schon ein epidemisches Ausmaß erreicht. Nach Angaben des serbischen Gesundheitsministeriums erkrankt jeden Tag ein Kind an Krebs.

Seit 2007 gab es mehrere Anläufe, DU-Munition zu verbieten, aber die Regierungen der angeblich moralisch hochstehenden Staaten USA, Großbritannien, Frankreich und Israel konnten sich diesen Bestrebungen immer wieder erfolgreich widersetzen.

Beispiel 6 - Feldversuch für neue Generation von Uranbomben in Afghanistan

Seit 2001 wird von den USA und ihren Verbündeten Krieg in Afghanistan geführt. Anders als im Irak wurde hier erstmals Munition aus Uranlegierungen mit nicht angereichertem Uran eingesetzt, die eine katastrophal hohe Kontamination (radioaktive Verseuchung) der Zivilisten hervorrief.

Tests mit einer großen Anzahl von Menschen aus Jalalabad und Kabul zeigten Uran-Konzentrationen im Urin, die 400 % bis 2.000 % über den normalen Werten lagen. Es handelt sich dabei um derart große Mengen, wie sie nie zuvor in Untersuchungen an Zivilisten gemessen worden waren, nicht einmal in Tschernobyl! Eine kanadische Forschergruppe des "Uranium Medical Research Center" (UMRC) wies schon nach einem Jahr extreme gesundheitliche Schäden an Neugeborenen nach.

Ohne Ausnahme wurde jede Person in Afghanistan, die eine Urinprobe abgegeben hatte, positiv auf Urankontamination getestet. Die Konzentrationen waren 100 bis 400 mal höher als jene der Golfkriegsveteranen, die von UMRC 1999 und 2003 im Irak getestet worden waren. Laut UMRC wurde Afghanistan somit als Testfeld für eine ganz neue Generation bunkerbrechender Uranbomben benutzt.

Fazit: Diese Beispiele zeigen, wie die vermeintlich moralisch hochstehende westliche Wertegemeinschaft immer wieder absolut völkerrechtswidrig und zudem mit menschenverachtenden Waffen gegen die Zivilbevölkerung vorgegangen ist.

Die damalige stellvertretende Vorsitzende der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Dr. Angelika Claußen, brachte es 2004 in ihrer Stellungnahme zu den Folgen von Uranmunition so auf den Punkt: "Keine Macht dieser Welt hat das Recht, auf ihren selbstherrlich gewählten Kriegsschauplätzen die Menschen noch lange nach Beendigung der Kriegshandlungen zu vergiften und zu töten."

Diese grausamen Verbrechen an der Menschheit wurden bis heute weder vor ein Kriegsverbrechertribunal gestellt, geschweige denn die Schuldigen verurteilt! Im Gegenteil - genau diese und ihresgleichen hetzen ungehemmt zu weiteren Kriegen auf.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 13. Oktober 2018 (x1.000/...): >>>**Globaler Pakt für Migration: Der Weg in die Tyrannei**

Von *Gerhard Wisnewski*

... Meinung ungeschminkt, heute mit Gerhard Wisnewski, deutscher Journalist, Schriftsteller und Filmautor. Im nun folgenden leicht gekürzten Beitrag, der in der ExpressZeitung vom August 2018 erschien, geht es um den "Globalen Pakt für Migration" der Vereinten Nationen (UN).

Dieser soll am 10./11. Dezember 2018 in Marrakesch (Marokko) von fast allen UN-Mitgliedstaaten unterzeichnet und in Kraft gesetzt werden: Globaler Pakt für Migration: Der Weg in die Tyrannei ... Wenn es nach den globalen Migrationsplanern geht, sollen die Zeiten der freien Berichterstattung und freien Meinungsäußerung über Migration bald vorbei sein. ... Die globalen Pläne zur totalen Umkämpfung der Völker und des Planeten können ja nur funktionieren, wenn die Migrationsstrategen das Denken, die Meinungen und die Medien kontrollieren.

Und das ist nicht etwa eine düstere Prognose eines ewigen Pessimisten. Vielmehr kann man dies bereits einem Bericht des UN-Generalsekretärs António Guterres entnehmen: "Wir müssen leider feststellen, daß fremdenfeindliche politische Narrative über Migration heute zu weit verbreitet sind. ...Wir dürfen nicht zulassen, daß diese unsere Agenda verzerren." ...

Genau diese Gleichschaltung der veröffentlichten Meinung ist auch in den UN-Plänen zur Massenmigration vorgesehen, insbesondere in dem "Global Compact for Migration", sprich: dem "Globalen Pakt für Migration", der nicht irgendwann einmal unterschrieben werden soll, der keine Science Fiction ist, sondern der direkt vor unserer Haustür steht. Bereits im Dezember 2018 soll er von den UN-Mitgliedsstaaten unterzeichnet werden.

Die totale Gleichschaltung erfolgt über die Ächtung und Bekämpfung von "Diskriminierung", "Rassismus", "Rassendiskriminierung", "Fremdenfeindlichkeit", und "Intoleranz" - was vielleicht nicht weiter schlimm erscheint. Denn wer möchte schon Rassist sein und Fremden pauschal feindlich gegenüberstehen. Das Problem ist nur, daß es sich bei diesen Begriffen nicht nur um Gummibegriffe handelt, sondern um regelrechte "Joker", die man je nach Bedarf so oder so auslegen und definieren kann.

Das heißt, daß dieses neue UN-Recht flexibel ist wie Kautschuk und daß das, was "Rassismus" oder "Fremdenfeindlichkeit" ist, nicht wir bestimmen, sondern die UNO und ihre angeschlossenen Regierungen. Und das zweite Problem besteht darin, daß die Flexibilität erbarungslos ausgenutzt werden soll - nämlich in Richtung einer immer weiteren Ausweitung dessen, was "Rassismus", "Diskriminierung" oder "Fremdenfeindlichkeit" sein sollen.

So heißt es im endgültigen Entwurf des Migrationspaktes vom 11. Juli 2018, den im Dezember 190 von 193 Staaten unterzeichnen wollen: "Wir verpflichten uns, alle Formen der Diskriminierung zu beseitigen sowie Äußerungen, Handlungen und Erscheinungsformen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängende Intoleranz gegenüber allen Migranten im Einklang mit den internationalen Menschenrechten zu verurteilen und zu bekämpfen."

Der nächste Schritt ist also, daß man nicht nur mit Gummibegriffen wie "Rassismus" arbeitet, sondern auch Äußerungen, Handlungen und "Formen" oder "Erscheinungsformen" bekämpfen will, was noch mehr Verhaltensweisen einschließen kann. Schon heute kann man nur staunen, was alles eine "Form von Diskriminierung" sein kann.

In Deutschland zum Beispiel beschäftigt sich eine Tarnorganisation der Geheimdienste und der Regierung mit dieser Begriffsverbiegung und -ausweitung, nämlich die migrantenfreundliche Amadeu Antonio Stiftung, geleitet von einer Ex-Stasi-Agentin. "Tarnorganisation" deshalb, weil sie zu großen Teilen von der Regierung finanziert wird, während in ihrem Stiftungsrat der Verfassungsschutz-Präsident eines Bundeslandes sitzt. Und wenn es nach dieser regierungs- und geheimdienstnahen Stiftung geht, muß niemand "Flüchtlinge raus!" oder "Deutschland den Deutschen!" schreien, um als Rassist zu gelten. Nein - sondern wenn es nach dieser Organisation geht, sind wir bereits alle ein Volk von Rassisten.

Denn wer hat nicht schon von "Wirtschaftsflüchtlingen" gesprochen oder sich beklagt, daß uns die Medien im Zusammenhang mit Migranten ohnehin nur belügen. Laut der Amadeu Antonio Stiftung ist das alles bereits "rassistische Hetze". Diese staatlich geförderte Stiftung hat einen ganzen Katalog zusammengestellt, was unter "rassistischer Hetze" zu verstehen sein soll.

Wenn zum Beispiel jemand im Zusammenhang mit Migranten von "wir" und "sie" spricht oder Migranten für "gesamtgesellschaftliche Probleme wie Sexismus, Kriminalität oder Wohnungsmangel" verantwortlich macht, ist das ... verboten. Demnach ist "rassistische Hetze": - Gegenüberstellung von "Wir" und "Die" - Verallgemeinerungen, wie: "alle Flüchtlinge" ... - angeblicher "Kulturrassismus", wie: "Die passen einfach nicht zu uns ..." - angebliche (nationalistische) Relativierungen, wie: "Was ist mit unseren Kindern, Obdachlosen etc.?" - wenn man sagt: "Bald fühlt man sich fremd im eigenen Land" ...

Das sind also genau die "Formen" von Rassismus, von denen im Migrationspakt die Rede ist. Denn Rassismus ist eigentlich alles, was sich kritisch mit Migranten auseinandersetzt. ... "Der nächste Schritt sind Lager", warnte denn auch der Autor Oliver Janich in einem Video. Die Kriminalisierung von Einwanderungskritikern führe dazu, daß sie irgendwann eingesperrt würden: "Ob im Gefängnis oder im Lager, ist am Ende egal. Aber nach diesen Definitionen hier wird das Tausende betreffen. ... Nach diesen Definitionen ist jeder, der Kritik an der Einwanderung übt, kriminell. Damit sei die rassistische, gegen die ursprünglich einheimische Bevölkerung gerichtete Diktatur Realität. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/52-54): >>Der Soros-Plan

_ von Daniell Pföhringer

... Soros hat laut dem US-Magazin Forbes über 24 Milliarden Dollar auf der hohen Kante. Er unterstützt schon seit 1979 die von ihm gegründeten Open Society Foundations, mit denen unter anderem die sogenannten Farbenrevolutionen in Georgien oder der Ukraine gepusht wurden. Bei aller vermeintlichen Förderung von Demokratie und Menschenrechten dürfte der glühende Verfechter der Euro-Transferunion und Abschaffung der Nationalstaaten immer auch eigene Vorteile im Blick haben:

Er investierte nach dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989 relativ geringes Geld in ehemalige Staatsfirmen, die später ein Vielfaches an Gewinnen abwarfen. Viktor Orban wirft Soros vor, daß er nun von Revolutions- auf Invasions-Sponsoring umgesattelt habe, "als zivile Vereine getarnte Lobby-Organisationen" fördere und "ein regelrechtes Netzwerk mit eigenen Sprechern, eigenen Medien, vielen hundert Menschen, einer eigenen Universität" unterhalte. Solche Aktivitäten will der ungarische Premier im Interesse seines Landes einschränken.

Tatsächlich liegt Orban nicht falsch, wenn er Soros, dessen schier unerschöpfliches Vermögen hauptsächlich auf spekulative Angriffe seines Quantum-Fonds in den 1990er Jahren auf das britische Pfund, die D-Mark und den argentinischen Peso zurückzuführen ist, nun als treibende Kraft hinter dem Zuwanderungslobbyismus identifiziert. Schließlich hat es sich die von Soros ins Leben gerufene International Migration Initiative (IMI) ausdrücklich zur Aufgabe gemacht, vermeintliche Verstöße gegen die Rechte von Migranten zu ahnden, ihnen einen erleichterten Zugang zu Gerichten in Europa zu ermöglichen und ihre Integration in den Arbeitsmarkt zu fördern.

Dazu soll, wie es seitens der IMI heißt, ein "Netzwerk von juristischen Fachleuten und Organisationen" errichtet werden, das die angeblichen Flüchtlinge befähigen soll, "ihre Rechte zu behaupten und zu verteidigen". Außerdem will sich die sogenannte Migrationsinitiative für eine "Verbesserung des Dialogs mit der Politik" einsetzen. Übersetzt heißt das: Es soll politischer Druck auf die europäischen Regierungen ausgeübt werden, der Massenzuwanderung Tür und Tor zu öffnen.

Organisierte Asylflut

... Ungarische Regierungsvertreter sprechen offen von einem "Soros-Plan". Orban wirft dem berüchtigten Finanzhai vor, Europa mit Migranten "überschwemmen" und seiner "christlichen und nationalen Identität" berauben zu wollen. Um die ethnokulturelle Identität der europäischen Völker zu zerstören, fördere Soros eine "Invasion" aus der muslimischen Welt, so der Premier in gewohnt deutlicher Wortwahl. ...

Unter dem Titel "Rebuilding the Asylum System" ("Der Wiederaufbau des Asyl-Systems") veröffentlichte Soros im September 2015 - auf dem Höhepunkt der Asylkrise - einen Text, in dem er zunächst apodiktisch forderte, daß die "EU für die absehbare Zukunft eine Million Asylsuchende pro Jahr zu akzeptieren" habe und pro Person jeweils 15.000 Euro in den ersten beiden Jahren bereitstellen solle. Der US-Milliardär schrieb, es sei wichtig, "die Vorlieben sowohl der Staaten als auch der Asylbewerber zu berücksichtigen und dabei so wenig Zwang wie möglich auszuüben. Die Flüchtlinge dort anzusiedeln, wo sie sein möchten und wo sie erwünscht sind, ist eine *Conditio sine qua non* für den Erfolg".

Des Weiteren habe Brüssel wirtschaftliche Sonderzonen in den Herkunftsländern der Migranten zu fördern. Dafür seien "mindestens acht bis zehn Milliarden Euro" bereitzustellen, so Soros. Neben einer gemeinsamen Asyl-Bürokratie sieht sein Plan vier "sichere Reiserouten" für die Migranten vor. ...

Brüsseler Spitzen

Soros' Migrationsagenda ist also genauso belegbar wie das von ihm finanzierte Netzwerk von

Lobbyorganisationen, die insbesondere im Herzen der EU-Bürokratie massiv Einfluß nehmen. Ins Bild paßt da ein Brüssel-Besuch des selbsternannten Philanthropen im April 2016, bei dem dieser herzlich von führenden Eurokraten, darunter Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, empfangen wurde, obwohl der Börsenmilliardär kein öffentliches Amt bekleidet. Nur wenige Monate später veröffentlichte die amerikanische Webseite DC Leaks 2.576 Dokumente von Einflußorganisationen des notorischen Strippenziehers. Die Papiere belegen eindeutig, wie Soros' Gefolgsleute den direkten Kontakt zu Entscheidern im Umfeld des Europaparlamentes suchen. Bei der Wählerarbeit von Soros und seinem Überfremdungs-Plan handelt es sich also nicht um Verschwörungstheorien.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 5. November 2018

(x887/...): >>Legalisierung der Masseneinwanderung

Unterzeichnung des "Globalen Pakts für eine sichere, geordnete und reguläre Migration" am 10. Dezember

Am 10. Dezember werden die Vertreter von rund 190 Staaten der Welt, also fast aller, im marokkanischen Marrakesch ein Dokument unterzeichnen, das den Titel trägt: "Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration".

Daß unter den Staaten, die ihre Zustimmung bereits bekundet haben, auch Deutschland zu finden ist, kann nicht verwundern.

Schließlich darf sich Kanzlerin Angela Merkel schmeicheln, durch ihre Grenzöffnung für jedermann im Jahre 2015 die Blaupause für den Pakt der UN geliefert zu haben. Was Merkel vor drei Jahren gegen deutsches Recht und Gesetz gemacht hat, soll nun rückwirkend durch UN-Beschluß die Weihen der Rechtlichkeit erhalten. Man darf getrost unterstellen, daß damals die deutsche Grenzöffnung in der Führungsetage der UN mit Wohlgefallen, aber wahrscheinlich ohne große Überraschung beobachtet worden ist. Sie war Merkels persönlicher Beitrag zur Globalisierung, und daß nun darauf die Dokumentierung von Marrakesch folgt, darf man in engem Zusammenhang und nicht als Zufall sehen.

Ein Unterschied zwischen 2015 und dem 10. Dezember 2018 allerdings ist vorhanden. Während die damalige Grenzöffnung als spontane, philanthropische Entscheidung der Kanzlerin dargestellt wurde, trägt der Pakt der UN alle Kennzeichen einer durchdachten Strategie. Das beginnt mit dem Titel des Werks. Da ist die Rede von einer "sicheren, geordneten und regulären Migration". Das heißt nichts anderes, als daß allen Immigranten die Schwierigkeiten und Fährnisse, die ihnen begegnen könnten, aus dem Weg geräumt werden, daß dafür ein System eingerichtet wird, daß für die versprochene Ordnung sorgt, und daß ein Recht auf Immigration gesetzt wird.

Tatsächlich beruft sich der Pakt bereits in der Präambel auf die Menschenrechte sowie eine Vielzahl weiterer internationaler Abkommen, zum Teil solcher, die mit dem Problem gar nichts zu tun haben, wobei den Ansprüchen von Immigranten das Gewicht eines Grundrechts zugesprochen wird. Dazu wird allen Immigranten, das heißt also jedem, der in ein fremdes Land zuwandern will, das Recht der Aufnahme eingeräumt, einschließlich des Zugangs zu den sozialen Einrichtungen des betreffenden Landes. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, auf jede Kontrolle zu verzichten.

Beschrieben wird das wörtlich: "Der Global Compact basiert auf internationalen Menschenrechtsnormen und unterstützt die Prinzipien der Nicht-Regression (Nicht-Zurückweisung) und Nichtdiskriminierung. Mit der Implementierung des Global Compact haben wir die Gewährleistung der wirksamen Beachtung des Schutzes und der Erfüllung der Menschenrechte aller Migranten, unabhängig von ihrem Status, in allen Phasen des Migrationszyklus."

Der unscheinbare Einschub "unabhängig von ihrem Status" bedeutet nichts anderes, als daß auch Wirtschaftsflüchtlinge der Vorteile von politisch Verfolgten, die Asylrecht beanspruchen können, teilhaft werden. Wer keine Dokumente vorweisen kann, erhält neue. Die Staaten

werden des Rechts beraubt, ihre Grenzen zu sichern. Damit ist ein wesentlicher Schritt zur Aufhebung der Souveränität der Staaten getan.

Die Autoren des Textes bezeichnen die globale Migration als "Quelle von Wohlstand, Innovation und nachhaltiger Entwicklung". Tatsächlich dürfte diese Regelung dazu führen, daß aus den ärmeren Ländern der Welt so lange Wirtschaftsflüchtlinge in die reicheren ziehen, bis sich der Unterschied ausgeglichen hat, das heißt konkret, bis in Europa solche Zustände herrschen wie heute in den meisten Ländern Afrikas und somit der Anreiz zur Immigration wegfällt. Vorerst aber werden nach dem UN-Pakt Immigranten aller Art als besonders schützenswerte Personengruppe betrachtet.

Diese Auffassung scheint in zwei der klassischen Einwanderungsländer auf grundsätzlichen Widerstand zu stoßen, in den USA und Australien. Sie haben bereits bekundet, daß sie dem Pakt nicht beitreten werden. Auch Ungarn hat angekündigt, seine Unterschrift zu verweigern. In Österreich, Polen und Dänemark ist noch keine Entscheidung gefallen. Daß Widerspruch in Industrieländern und nur in solchen laut wird, bestärkt die Befürchtung, daß diese durch den Pakt Ziel regelloser Ausbeutung werden sollen.

Um aber zu verhindern, daß noch weitere Abweichler auftauchen, erklären die Autoren, daß der Pakt rechtlich nicht bindend sei. Das allerdings ist äußerst zweifelhaft, nicht nur wegen der wiederholten Formulierung "wir verpflichten uns ..." Vor allem der Konnex mit den Allgemeinen Menschenrechten stellt eine Bindungswirkung her, der einen Verstoß gegen den angeblich unverbindlichen Pakt mit einem Bruch der Menschenrechte gleichsetzt.

Jedenfalls wird sich kaum ein Land der Gefahr aussetzen wollen, vor den anderen als Unhold dazustehen. Es ist ja gerade diese Furcht, die viele dazu bewegt, überhaupt ihre Zustimmung zu dem Pakt zu geben. Daß die vielen Länder, die unter dem Wohlstandsdurchschnitt der Welt leben, den Pakt befürworten, liegt auf der Hand. Für sie, respektive manche ihrer Bürger, ist er nur von Vorteil, wenigstens vordergründig.

Durch Überbeanspruchung büßt nämlich jedes Sozialsystem seine Leistungsfähigkeit ein, wie das Beispiel Schweden zeigt, wo man lange gemeint hat, Ideologie sei stärker als die Wirklichkeit. Nun hat die Zuwanderung die Schweden von diesem Irrtum geheilt, und auch noch von einem zweiten, nämlich daß man Probleme wie die Zuwanderung allein mit Geld bewältigen könne. Dabei ist langfristig die Belastung durch kulturelle Verwerfungen erheblich größer als wirtschaftliche Schwierigkeiten. Nicht zuletzt die Entwicklung der Kriminalität zeigt das.<<

Herbert Ludwig berichtete am 24. November 2018 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die UNO (x974/...): >>Weltmacht UNO: antidemokratische Rechtssetzung von oben

Die UNO schwingt sich immer mehr zur globalen Rechtssetzungsinstanz auf. Mittels Erklärungen und "unverbindlicher" Soft Law-Pakts werden individuelle Menschenrechte behauptet, welche sich schleichend als Völkergewohnheitsrecht etablieren. Dieses verdrängt dann das demokratische Recht der einzelnen Staaten insoweit, als es diesem "Völkerrecht" nicht entspricht. Mit dem Migrationspakt der UNO wird dies gerade wieder beispielhaft praktiziert. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also letztlich das der einzelnen Menschen, wird damit insoweit als Grundlage demokratischer Gesellschaften zunehmend zu Gunsten einer sich den Staaten überordnenden UNO-Weltinstanz verdrängt.

Das demokratische Recht

In der Demokratie, die dem Anspruch nach auf der Selbstbestimmung des Menschen beruht, entsteht das Recht aus dem Gerechtigkeitsgefühl der freien Menschen, die im wirtschaftlichen und kulturellen Leben Rechte und Pflichten in Verträgen und in Gemeinschafts-Satzungen vereinbaren, sowie im staatlichen Leben durch ihre Abgeordneten allgemeine öffentlich- und zivilrechtliche Gesetze beschließen. Das Recht geht von unten, von den einzelnen Menschen

und in ihrer Gesamtheit vom "sich selbst bestimmenden" Volk aus und bindet Exekutive und Judikative. Das Recht ist demokratisch legitimiert, wenn es sich in dieser Weise von unten nach "oben" aufbaut.

Von der UNO wurde aber schon früh eine zunehmende Praxis eingeleitet, individuelle Rechte des Menschen über das Völkerrecht gleichsam von oben zu initiieren, die für die Völker und Menschen verbindlich sind, auch wenn sie von ihnen selbst in ihren Parlamenten nicht beschlossen wurden. Die Art und Weise, in der das Völkerrecht hier instrumentiert wird, müssen wir uns genauer anschauen, um die Vorgänge in der Politik zu durchschauen.

Ursprünglich sind im Völkerrecht die Rechtssubjekte nicht die individuellen Menschen, sondern die einzelnen Staaten, deren Regierungen miteinander völkerrechtliche Verträge abschließen. So schreibt der Völkerrechtler Ulrich Vosgerau: *"Herkömmlicherweise sind eigentlich Staaten die Rechtssubjekte und Akteure des Völkerrechts; sie bringen ihre Interessen in völkerrechtlichen Verträgen möglichst zum Ausgleich, und die Individualperson ist im Völkerrecht eigentlich "mediatisiert", d.h. sie wird mit ihren Rechten und Interessen von ihrem Staat vertreten, ist aber im allgemeinen nicht selbst Völkerrechtssubjekt."*

Diese völkerrechtlichen Verträge müssen von den nationalen Volksvertretern, den Parlamenten, gebilligt werden, damit das demokratische Legitimationsprinzip von unten nach oben gewahrt bleibt. Verbindlich sind diese vertraglichen Vereinbarungen nur für die Vertragsparteien.

Nun hat die UNO als internationale Organisation, der fast alle Staaten der Welt angehören, die Möglichkeit, die Regierungsvertreter aller Mitgliedstaaten zu versammeln und ihnen zur Verbesserung des allgemeinen Rechtsstandards individuelle Rechte für die Menschen ihrer Völker vorzuschlagen, die dann durch Beschluß oder Erklärung der Generalversammlung allen Staaten zur Übernahme empfohlen werden. Verbindlichkeit erlangen sie nur, wenn und insofern sie durch die Parlamente einzelner, vieler oder aller Staaten in das jeweilige nationale Recht eingegliedert werden. So weit so gut.

Das Völkergewohnheitsrecht

Die UNO benutzt aber auch das Instrument des aus dem angloamerikanischen Recht stammenden "Soft Law" (weiches Recht), um in von ihr initiierten Übereinkünften (compacts), die ausdrücklich keine völkerrechtliche Verbindlichkeit haben, individuelle Rechtsstandards als Ziele vorzugeben, deren Umsetzung den Staaten, die sich daran beteiligen, weitgehend überlassen bleibt.

Dabei wird aber genauer betrachtet die Umsetzung der Ziele als politische Verpflichtung verbindlich vereinbart, während der Modus der Umsetzung unverbindlich sein soll. So üben solche Pakte einen großen Druck aus, auch auf Staaten, die sich daran nicht beteiligen. Denn je mehr Staaten diese Standards über längere Zeit praktizieren, desto sicherer werden sie von Gerichten allmählich als Völkergewohnheitsrechte gewertet, die für alle Staaten, auch für die Nichtunterzeichner gelten.

Eine solche völkergewohnheitsrechtliche Wirkung haben sogar einseitige Erklärungen der UNO-Generalversammlung, auch wenn sie nicht in einen Soft Law-Pakt eingeflossen sind. Das eindrucklichste Beispiel ist die UN-Menschenrechtsdeklaration. Sie war *"ursprünglich eine rein politisch zu verstehende Absichtserklärung der UN-Generalversammlung ohne jede rechtlich bindende Wirkung."*

Doch *"sie erstarkte schon in den ersten Jahrzehnten seit ihrer Verkündung (1948) zu Völkergewohnheitsrecht, und jedenfalls wesentliche Kerngehalte der UN-Menschenrechtsdeklaration - welche genau, ist wie immer umstritten - dürfen heute sogar als ius cogens (zwingendes Recht) angesehen werden."* Das betrifft auch zahlreiche weitere Menschenrechtspakte.

Viele Staaten haben wesentliche dieser Menschenrechte in ihre Verfassungen übernommen, wenn, wie in der Bundesrepublik, solche Grundrechte nicht schon vorher darin enthalten wa-

ren. Aber gewohnheitsrechtlich gelten sie in der geschilderten Weise auch für alle anderen Staaten.

Der UN-Migrationspakt

Auch die *"New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten"* der UNO-Generalversammlung vom 19.9.2016, die viele Verpflichtungen enthält, die zur Umsetzung in den UN-Migrationspakt geflossen sind, wird, wie letzterer auch, diese völkergewohnheitsrechtlichen Wirkungen entfalten. Der UN-Migrationspakt stellt sich auch ausdrücklich in den Zusammenhang der Menschenrechtserklärung der UNO, wie um indirekt klar zu machen, daß es um ein neues individuelles Menschenrecht für ungehinderte Migration gehe.

"Schon eine Durchsicht des durchweg höchst komplizierten, oft sprachlich uneindeutig formulierten völkerrechtlichen Instruments ergibt, ... daß der herkömmlicherweise wichtigste und zentralste Aspekt des internationalen Migrationsrechts eigentlich fehlt: nämlich das Recht eines jeden souveränen Staates auf Entscheidung über Ob und Wie eventueller Zuwanderung und auf je eigene Gestaltung des nationalen Zuwanderungs- und Asylregimes.

Unter Umkehrung der traditionellen völkerrechtlichen Betrachtungsweise, nach der gleichberechtigte und souveräne Staaten die wesentlichen Akteure und v.a. auch die Rechtssubjekte des Völkerrechts sind, werden die Rechte der Migranten auf weltweite Wanderung und diskriminierungsfreie Niederlassung in den Vordergrund gestellt; diese sollen die Staaten sicherstellen, was wiederum von Stellen der Vereinten Nationen laufend überwacht werden soll."

"An diesem Programm fällt bereits auf, daß hier mit wesentlichen, bislang prägenden Grundsätzen des Völkerrechts wie auch des nationalen Asyl-, Einwanderungs- und Ausländerrechts gebrochen wird; die UN will im Hinblick auf das Migrationsrecht offenbar ein neues Kapitel der Völkerrechtsgeschichte aufschlagen. ...

Bereits in der New York Declaration (vom 19.9.2016), um so mehr aber im GCM (Global Compact for Migration), erscheinen - ganz in der Konsequenz dieses Ansatzes - eher die Individualmensen, also hier die Migranten, als die eigentlichen Rechtssubjekte mit unmittelbaren Rechten gegenüber der Weltgemeinschaft (d.h. in der Sache wohl eher: gegenüber den entwickelten, industrialisierten Ländern, in die sie gerne einwandern würden!), die Staaten hingegen werden offenbar tendenziell zu lokalen oder regionalen Versorgungsagenturen am Rand des großen Trecks, die manchmal allerdings etwas pflichtvergessen sind."

Im herkömmlichen Völkerrecht, in dem nicht die einzelnen Menschen, sondern die Staaten die Rechtssubjekte sind, sind sie es auch, die über die Einwanderung von einzelnen Migranten, erst recht von größeren Massen, in ihr Hoheitsgebiet entscheiden.

Daher, schreibt Dr. U. Vosgerau, *"ist das Ausländer-, Einwanderungs- und Migrationsrecht - auch in ausgesprochenen Einwanderungsländern - immer ein Unterfall des Polizei- und Ordnungsrechts. Der Einwanderungswunsch fremder Menschen zumal aus anderen Kulturkreisen ist immer und zunächst einmal eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit.*

Nur durch die sorgfältige Auswahl der geeignetsten Migranten unter konsequenter Zurückweisung zahlreicher ungeeigneter Kandidaten kann diese Gefahr einigermaßen beherrscht und minimiert werden.

Demgegenüber dreht bereits die New York Declaration - und um so mehr dann der GCM - diese rechtlich-politische Ausgangslage um und geht von einer Art Grundrecht aller Menschen auf weltweite Migration mit allgemeiner Niederlassungsfreiheit aus ("jederzeit und ohne Rücksicht auf ihren Migrationsstatus (d.h. ihren jeweiligen Rechtsstatus)" - "retten, aufnehmen, beherbergen").

Konsequenterweise kommt dann das Konzept der "illegalen Einwanderung" im GCM gar nicht mehr vor (!), es gibt nur noch den "irregulären Zustand" mancher Migranten, dieser wird aber eher als ein Versagen der Aufenthaltsstaaten angesehen, die den Migranten nicht

legalisiert haben und dadurch seine Rechte (v.a. auf diskriminierungsfreien Aufenthalt) schmälern."

Das grundlegende demokratische Problem

Wir sehen eine schon sehr weit fortgeschrittene Praxis, durch welche die Staaten, die Schutz- und Sicherheitsorganisationen der Völker, als Rechtssubjekte des Völkerrechts verdrängt werden und an ihre Stelle über alle Grenzen hinweg der internationale Mensch, der rechtlich überall gleichgestellte "Weltbürger" tritt. Zugleich wird das Selbstbestimmungsrecht der Menschen und Völker auf ihre eigene demokratische Rechtssetzung von unten nach oben sukzessive ausgeschaltet und ein "Weltrecht" von oben etabliert.

"In demokratischen Verfassungsstaaten ... wird Legitimität von unten nach oben aufgebaut. Ein Gesetz ist legitim, wenn es, hauptsächlich kraft des verfassungsmäßig vorgesehenen Verfahrens, letztlich als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts eines Volkes angesehen werden kann. Globale Zielvereinbarungen internationaler Organisationen wie eben der GCM stellen dieses Prinzip auf den Kopf.

Nach ihrer Konzeption soll eine nationale Migrationspolitik dann legitim sein, wenn sie den übergeordneten, äußerst migrationsfreundlichen Zielsetzungen des GCM entspricht. D.h., dem GCM liegt eher der Gedanke einer allmählichen rechtspolitischen Erziehung der Völker zugrunde, nicht aber deren jederzeitige demokratische Selbstbestimmung."

Hier geschieht etwas Tiefgreifendes, wie U. Vosgerau aufmerksam macht. Das völkerrechtliche Soft Law wird einerseits als harmlos, weil unverbindlich dargestellt, erlangt aber andererseits, auch unter tatkräftiger Mithilfe von NGOs, Aktivisten, Medien und "Zivilgesellschaft" als verbindlicher Standard allmählich gewohnheitsrechtliche Wirkung, an dem die nationale Rechtspraxis zu messen ist. Dies werde schleichend das Rechtsgefühl und das Legitimitätsbewußtsein der Menschen verändern.

Doch nicht nur der Legitimationsgedanke werde sich verändern, sondern auch das Verständnis von der Struktur des Rechts. *"Das Recht internationaler Organisationen - dies sieht man etwa auch im Europarecht - ist zumeist "politisches Recht". D.h., es soll nicht primär die in einer Gesellschaft ohnehin vorfindlichen Rechts - und Gerechtigkeitsvorstellungen zusammenfassen, auf den Punkt bringen und von Widersprüchen reinigen, sondern es soll ein bestimmtes Rechtsgefühl überhaupt erst erzeugen.*

Entsprechend geht der GCM als Rechtstext nicht von Tatbeständen und Rechtsfolgen, sondern von zu erreichenden Zielen aus, die übrigens vielfach einen durchaus utopischen Charakter haben. Damit ähnelt er strukturell dem Planungsrecht. Wo solche zielorientierten Normtexte mit teils utopischem Charakter sich mehr und mehr als 'internationaler Standard', als 'menschrechtliche Vorgabe der Vereinten Nationen, an denen die nationale Rechtspraxis zu messen ist', durchsetzen (wobei es, wie bereits erwähnt, weniger auf das Handeln der Regierung und staatlicher Stellen ankommt, sondern eher auf die Kommunikation in den Massenmedien), dort verändert sich das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung.

In legitimatorischer Hinsicht gilt dann statt des Satzes:

'Demokratisch legitimiert ist, was aus freien Wahlen hervorgegangene Parlamente beschließen haben, im einen Land ist es so, im nächsten ganz anders, und Wahlen können die bisher praktizierte Politik schnell ändern' nunmehr:

'Legitimiert ist, was in Übereinstimmung mit den internationalen Vorgaben steht; diese gelten auf der ganzen Welt in gleicher Weise.

Auch die Struktur des Rechts wird unter dem Eindruck internationaler, zielorientierter Regelungswerke immer weniger verstanden. Im Rechts- und Verfassungsstaat gilt eben, und dazu benötigt man keinen GCM:

'Recht ist, wenn an festgeschriebene Sachverhalte klare Rechtsfolgen geknüpft werden. Alle Staatsgewalten sind an das geschriebene Recht gebunden'.

Tendenziell wird daraus:

'Recht ist, wenn das staatliche Handeln den im GCM vorgeschriebenen Zielen dient'.

Ohne also zunächst überhaupt formalrechtlich verbindlich zu sein, trägt der GCM zum Abbau und zur Schwächung des demokratischen und rechtsstaatlichen Bewußtseins der Bevölkerung bei. Er schwächt und verunklart den demokratischen Selbstbestimmungsgedanken."

Ausblick

Das bedeutet, mit dieser unterschweligen Veränderung des Bewußtseins geht einher, daß keine Verteidigung der Selbstbestimmung, der Freiheit, mehr stattfindet. Das Widerstandspotential bei den Menschen schwindet. Sie werden zu folgsamen Sklaven, wenn nicht gar zu fanatischen Verfechtern eines Weltrechts von oben, ohne daß es ihnen selbst zum Bewußtsein kommt. Dieser Prozeß hat ja bereits weite Teile der Bevölkerung erfaßt.

Die UNO zeigt sich immer deutlicher in der Entwicklung zu einer Weltregierung, die zugleich Weltgesetzgeber ist. Wir stehen inmitten eines Prozesses zu einer totalitären Weltordnung mit einem Völkerrecht als "Weltverfassung", in der alle Menschen als "Weltbürger" überall die gleichen Rechte erhalten und die zahlreichen unterschiedlichen Nationalstaaten allmählich überflüssig werden. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018:

>>Die Geheimbünde der globalen Eliten

_von Jürgen Elsässer

Wer steckt hinter der Überflutung Europas durch Massenmigration und allen anderen Welt-übeln? Wer diesen Fragen nachgeht, wird schnell als Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt. Nun hat der britische Historiker Niall Ferguson den Weg für eine differenzierte Debatte eröffnet.

... 2016 hat er den ersten Band seiner Kissinger-Biographie (*Der Idealist*) vorgelegt, und im Mai 2018 ist im renommierten Propyläen-Verlag sein neuestes Werk *Türme und Plätze. Netzwerke, Hierarchien und der Kampf um die globale Macht* erschienen. "In diesem Buch versuche ich, einen Mittelweg zwischen der Hauptströmung der Historiographie, welche die Rolle von Netzwerken tendenziell unterschätzt hat, und den Verschwörungstheoretikern zu finden, die ihre Rolle gewöhnlich überschätzen."

Die Metapher im Titel weist auf eine Konstellation hin, die systemkonforme Spötter wie Eco nicht begreifen: Spätestens seit dem Mittelalter stehen sich vertikale Hierarchien - damals die dynastischen Staaten, die ihre Herrschaft mit Türmen sicherten - und horizontale Netzwerke - symbolisiert in den Plätzen, wo Händler und gemeines Volk in Kontakt kamen und eigene politische Ansprüche anmeldeten - gegenüber. Während der Adel seine Macht über die katholische Kirche legitimierte, stürmte die entstehende Bourgeoisie mit der Aufklärung gegen die klerikalen Dogmen.

Der neue Rationalismus fand als wichtigste Träger Geheimbünde wie die Illuminaten und die Freimaurer. Ferguson belegt, daß Letztere die Sezession Nordamerikas von der britischen Krone entscheidend vorangetrieben haben. Denselben Nachweis führte der langjährige FAZ-Redakteur Lorenz Jäger in seinem Buch *Hinter dem großen Orient. Freimaurerei und Revolutionsbewegungen* (2009) für den Sturz der Bourbonen in Frankreich 1789. Auch der italienische Aufstand unter Giuseppe Garibaldi, beweist Professor Aldo Mola, Dozent für Geschichte der Neuzeit an der Universität Mailand, war eine Operation der Freimaurer.

... Es gibt zwar mächtige Netzwerke in Vergangenheit und Gegenwart - aber diese konkurrieren miteinander und zerfallen auch immer wieder. So spalteten sich die Freimaurer schon im 18. Jahrhundert in eine anglophile und eine frankophile Richtung auf. Erstere bekämpfte Napoleon, Letztere unterstützte ihn.

Daß der Korse 1798 eine Expedition nach Ägypten unternahm, war militärisch ohne Sinn, sollte ihm aber Legitimation gegen die anglophilen Freimaurer verschaffen: Während diese

ihre Tradition auf das Alte Testament, also auf die Juden, zurückführten, suchten die Frankophilen ihre Wurzeln in den Mythen der Pharaonen.

Das Soros-Netzwerk

Dieser Kampf unterschiedlicher Netzwerke prägt auch die Gegenwart. Lorenz weist auf den freimaurerischen Einfluß auf den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy (2007 bis 2012) hin. Doch dieser Einfluß hat ihm wenig genützt: Er verlor sein Amt und war 2017 sogar wegen Korruptionsvorwürfen ("Gaddafi-Gate") in Untersuchungshaft.

Auch die Bilderberger-Gruppe ist nur ein Knoten im globalen Machtnetz, nicht dessen Zentrum. Der auf David Rockefeller und Henry Kissinger zurückgehende Elite-Club versammelt zwar seit 1954 jedes Jahr die einflußreichsten Politiker und Finanzmagnaten des Globus hinter verschlossenen Türen und hat 2005 die Ersetzung von Kanzler Gerhard Schröder durch Angela Merkel befördert.

Aber in den letzten Jahren setzte er bei seinem Politiker-Casting oft auf die Falschen: Der Sozialdemokrat Peer Steinbrück (2011 bei den Bilderbergern) und sein potentieller Koalitionspartner Jürgen Trittin (2012) konnten Merkel bei den Bundestagswahlen 2013 nicht besiegen und verschwanden anschließend in der Versenkung. Nicht besser scheint es Ursula von der Leyen zu ergehen: Obwohl dieses Jahr Gast auf der geheimen Jahreskonferenz, kommt sie aus den Negativschlagzeilen nicht heraus und spielt im Rennen um die Nachfolge der Rautenfrau keine Rolle. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018:

>>Sie wollen eine Weltregierung

_ Viktor Orban im Interview

Noch vor den Europawahlen im Mai sollen Fakten geschaffen werden - daher wird jetzt der UN-Migrationspakt durchgepeitscht. Das ist ein radikaler Bruch mit dem Völkerrecht.

Nächste Woche wird es einen EU-Gipfel geben. Ob die Frage des Grenzschutzes zur Sprache kommen wird, die neulich angeschnitten worden ist?

(Orban:) Wenn ich die europäische Situation jetzt in einem Satz als Antwort auf Ihre Frage zusammenfassen müßte, dann würde ich sagen: Die Einsätze liegen auf dem Tisch, alle Masken sind gefallen. Im Mai 2019 wird es also die Wahlen zum Europäischen Parlament geben: Jene Dinge, die jetzt geschehen, kann man am ehesten als Teil eines Wahlkampfes deuten. Beziehungsweise:

Die Politiker, die in Brüssel an der Macht sind ... - denn in Brüssel gibt es heute eine die Einwanderung befürwortende Mehrheit -, wollen jetzt noch alles bis zu den Wahlen im Mai durchdrücken, denn ... es kann auch passieren - und das ist zugleich auch unsere Hoffnung -, daß es in Europa nach den Wahlen eine die Einwanderung zurückweisende Mehrheit geben und es eine entsprechende EU-Kommission sowie ein entsprechendes EU-Parlament geben wird. ...

Die Wahrheit ist, daß mit Volldampf Ansiedlungsprogramme fabriziert werden. Die Kommission hat ihr Programm öffentlich gemacht, in dem sie niedergeschrieben hat, was ihrer Ansicht nach jetzt alles schnellstens durchgeführt werden müßte. ... Darin stehen Dinge wie ein ständiges Umsiedlungsprogramm, die Öffnung legaler Migrationsrouten, gemeinsame ... Migrationsprogramme mit afrikanischen Ländern, die Einführung eines neuen, sogenannten humanitären Visums, die Einbeziehung der NGOs in die Prüfung von Visa - überhaupt: Rechte, Befugnisse an jene Organisationen abgeben, die im Übrigen von George Soros finanziert werden.

Das sind also die Vorschläge. Die Wegnahme des Grenzschutzes von den Mitgliedsstaaten und seine Übergabe in die Hände von Frontex, wo man gar nicht mehr von Grenzschutz spricht, sondern - die Wörter besitzen eine Bedeutung! - ... von "Grenzmanagement". Also das Wort "Grenzschutz" bedeutet, das man eine Grenze schützt, und "Grenzmanagement" bedeu-

tet, daß es dort ein irgend etwas gibt, dessen Überquerung auf irgendeine Weise erledigt werden muß.

Kampf zweier Welten

In dieser Woche hat eine amerikanische Journalistin muslimischer Herkunft niedergeschrieben, daß es ein offenes Geheimnis ist ..., daß zum Beispiel in Amerika die Demonstrationen gegen den (von Trump unterstützten) Kandidaten (Brett Kavanaugh) zum Obersten Gerichtshof vor der Richterwahl von den von Soros unterstützten Organisationen organisiert, gesteuert, koordiniert wurden. Anscheinend funktioniert dies in Europa auf die gleiche Weise.

(Orban:) Auch das kann man langsam als ein offenes Geheimnis bezeichnen. ... Wir erinnern uns nicht mehr daran, weil so vieles geschieht, doch vor einigen Jahren wußten nur sehr wenige, was für ein starkes Netzwerk George Soros in Ungarn, in Mitteleuropa, in Brüssel und auch in Amerika mit vielen Millionen oder Milliarden Dollar betreibt. Das war damals ein verborgenes Netzwerk, das stärker unter dem Wasser wirkte - wie im Wasserball: oben lächeln wir, und unten treten wir uns. Das war auch ihre Taktik. ...

Gegen verborgene Netzwerke kann man nur sehr schwer kämpfen, jetzt befinden sie sich aber schon draußen im Sonnenlicht. ... Jedoch finde ich es am spannendsten, daß diese Schlacht auch in Amerika läuft. Denn es gibt den Kampf zwischen der Kraftgruppe des amerikanischen Präsidenten und der Soros'schen Seite auch in Amerika, was für uns Ungarn, die wir auf nationaler Grundlage stehen, schwer zu verstehen ist.

Wenn wir hinter die Ereignisse blicken, dann können wir sehen, daß die eine Kraft, die sich um den amerikanischen Präsidenten konzentriert, deutlich erkennbar zu den Grundlagen der amerikanischen nationalen Interessen zurückkehren will und parallel dazu anerkennen möchte, daß auch andere Nationen das Recht besitzen, ihr Leben, so wie sie wollen, ihrem eigenen Geschmack entsprechend zu organisieren und ihre Interessen zu vertreten. Ihnen gegenüber stehen in Amerika und überall die großen Soros'schen Netzwerke, die wir als Globalisten zu bezeichnen pflegen, und sie wollen anstatt der Vereinbarungen, der Verträge der Nationen, eine Weltregierung.

Wir glauben daran - wir stehen auf der nationalen Seite -, daß die Welt dann gut funktioniert, wenn sie unter Nationen aufgeteilt ist, wenn die Nationen gewählte Politiker besitzen und diese die Interessen ihrer eigenen Nation vertreten, miteinander Vereinbarungen treffen und die Dinge der Welt auf diese Weise erledigen. Die Globalisten glauben, daß es gut sei, wenn es eine Weltregierung, irgendwo ein Kraftzentrum, gibt, die von dort aus den Nationalstaaten obligatorisch vorschreibt, was gemacht werden muß. Das ist der Gedanke der Weltregierung.

...

Wühlarbeit der Soros-Netzwerke

Aber hier geht es doch nicht nur um ... von George Soros unterstützte Organisationen, sondern darum, daß wir sehen, wie diese unterstützten Leute auch in internationale Organisationen integriert werden. Zum Beispiel sehen wir, ... daß jetzt ein albanischer Rechtsanwalt Mitglied des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte geworden ist, der, obwohl er über keine Praxis als Richter verfügt, ausgewählt wurde - und es hat sich herausgestellt, daß er früher bei einer Stiftung von George Soros gearbeitet hat. Das Gleiche können wir in der UNO sehen, nicht wahr? Der Migrationspakt versucht, genau die gleiche globalistische Denkweise zu vertreten.

(Orban:) Diese Netzwerke, wie auch das von George Soros, besitzen einige Schwächen, doch sie verfügen auch über einige Wettbewerbsvorteile. Ihre Schwäche ist natürlich, daß, wenn man sie plötzlich benennt und man sich im Namen des Volkes gegen sie zu verteidigen beginnt - denn wir sind ja gewählte führende Politiker, es ist also unsere Aufgabe, die Interessen der Menschen zu vertreten -, dann stellt sich heraus, daß sie niemand ermächtigt hat, und in dieser Diskussion stehen sie auf verlorenem Posten. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/31-34): >>>Das Bilderberg-Komplott

_von Daniell Pföhringer

Gibt es eine geheime Weltregierung, die jedes Jahr irgendwo in einem Nobelhotel tagt? Oder was verbirgt sich hinter dem berüchtigten Geheimniskrämer-Klub, der - unter Ausschluß der Öffentlichkeit - den Geldadel mit der Politik zusammenbringt?

Oosterbeek, Ende Mai 1954: In dem kleinen holländischen Ort, etwa fünf Kilometer von Arnhem entfernt, trifft eine illustre Schar im noblen Hotel de Bilderberg ein. Trotz der Prominenz der Gäste - es handelt sich um Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft und Medien - gibt es keinen großen Bahnhof; man will kein Aufsehen erregen, ist bedacht auf Diskretion. Eingeladen hat Prinz Bernhard der Niederlande, erst Hitler-Verehrer, dann Verbindungsoffizier der Alliierten in London. Gemeinsam mit dem Polen Jozef Retinger hat der aus Jena stammende Vater der späteren Königin Beatrix die Konferenz vorbereitet.

Erschienen sind unter anderem der Hamburger Bürgermeister und Sozialdemokrat Max Brauer, Fiat-Chef Vittorio Valletta, der amerikanische Ketchup-König Jack Heinz, der Direktor von JP Morgan, Nelson Dean Jay, Unilever-Vorstand Paul Rijkens - und David Rockefeller, Manager der New Yorker Chase Manhattan Bank. Was auf dem Treffen besprochen wird, bleibt geheim. ...

Die Hand der CIA

Vieles spricht dafür, daß schon auf den ersten Konferenzen Schritte zur sogenannten europäischen Integration geplant wurden - so wie man auch später unterhalb des öffentlichen Radars politische und wirtschaftliche Weichenstellungen vorwegnahm. Der britische Historiker Richard Aldrich, Professor an der Universität Nottingham, schreibt in seinem Buch OSS, CIA and European Unity, "daß die Römischen Verträge (die Geburtsurkunde der Europäischen Gemeinschaft von 1957) ihren Ursprung in den Diskussionen bei Bilderberg im Jahr zuvor hatten."

Schon 1948 hatten Allen Dulles, der spätere Chef der CIA, und William Donovan, von 1942 bis 1945 Leiter des CIA-Vorgängers OSS, das American Committee for a United Europe (ACUE) gegründet. Wie der britische Telegraph im Jahr 2000 unter der Überschrift "Euro-Föderalisten von US-Spionen finanziert" berichtete, sponserte dieses Komitee die Europäische Bewegung Retingers. In dem Beitrag heißt es weiter:

"Die Finanzierung der ACUE erfolgte durch die Ford-Stiftung und die Rockefeller-Stiftung sowie durch Konzerne mit engen Verbindungen zur US-Regierung. Der Präsident der Ford-Stiftung, der ehemalige OSS-Offizier Paul Hoffman, war in den 1950er Jahren gleichzeitig Chef des ACUE."

Aldrich schreibt: "Es ist auffällig, daß die drei wichtigen transnationalen Elite-Gruppen in den 1950ern aufkommen: Die Europäische Bewegung, die Bilderberg-Gruppe und Jean Monnets Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa haben alle dieselben Ursprünge und bekommen aus denselben Gruppen ihre Unterstützung. Obwohl Bilderberg und die Europäische Bewegung im Allgemeinen dieselben Gründer, Mitglieder und Ziele teilten, stellte Bilderberg wohl den effektiveren Mechanismus des transatlantischen Dialogs dar und entwickelte sich zu etwas, was manche als das signifikanteste diskrete Forum für westliche Eliten ansehen." ...

Pyramide der Macht

Der Aufbau der Bilderberg-Gruppe gleicht einer Pyramide. An der Spitze steht ein innerer Kreis, der den Namen Advisory Group trägt und dessen Mitglieder auf Lebenszeit ernannt werden. Diese Top-Insider treffen sich auch zwischen den jährlichen Konferenzen und entscheiden darüber, wer auf die Gästeliste der Konferenzen gesetzt wird.

Der Advisory Group gehört beispielsweise der frühere US-Außenminister Henry Kissinger an.

Bis zu seinem Tod war auch der Milliardär David Rockefeller dabei, der als Graue Eminenz der Bilderberger galt. Frühere Mitglieder der Spitzengruppe waren unter anderem der Brite Eric Roll of Ipsden, Mitglied des House of Lords und Chef der Warburg-Bank, Fiat-Chef Giovanni Agnelli oder der deutsche Industrielle Otto Wolff von Amerongen.

Die nächste Ebene bildet der Lenkungsausschuß, das sogenannte Steering Committee, dem neben dem Vorsitzenden der Bilderberg-Gruppe auch zwei Generalsekretäre - einer für Europa und Kanada und einer für die USA - sowie weitere ständige Mitglieder angehören.

Als Chef amtiert derzeit der frühere Vorstandsvorsitzende des französischen Versicherungskonzerns Axa, Henri de Castries, weitere Mitglieder sind der Aufsichtsratschef der Deutschen Bank, Paul Achleitner, der Ökonom Victor Halberstadt, Professor an der Universität Leiden, Springer-Vorstand Matthias Döpfner, Bloomberg-Chefredakteur John Micklethwait oder Ryanair-Boß Michael O'Leary. Auf der dritten, der untersten Ebene befinden sich dann die jeweiligen Teilnehmer der jährlichen Konferenzen, die allesamt zur Verschwiegenheit verpflichtet werden.

Doch wozu die Geheimniskrämerei? Arbeiten die Bilderberger insgeheim an einer Weltregierung? An entsprechenden Verschwörungstheorien haben manche ihrer führenden Protagonisten eifrig mitgebastelt - allen voran David Rockefeller, der 1991 herausposaunte:

"Wir sind der Washington Post, der New York Times, dem Time Magazine und anderen großen Medien dankbar, deren Direktoren unseren Treffen beiwohnten und sich an ihr Versprechen, Diskretion zu wahren, beinahe 40 Jahre lang gehalten haben. Es wäre uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, hätten wir all diese Jahre im hellen Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit gestanden."

Und er meinte: "Die supranationale Souveränität einer intellektuellen Elite und der Bankiers der Welt ist der in den vergangenen Jahrhunderten praktizierten nationalen Selbstbestimmung sicherlich vorzuziehen."

... Der britische Guardian zitierte den früheren Labour-Minister 2001 mit den Worten: "Zu behaupten, wir strebten nach einer Eine-Welt-Regierung, ist übertrieben, aber nicht gänzlich unfair." Bilderberg sei "eine Möglichkeit, Politiker, Industrielle, Finanziere und Journalisten zusammenzubringen." Man sei vor allem "daran interessiert, jüngere Politiker, deren Stern im Steigen begriffen ist, einzubeziehen und sie mit Finanzleuten und Industriellen zusammenzubringen, die ihnen ihre Erfahrungen und Erkenntnisse vermitteln können. Dies erhöht die Chance, eine sensible globale Politik zu betreiben."

Genau dies kritisiert der Managementprofessor an der britischen Cranfield-Universität und Machtforscher Andrew Kakabadse, Autor des Buches *Bilderberg People - Elite Power and Consensus in World Affairs*: "Da trifft sich eine Gruppe von Leuten, die ihre Weltsicht und Philosophie durchsetzen will", so Kakabadse. Die Teilnahme an einer Bilderberg-Konferenz sei eine Art Türöffner. "Mit einigen der wichtigsten Leute in der Welt zu fraternisieren, ist wie eine Droge", meint der Experte. "Es befördert die Teilnehmer in die am meisten bewunderten Zirkel der Macht."

Sprungbrett für Schmidt und Kohl

Tatsächlich haben sich die jährlichen Konferenzen der Nadelstreifentruppe oft als Karriere-sprungbrett erwiesen - auch für deutsche Politiker. So nahm Helmut Schmidt 1973 im schwedischen Saltsjöbaden erstmals am Bilderberg-Tisch Platz - ein Jahr später wurde er Bundeskanzler. Ähnlich verhielt es sich mit Helmut Kohl, der 1982 im norwegischen Sandefjord bei den Geheimniskrämern zu Gast war und kurz darauf Amtsinhaber Schmidt durch ein konstruktives Mißtrauensvotum stürzte.

Maßgeblich beteiligt daran war Otto Graf Lambsdorff, der mit Kohl zusammen nach Norwegen gereist war. Angela Merkel wurde im Frühjahr 2005 von den Bilderbergern nach Rottach-Egern geladen und konnte nur wenige Monate später ins Kanzleramt einziehen. Bei Peer

Steinbrück klappte es hingegen nicht: Er reiste 2011 zur Bilderberg-Konferenz ins schweizerische St. Moritz, wurde im Jahr darauf von der SPD zum Kanzlerkandidaten nominiert, scheiterte dann jedoch 2013 bei der Bundestagswahl.

Der eigentliche Skandal des Bilderberg-Systems liegt darin, daß gewählte Abgeordnete, Minister und mitunter auch Regierungschefs oder Spitzenvertreter internationaler Organisationen - unter Ausschluß der Öffentlichkeit, ohne demokratische Legitimation und als privat deklariert - mit Vertretern der Finanzoligarchie und Industriekapitänen kungeln und womöglich weitreichende Entscheidungen treffen, ohne darüber Rechenschaft ablegen zu müssen. ...

Endstation Globalismus?

Wie weit der Einfluß der Bilderberger wirklich geht, läßt sich an den auf den ersten Konferenzen getroffenen Vorbereitungen zur sogenannten europäischen Integration erahnen, an denen US-Geheimdienstkreise mitwirkten. Auch die Einführung des Euro soll nicht etwa in den dafür zuständigen politischen Gremien besprochen worden sein, sondern auf einer Konferenz der diskreten Gruppe.

Die Behauptung eines "privaten Charakters" der Treffen ist also eine glatte Lüge, wie auch der Soziologe Krysmanski feststellt, wenn er sagt: "Abgesehen mal von familiären Bezügen, aber alles, was mit politisch relevanten Inhalten und Diskussionen und Entscheidungen zu tun hat, ob das in vertraulichen Beratungen erfolgt oder im Parlament selber, kann niemals privat sein beziehungsweise ist immer irgendwie öffentlich."

Demokratie wird zur reinen Staffage, wenn einflußreiche Kreise Pläne im Geheimen schmieden, von denen die Bevölkerung keinen blassen Schimmer hat. Außerdem stellt sich die Frage, ob die Welt - getreu der Bilderberg-Ideologie - nur noch als globaler Markt und geostrategisches Schachbrett zu betrachten ist, auf dem mächtige Akteure aus Politik, Wirtschaft und Finanzwelt ihre Züge ohne Rücksicht auf die Belange der Völker und Staaten spielen können - oder ob die internationale Ordnung auf den Grundsätzen von Frieden, Freiheit und Souveränität aufgebaut sein sollte.

Am Ende seines Buches *Bilderberger - Das geheime Zentrum der Macht* gibt der Wissenschaftsjournalist Andreas von Rényi zu bedenken, daß "auch den Mächtigsten dieser Erde" irgendwann einleuchten müsse, "daß das glorreichste und schönste Ziel nichts nützt, wenn auf dem Weg dahin die gesamte Welt in Schutt und Asche gelegt wird". Letzten Endes gäbe es dann "für die machtgerigen Herrscher auch niemanden mehr, über den es sich zu herrschen lohnte". Spätestens dann hätten sich die Bilderberger "selbst ins absolute Aus manövriert". Ob sich die Teilnehmer der jährlichen Konferenzen darüber schon mal Gedanken gemacht haben?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/35-36): >>Das Netz der Spinne

_Daniell Pföhringer

David Rockefeller spielte nicht nur bei den Bilderbergern eine tragende Rolle, er zog auch bei anderen Organisationen der Globalisten die Strippen.

Am Rande der Konferenz von Versailles kam am 30. September 1919 im Pariser Hotel Majestic eine Gruppe von Männern aus Großbritannien und den USA zusammen, um die strategischen Sonderbeziehungen zwischen beiden Ländern auf ein neues Fundament zu stellen.

Zu den britischen Teilnehmern der Zusammenkunft zählten unter anderem Lionel Curtis und Philip Kerr, Initiatoren des Round Table, Lord Robert Cecil, der als Staatssekretär im Londoner Außenministerium den Entwurf für den späteren Völkerbund verfaßte, sowie Geoffrey Dawson, Chefredakteur der Times. ...

Die amerikanische Seite setzte sich aus Angehörigen des Beraterkreises von US-Präsident Woodrow Wilson zusammen. Dazu zählten neben dem Journalisten Walter Lippmann der US-Bundesrichter Louis Brandeis, der Harvard-Professor Abbott Lawrence Lowell und der

vormalige Stabschef der US-Armee General Tasker H. Bliss, der in Versailles als Wilsons Generalbevollmächtigter fungierte.

Die Geisteshaltung, die den in Frankreichs Hauptstadt versammelten Kreis prägte, dokumentierte Lippmann in seinem Buch *Public Opinion* mit den Worten: "Die gemeinsamen Interessen entziehen sich weitgehend der öffentlichen Meinung, sie zu verwalten obliegt einer besonderen Klasse, deren persönliche Interessen weit über lokale Belange hinausgehen."

Vision einer Grand Area

Dem informellen Treffen in Versailles folgte 1921 die offizielle Gründung einer neuen Denkfabrik in New York: des Council on Foreign Relations ("Rat für auswärtige Beziehungen"), kurz CFR. Neben Lippmann zählten dessen enger Freund Edward Mandell House, wichtigster außenpolitischer Berater Präsident Wilsons, der damalige Anwalt von Rockefellers Standard Oil und spätere Außenminister John Foster Dulles sowie die Bankiers Paul Warburg und Otto Hermann Kahn zu den Gründungsmitgliedern. Finanziert wurden der CFR und dessen Projekte von der Standard-Oil-Gruppe, dem Geldhaus J. P. Morgan & Co. und anderen Wall-Street-Banken.

Zu den wichtigsten Vorhaben der neuen Organisation gehörte die Schaffung einer amerikanischen "Grand Area", um das britische Empire nach dem Zweiten Weltkrieg als hegemoniale Supermacht abzulösen. In einem an den US-Präsidenten gerichteten Bericht formulierten die CFR-Strategen: "Wie deutlich wird, können sich die Vereinigten Staaten - vom wirtschaftlichen Standpunkt - am besten in einem Gebiet verteidigen, das den größten Teil der nichtdeutschen Welt umfaßt. Das nennen wir Grand Area.

Dazu gehören die westliche Hemisphäre, das Vereinigte Königreich, die verbliebenen Gebiete des britischen Commonwealth und Empires, Niederländisch-Ostindien, China und Japan." Erforderlich sei, so hieß es weiter, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in dieser "Grand Area" zur "Integration des Gebietes" und zur Übertragung des ökonomischen Potentials der Region in militärische Macht.

In seinem Buch *Die Denkfabriken* schreibt F. William Engdahl über die bis heute maßgeblich von der Familie Rockefeller beeinflusste und finanzierte Organisation: "Der CFR wurde als Denkfabrik eines amerikanischen Empires gegründet. Jeder größere Militäreinsatz der USA, ob in Vietnam, Korea, Nahmittelost oder Lateinamerika, war das Resultat von Diskussionen innerhalb der politischen Kreise des CFR. In einem war er ungeheuer erfolgreich: Auch heute, fast 100 Jahre nach seiner Gründung, haben die meisten Amerikaner, geschweige denn die Menschen im Ausland, den Namen noch nie gehört." ...

Der CFR wurde schnell zum Personalreservoir der US-Politik, wie Engdahl belegt: "Auf der Liste der Positionen, die CFR-Mitglieder bekleideten, standen acht Präsidenten der Vereinigten Staaten, sieben Vizepräsidenten, 17 Außenminister, 20 Kriegs- oder Verteidigungsminister, 18 Finanzminister und 15 CIA-Direktoren." Präsident des CFR ist seit 2003 der Diplomat Richard Nathan Haass, Vizepräsident der Investmentbanker Richard E. Salomon, der auch Mitglied im Stiftungsrat der New Yorker Rockefeller University ist.

Außerdem gehören dem Vorstand unter anderem der ehemalige US-Außenminister Colin Powell, Laurence D. Fink, Direktor von BlackRock, sowie Stephen Friedman, ehemals Chef von Goldman Sachs, an. Zu den früheren Vorständen zählen der einstige CIA-Direktor Allen Dulles, der Gründer der Atlantik-Brücke und frühere Weltbank-Präsident John J. McCloy, das Hirn der US-Außenpolitik Zbigniew Brzezinski, der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger, Megaspekulant George Soros - und natürlich David Rockefeller.

Sprung nach Asien

Rockefeller zog beim CFR genauso die Strippen wie bei den Bilderbergern ... Genau zwanzig Jahre nach deren Gründung beschloß er, mit einer neuen Organisation die Fühler in Richtung Asien auszustrecken. Hintergrund war der Ölpreisschock von 1973. Die darauf folgende Dol-

lar-Knappheit bescherte den internationalen Banken an der Wall Street und in der City of London, die die Gelder der OPEC-Staaten verwalteten, Milliarden-Profiten. Andererseits trübten die Entwicklungen die Aussichten für Investitionen der boomenden westlichen Industrieländer in den Schwellenländern. Ein Staat in Asien wurde der US-Ölindustrie und –Hochfinanz nun gefährlich.

Engdahl schreibt dazu: "Eine aufstrebende Wirtschaftsmacht wie Japan jedoch, 1973 ein wahrer Exportgigant, konnte die gesamte atlantische Strategie der Bilderberger entgleisen lassen, wenn sie sich mit Schwellenländern in der Dritten Welt verbündete. Um dies zu verhindern, wurden Vertreter der japanischen Elite eingeladen, am Tisch der "großen Tiere" aus Europa und den USA Platz zu nehmen. Japan war das erste "nicht weiße" Land, dem diese Ehre zuteil wurde. Gemeinsam mit anderen einflußreichen Kreisen gründeten die Drahtzieher in David Rockefellers Bilderberg-Gruppe eine neue internationale Denkfabrik und gaben ihr den Namen Trilaterale Kommission."

Rockefeller hatte Brzezinski und sieben weitere Vertraute zuvor damit beauftragt, rund 300 einflußreiche Vertreter aus Nordeuropa, Europa und Japan zu nominieren. Zu den gewählten Gründungsmitgliedern der Trilateralen gehörten dann Leute wie der spätere Fed-Präsident Alan Greenspan, Coca-Cola-Boss J. Paul Austin, Shell-Vorstand John Loudon, der Londoner Bankier Edmond de Rothschild und Fiat-Chef Giovanni Agnelli.

Auf der Mitgliederliste stand auch der damalige Gouverneur des US-Bundesstaates Georgia: Jimmy Carter. Er sollte nur zwei Jahre später zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werden und Brzezinski als Sicherheitsberater ins Weiße Haus holen. Carters Kabinett setzte sich fast ausschließlich aus Trilateralen zusammen, so daß man in Washington hinter vorgehaltener Hand von einer Rockefeller-Präsidentschaft sprach. Dieses Muster setzte sich unter den weiteren US-Präsidenten fort.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/40): >>Der Endkampf

"Die beunruhigendste Aussicht bei alledem ist, daß ein einziges globales Netzwerk den Homo sapiens letztlich überflüssig machen und dann auslöschen wird. In seinem Buch Homo Deus behauptet Yuval Harari, das Zeitalter großer, auf Schriftsprache, Geld, Kultur und Ideologie - Produkten von auf Kohlenstoff basierenden menschlichen neuronalen Netzwerken - gegründeter "Netzwerke der Massenkooperation" weiche einer neuen Ära von auf Silizium basierenden Computernetzwerken, die sich auf Algorithmen stützen. In diesem neuen Netzwerk werden wir sehr schnell eine ähnliche Bedeutung für die Algorithmen haben wie Tiere heute für uns." (Ferguson, Türme und Plätze, Seite 35).<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/48-49): >>Der Greenback und die Räuberbarone

_ Interview mit *Ellen Brown* und *F. William Engdahl*

Staat oder Privatbanken: Wer die Geldschöpfung kontrolliert, bestimmt die Geschicke eines Landes. In den Vereinigten Staaten dauerte der Kampf darum ein ganzes Jahrhundert.

... Kommen wir abschließend zu den Rockefellers, Carnegies, Vanderbilts und Morgans, deren Aufstieg im 19. Jahrhundert begann. Haben diese Familien heute immer noch Einfluß?

Brown: Sie sind immer noch da, und sie üben jetzt viel mehr Einfluß auf die Regierung aus. Die beiden führenden Räuberbarone des Gilded Age ("Vergoldetes Zeitalter"), wie die letzten drei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts auch bezeichnet werden, waren John Pierpont Morgan und John D. Rockefeller. Ihre Banken sind jetzt vereint in den Bankengiganten JP Morgan und Citibank. Zusammen mit Goldman Sachs und verschiedenen anderen bestimmen diese

Banken heute im US-Kongreß, wo es langgeht.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/50): >>"Rockefeller kann nie verlieren"

_ O-Ton *Ron Paul*

Beherrschen Privatbanker die USA? Der damalige Kongreßabgeordnete und spätere Präsidentschaftskandidat Ron Paul gab darauf schon 1988 in einer Talkshow die Antwort.

Moderator: Ein paar Mitglieder des Kongresses haben einmal behauptet: "Die Banken verlieren nie." Stimmt das?

Ron Paul: Dieses Statement ist zu allgemein. Es geht um die großen Banken. Denn die kleinen Banken können sehr wohl verlieren, wenn sie von den großen gefressen werden. Ich glaube allerdings nicht, daß ein David Rockefeller jemals verlieren könnte. Die Banken-Machtstruktur scheint die Kontrolle zu haben, denn sie ist eingeweiht und kennt die Politik der Zukunft.

Moderator: Können Sie diese Machtstruktur erklären?

Ron Paul: Es gibt eine kleine Anzahl sehr mächtiger Industrieller in unserem Land. Sie haben ihre Organisationen schon vor sehr langer Zeit gegründet, und inzwischen sind diese nicht mal mehr geheim. Dazu gehören unter anderem der Council on Foreign Relations oder die Trilaterale Kommission. Egal, welche Partei an der Macht ist, die Mitglieder dieser Organisationen werden immer von der gleichen Personengruppe ausgewählt. Diese Leute haben auch die Kontrolle über das Federal-Reserve-System. ...

Moderator: Thomas Jefferson hat uns gewarnt: "Wenn die amerikanische Bevölkerung es zuläßt, daß private Banken ihre Währung herausgeben, dann werden die Banken und Konzerne, die so entstehen werden, das Volk seines gesamten Besitzes berauben, bis eines Tages die Kinder obdachlos auf dem Kontinent aufwachen, den ihre Väter einst eroberten."

Ron Paul: Ja, er hatte vollkommen recht. ... Doch das heißt nicht, daß die Katastrophe aus heiterem Himmel über uns hereinbricht. Als 1913 die Zentralbank gegründet wurde, führte das nicht zur totalen Zerstörung unseres Geldsystems. Es dauerte bis 1971, um der Katastrophe Tür und Tor zu öffnen. Dann wurde das Bretton-Woods-Abkommen aufgelöst, und die letzte Verbindung zwischen Dollar und Gold verschwand. Ab diesem Moment ist unser Finanzsystem endgültig außer Kontrolle geraten. ...

Moderator: Wie eng ist das US-Bankensystem mit europäischen Großbankern wie zum Beispiel der Familie Rothschild verbunden?

Ron Paul: Die internationalen Bankiers sind Kumpane. Sie sind eng miteinander vernetzt und agieren außerhalb jeglicher Gesetze oder klassischer Institutionen. Sie sind mächtiger als die Parlamente ihrer Heimatländer. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/55,57): >>"Brandstifter im europäischen Haus"

_ *Federico Bischoff*

Die sogenannte Euro-Rettung hat die Völker entzweit. Dabei war der entscheidende Faktor der Krise von Anfang an die US-amerikanische Finanzoligarchie. Sie hat auch heute ihre Statthalter in Europa.

... **Rom im Visier**

Mehr als augenfällig war auch die Koinzidenz der Machtübernahme von Mario Monti in Italien und der Bestellung von Draghi bei der EZB. Monti wurde am 13. November 2011 von Italiens damaligem Präsidenten Giorgio Napolitano mit der Regierungsbildung betraut und stellte drei Tage später sein Technokraten-Kabinet vor. Noch in den letzten Wochen der vorherigen Regierung unter Silvio Berlusconi hatte die EZB in großem Umfang italienische Bonds

aufgekauft, um eine Staatspleite abzuwenden.

Doch das reichte Mario Draghi nicht aus: Er wollte Monti, der bis heute als Berater von Goldman Sachs tätig ist und damals European Chairman der Trilateralen Kommission war sowie im Lenkungsausschuß der Bilderberger saß, an der Spitze der Regierung in Rom sehen - und schaffte es letztlich auch, ihn dort zu plazieren. Die italienische Tageszeitung Il Giornale schrieb daraufhin treffend über das Goldman-Gespann: "Dies ist jene Bande von Kriminellen, die uns dieses finanzielle Desaster gebracht hat. Es ist, als würde man Brandstifter bitten, das Feuer zu löschen."

Zu Goldman Sachs & Co. schrieb der Ökonom und ehemalige Staatssekretär für Wirtschaftspolitik im US-Finanzministerium unter Ronald Reagan, Paul Craig Roberts: "Diese Banken wollen jegliche Verluste vermeiden, indem sie die griechische, italienische und spanische Regierung drängen, entweder für die Anleihen direkt aufzukommen, was notwendigerweise mit einer extremen Sparpolitik gegenüber ihren Bürgern einhergehen müsste, oder aber der Europäischen Zentralbank einzuräumen, praktisch unbegrenzte Liquidität bereitzustellen, mit der dann die von den Banken gehaltenen Staatsschulden aufgekauft werden."

Die Brandstifter sind immer noch am Werk, das Feuer ist längst nicht gelöscht, und in Italien droht 2019 nach den Haushaltplänen der Regierung Conte/Salvini der nächste Überfall der Goldmänner.

_ Federico Bischoff lebt im Tessin und befaßt sich seit Jahren mit den Machenschaften der US-Finanzindustrie in Europa.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.04.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x335/79) = Finanz-Mächte. Kriminalgeschichte des Großen Geldes, Seite 79.

x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Versailler Vertrag</u> . Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Finanz-Mächte</u> . Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x343	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Verrat am Wähler</u> . Geschichte und Gegenwart der Altparteien. COMPACT-Spezial Nr. 14. Werder (Havel) 2017.
x351	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Klimawandel</u> . Fakten gegen Hysterie. COMPACT-Spezial Nr. 15. Werder (Havel) 2017.

Internet

x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x974	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2018/11/24/weltmacht-uno-antidemokratische-rechtssetzung-von-oben/ - November 2019
x977	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/10/24/der-heilige-stuhl-und-der-kreissaal-der-eu/#more-4262 - September 2020
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.064	https://www.rubikon.news/rubrik/2/artikel/deutschland-ein-besetztes-land – Januar 2022
x1.147	https://www.pravda-tv.com/2018/02/neue-weltordnung-deutschland-hat-noch-immer-keinen-friedensvertrag-und-finanziert-us-truppen-im-eigenen-land/ - Juni 2022
x1.165	https://www.kla.tv - September 2022